

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Unser politischer Stil

Im August 1985 erschien in Lissabon ein aufsehenerregendes Buch Álvaro Cunhals. Es trug den Titel „Die Partei mit Wänden aus Glas“. Im Vorwort bemerkte der damalige Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), seine Genossen dürften an der Schrift vermutlich interessieren, wie dort charakteristische und typische Züge der Parteitätigkeit auf den Gebieten der Ideologie, der politischen Aktion, des Arbeitsstils und des inneren Lebens der PCP dargestellt würden. Für jene, die sie mit Ernsthaftigkeit von außen betrachteten, konzentriere sich die Neugier sicher darauf, in welcher Weise die Kommunisten ihre Partei selbst auffaßten, erklärten und sich wünschten. Deshalb müßten deren Wände „aus Glas“ sein, damit jeder die PCP von draußen beobachten könne.

Der „RotFuchs“ will sich nicht mit einer politischen Partei gleichsetzen. Er tritt in erster Linie für marxistische Bildung und die Bündelung eines breiten Spektrums von Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in Deutschland ein. Was wir hier und heute, was wir morgen und übermorgen tun und lassen wollen, muß für jeden Wohlmeinenden durchschaubar sein. Deshalb setzen wir wie die PCP auf Transparenz, auf die Übereinstimmung von Wort und Tat.

Wir besitzen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus eine Ideologie, die die Welt erklärt und den Weg zu ihrer revolutionären Umwandlung weist. Sie ist nicht von vorübergehenden Faktoren wie Sieg oder Niederlage abhängig. Wir stehen fest zu unseren Prinzipien, sind zugleich aber gegenüber jedermann tolerant, der auch der konsequenten Linken das Recht zubilligt, ihren Standpunkt frei und offen zu vertreten. Dogmatische Verbohrtheit, sektiererisches Vorpellen, inhaltsloses Sprücheklopfen und bloße Spiegelfechtere sowie die Neigung, keine Meinung außer der eigenen gelten zu lassen, haben mit unserem politischen Stil nichts zu tun. Einmal Erkanntes muß immer wieder auf den Prüfstand. Nur das, was die Nagelprobe sich vollziehender Veränderungen besteht, bleibt gültig, wobei wir jede opportunistische Anpassung an den „Zeitgeist“ ablehnen.

Wer glaubt, nur Dreschflügel müßten Takt besitzen, ist auf dem Holzweg. Persönliche Integrität und Loyalität gegenüber Mitstreitern sind elementare Voraussetzungen allen menschlichen Zusammenwirkens. Verlässlichkeit ist oberstes Gebot.

Wir sind für eine demokratische Kultur, die mit Kritik und Selbstkritik, Disziplin und Kollektivität einhergeht. Kommunistische Parteien nennen diese Praxis demokratischen Zentralismus. Er darf nicht

durch einen bürokratischen Kommando-stil ersetzt werden, welcher die Befehle der Führung lediglich nach unten durchstellt. Die Leiter müssen menschlich, fachlich und politisch Autorität besitzen und nach den Prinzipien der Einzelverantwortung und Rechenschaftspflicht verfahren. So halten wir es beim „RotFuchs“.

Álvaro Cunhal wandte sich in dem erwähnten Buch gegen jede Form des Individualismus im Handeln von Kommunisten: „Der Individualismus ist im Allgemeinen das Produkt der Überschätzung des eigenen Wertes und der Unterschätzung des Wertes der anderen. Er zeigt sich in der systematischen Überbewertung der eigenen Meinung und der eigenen Aktion sowie im Widerstand dagegen, die Meinung anderer zu akzeptieren und entsprechend zu handeln“, schrieb er. Egomane, die Sucht, das eigene Ich ohne Rücksicht auf Verluste über alles andere zu stellen, schadet der Gemeinschaft wie den Trägern solcher Auffassungen.

Bei allem, was wir tun, dürfen wir nie vergessen, daß wir auf der politischen Bühne nicht die einzigen Akteure sind. Es gibt einflußreiche Kontrahenten und mächtige Feinde, die uns auf Schritt und Tritt begleiten. Die jährlichen Verfassungsschutzberichte bekunden das. Der Gegner bedient sich der ideologischen Diversion, der gezielten Zersetzung, der Schürung von persönlichen und inhaltlichen Konflikten sowie der Unterwanderung. Deshalb müssen wir unsere Einheit wachsam gegen Versuche verteidigen, sie zu untergraben oder in Gefahr zu bringen.

Natürlich wissen wir um die Unterschiedlichkeit der Menschen und glauben nicht, die Charaktere „normen“ zu können. Weltfremde Idealisierung liegt uns ebenso fern. Doch politische Arbeit und persönliches Verhalten lassen sich nicht voneinander trennen. Früher hieß es manchmal: „Als Genosse verhält sich XYZ einwandfrei, aber als Mensch taugt er wenig.“ Nicht selten waren Kaderleiter zufrieden, wenn jemand keine Westverwandtschaft besaß, aus einem „unbedenklichen“ Elternhaus stammte und gute Schulabschlüsse nachweisen konnte. Ob er auch ein anständiger Kerl war, blieb da offen. Das trug dazu bei, daß wir Karrieristen, Anpasser und Duckmäuser zuhause in unsere Reihen aufgenommen haben. Die Verwässerung der ursprünglichen Vorhut war ein maßgeblicher innerer Grund unserer zeitweiligen Niederlage. Daß letztlich äußere Faktoren – vor allem die Preisgabe der DDR durch die auf proimperialistische Positionen übergegangene Führung der UdSSR – beim Desaster den Ausschlag gaben, steht auf einem anderen Blatt.

Klaus Steiniger



INHALT

Ein Modell des Sozialismus?	Seite 2
Die Dresdner Frauenkirche – nach wir vor ein Mahnmal?	Seite 3
Auskünfte von Götz Dieckmann (2)	Seite 4
Warum „Angie“ die Politik bei ihren Gebeten ausklammert	Seite 5
Erfolge und Widersprüche in der DDR-Kulturpolitik	Seite 6
Linkes aus Kassel	Seite 7
Hamburger Kongreß über weiße Flecken in der Geschichte	Seite 8
Auf sumpfigem Grund	Seite 9
„Planeter“ im Licht	Seite 10
Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (1)	Seite 11
Unser Achim Thel	Seite 12
Auf dem Weg in die moderne Sklaverei	Seite 13
Abgeschrieben: Ein Tatsachenbericht	Seite 14
Die „unterstützenden Mittel“ des DDR-Sports	Seite 14
Damaskus im Fadenkreuz	Seite 15
Irland nach der Selbstentwaffnung der IRA	Seite 16
Wird Bolivien das nächste Venezuela?	Seite 17
37 Millionen Arme und 45,8 Millionen Unversicherte in den USA	Seite 17
Was Belarus der Welt zu sagen hat	Seite 18
Irak: Bush „opfert“ über 2000 GIs	Seite 19
Vom 10. Parteitag der KP Australiens in Sydney	Seite 20
Frankreichs Marxisten-Leninisten und der VII. Weltkongreß	Seite 21
Caracas transferierte Valutarreserven in die Schweiz	Seite 21
Begeistert von der Bolivarischen Revolution	Seite 22
ELP – Neuaufgabe des Eurokommunismus?	Seite 23
Nicht nur eine Fußnote der Geschichte	Seite 23
„Quijotes“ griechische Reise	Seite 24
Der Pariser Schriftstellerkongreß 1935 (2 und Schluß)	Seite 25
Die Chronistin des Alltagsbewußtseins wurde 95: Elfriede Brüning	Seite 26
An der Staatsgrenze gefallen	Seite 26
Aus der Perspektive der linken Opposition	Seite 27
Von Bismarck auf die Preiselbeeren	Seite 28
Leserbriefe	Seite 29
Anzeigen / Impressum	Seite 32

Wir erklären den Sozialismus zu unserem Ziel. Bisher aber verwenden wir in der täglichen Praxis den Begriff der „sozial gerechten Gesellschaft“. Das reicht aber nicht aus. Wie wir uns den künftigen Sozialismus vorstellen, haben wir noch nicht gesagt. Ein „definitives Modell“ wird kaum ausgearbeitet werden können. Der Sozialismus wird unter Bedingungen errichtet werden, die wir jetzt noch nicht überblicken können. Dennoch haben wir zu zeigen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse aussehen sollten, damit sie als menschlich, d. h. wirklich demokratisch und vorteilhaft für die Mehrheit des Volkes empfunden werden.

Die Konterrevolution des Jahres 1989 bot den Tschechen die Illusion, sie würden fortan Eigentum besitzen. Auf dieser Grundlage werde ihr Leben besser sein

Groschen“. Viele führen in der Arbeitslosigkeit ein armseliges Dasein.

Der Sozialismus kann die Mehrheit des Volkes mit dem Angebot besserer Bedingungen gewinnen, als sie derzeit bestehen: auf der Grundlage einer gut bewerteten Arbeit, einer solideren sozialen Absicherung, eines erschwinglicheren Wohnens usw. Immerhin liegt die Erfahrung von über 40 Jahren aus der Zeit der ersten Etappe des Übergangs zum Sozialismus vor. Übrigens besagen auch bürgerliche Meinungs Sondierungen, daß es unter dem Sozialismus besser war.

Den Gegenpol zum Kapital stellt die Arbeit dar. Vermögen besitzen und von ihm existieren können nur jene, die sich selbst als „Elite“ bezeichnen. Sie behaupten, das Anwachsen ihres Reichtums hebe auch den Lebensstandard der übrigen. Die Er-

staatliche und das genossenschaftliche Eigentum bestimmen den Lauf der Ökonomie und gewährleisten Bedingungen eines besseren Lebens für alle.

Woraus sollte dieses Eigentums bestehen?

1. Den Naturreichtümern der Erde. Können sie überhaupt Objekt privater Spekulation sein? Hat sich denn jemand irgendwo um deren Entstehen verdient gemacht? Unter unseren Bedingungen handelt es sich z. B. um ursprüngliche Energiequellen (Kohle, Erdöl, Gas), um Glas und keramische Rohstoffe, Baumaterial usw. Selbstverständlich gehören auch der Boden, die Wälder, die Wasserläufe und Stauseen dazu.

2. Produktion, Handel und Dienstleistungen dort, wo die Produktivkräfte aufgrund des technischen Fortschritts ein solches Gewicht gewonnen haben, daß ihre Verwaltung erfordert, die privaten Eigentumsformen zu überwinden. Hier handelt es sich fast immer um Bereiche, die durch ihre Tragweite gesamtgesellschaftlich sind. In der Gegenwart betrifft das vorwiegend die Elektronik sowie die sekundären Energiequellen, große Industriebetriebe, den Eisenbahnverkehr, das Post- und Fernmeldewesen und große Handelsketten.

3. Den entscheidenden Institutionen im Geldwesen, den wichtigsten Banken, sämtlichen Sparkassen und Versicherungen. Es fragt sich, woher eine neue Macht die Mittel dazu nehmen soll, all das in ihr Eigentum zu überführen. Man könnte daraus lernen, wie es der restaurierte Kapitalismus nach 1989 gehandhabt hat. Besaßen damals die Privatisierer etwa genügend Mittel? Sie zahlten (sofern überhaupt) ihre Erwerbungen aus Erträgen ab. Das antretende Regime mag ähnlich verfahren. Per Regierungsentscheid werden die Betriebe in staatliches Eigentum übernommen und ratenweise bezahlt. Bei uns in der Tschechoslowakei wurde das übrigens zwischen 1948 und 1989 so gehandhabt. Man könnte aber auch die Übernahme durch Nationalisierung vollziehen, zumal man bedenken muß, daß sich die Mehrzahl der Unternehmen heute in fremden Händen befindet.

Eine Wirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum im Mittelpunkt erfordert eine zentrale Leitung. Offensichtlich wird die Planungserfahrung von Nutzen sein. Doch gemeinsam mit dem Plan wirkt der Markt. Gebraucht wird ein geordneter Markt. Auf diesem werden staatliche, genossenschaftliche und private Betriebe nebeneinander wirksam sein. Die privaten Firmen beeinflusst der Markt völlig. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Grenze zwischen ihnen und gesellschaftlichen Unternehmen mit der Zeit verändert – gerade infolge der Marktkonkurrenz und der bevorzugten Stellung der staatlichen Wirtschaft. Es wird indes nicht möglich sein, kleine Industrielle, Handwerker, Kaufleute usw. auf administrative Weise vom Markt zu verdrängen, besonders dort, wo ihre Tätigkeit nicht ersetzt werden kann.

Vitezslav Vinklársek
Übersetzt aus dem Tschechischen von
Friedrich Konrad

Ein Modell des Sozialismus?

als unter dem Sozialismus. Ich lehne es ab, den Begriff „unter dem Kommunismus“ zu verwenden, der von unserer „Elite“ und ihren Parteigängern eingeführt wurde. Unzählige Menschen beteiligten sich an der sogenannten Coupon-Privatisierung des Volkseigentums. Sie hofften darauf, alljährlich einen Gewinnanteil zu beziehen. Landwirtschaftliche Genossenschaften wurden in der Hoffnung zerschlagen, Geld für das Verpachten von Grund und Boden einzunehmen. Und die altneuen Hausbesitzer wollten sich gut von der Miete ernähren. Diejenigen, die wußten, um was es geht, schauten sich allerdings nach „großen Fischen“ um und erbeuteten ganze Industrie-, Handels- und andere Unternehmen. Dann haben sie diese ausgeschlachtet oder an ausländische „Investoren“ verkauft. So brachten sie ihre Schäfchen „ins Trockene“.

Zusammenfassend: Die Konterrevolution verbreitete die Vorstellung, daß die Menschen gewissermaßen von ihrem „Kapital“ leben würden. Bald zeigte es sich jedoch, daß nicht alle Kapital besitzen konnten, sondern nur eine kleine gesellschaftliche Schicht. Die anfängliche Illusion verflieg. Die Mehrheit der Menschen muß für das Kapital und dessen gutes Leben hart arbeiten und erhält einen „kümmerlichen

fahrungen unserer letzten 15 Jahre sind andere.

Natürlich ist es dem Sozialismus nicht möglich, allen den Lebensstandard jener 500 Familien zu garantieren, die die Hälfte des Welteinkommens verbrauchen; jedem eine Villa mit Garten, ein ultrateures Auto, ständigen Urlaub in Portugal oder auf den Kanarischen Inseln anbieten zu können. Ein anständiges Leben, das die Erhaltung der menschlichen Gattung auf dieser Erde ermöglicht, reicht aus.

Nach Darstellung unserer bürgerlichen Medien und Politiker ist die gesellschaftliche Bewegung vom Kapitalismus zum Sozialismus angeblich ausgeschlossen. Die derzeitige Ordnung sei der Gipfel menschlichen Zusammenlebens, das Ende der Geschichte der Menschheit, behaupten sie. Doch die ganze Welt entwickelt sich. Große Veränderungen in der Natur werden vorausgesagt. Und da soll die menschliche Gesellschaft bleiben, wie sie ist? Nichts währt ewig!

Wie könnte der die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwindende Sozialismus aussehen? Er wird sich auf die positiven und negativen Erfahrungen vorangegangener Generationen stützen. Er wird davon ausgehen, daß die sogenannte repräsentative Demokratie als Regierungsform der Bourgeoisie überwunden und in eine wirkliche Volksherrschaft umgewandelt werden muß, bei der die Mehrheit der Bevölkerung am Ruder ist. Eines steht fest: Unter den angeführten Bedingungen wird das ökonomische System an die erreichte Stufe aus der Zeit des Kapitalismus anknüpfen müssen. Die Regierung des Volkes wird sich davon leiten lassen, daß der Grundunterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Beziehung zum Eigentum zu sehen ist. Deshalb muß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln vorherrschen. Privates Eigentum dürfte dort bewahrt werden, wo es zweckmäßig und vorteilhaft ist. Das staatliche, das halb-

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe
Uckermark

lädt ein zur Veranstaltung

**Die deutsche
Linke real oder
utopisch?**

mit **Ulla Jelpke** (MdB),
am **6. Dezember 2005**,
um **18.00 Uhr**,
ins **Multikulturelle Centrum Templin**,
Prenzlauer Allee 6.

Die Dresdner Frauenkirche – ist das Mahnmal verschwunden?

Dresden hat die Frauenkirche wieder. Die Stadtsilhouette, wie sie Canaletto malte, bezaubert den Betrachter. Das alles ist ein Grund zur Freude.

Aber mancher, der am Tage der Weihe, am 30. Oktober, in Dresden weilte, fragt sich: Dienten die pompösen Feierlichkeiten der Glorifizierung einer bestimmten Politik und der Profilierung bestimmter Politiker? Sind die Kosten des „events“ einer Kirchenweihe angemessen? Werden bei dieser Gelegenheit Legenden gestrickt?

Angela Merkel nannte die Wiedererrichtung der Frauenkirche ein „Symbol der Einheit“. Welcher und wessen Einheit? Die britische Königin fand den Begriff „Symbol der Versöhnung“, und das erinnert an die historische Zeremonie am 14. November 1990 in der neuerbauten Kathedrale von Coventry – die 1940 zerstörte bleibt als Ruine Mahnmal. Die Queenmother und Bundespräsident Richard von Weizsäcker zelebrierten einen Akt der historischen Versöhnung, der damals die Vorbehalte vieler Briten gegen die „Wiedervereinigung“ abbaute.

In den letzten Tagen wurde auch der Begriff des „Wunders von Dresden“ erfunden und arg strapaziert. Wenn der Begriff „Wunder“ einen Sinn haben soll, dann kann damit nur die Gesamtleistung beim Wiederaufbau Dresdens von der Rekonstruktion des Zwingers über die Erneuerung der Semperoper bis zur Weihe der Frauenkirche gemeint sein. Und das „Wunder“ entpuppt sich dann als das Ergebnis der Arbeit von Trümmerfrauen und Aktivisten der ersten Stunde in den Jahren des schweren Neuanfangs und fähiger Architekten, Künstler und Bauleute in allen Jahrzehnten seit 1945. Wie das wiedererstandene Elbflorenz insgesamt, ist auch die Frauenkirche zum Symbol des friedlichen Aufbaus geworden. Und von ihr geht ein Vermächtnis aus: Nie wieder Krieg!

Am 30. Oktober erhielten die Dresdner kostenlos die „Welt am Sonntag“ aus dem Hause Springer in den Briefkasten gesteckt. Der Titel lautete „Das Wunder von Dresden“. Die Zeitung enthielt eine 18seitige „Sonderausgabe“ unter dem Motto: „Die Seele Dresdens. Der Wiederaufbau der Frauenkirche ist vollendet. Als Ruine war sie ein Mahnmal gegen den Krieg.“ Das zwingt zu fragen: Ist mit der Beseitigung der Ruine auch das Mahnmal verschwunden? Woran mahnt die rekonstruierte Kirche künftig?

Auf den 18 Seiten der „Sonderausgabe“ wird mancher Aspekt der Geschichte und des Wiederaufbaus der Frauenkirche beleuchtet. Der Herzog von Kent hebt die Versöhnungsfunktion hervor, Dieter Stolte würdigt die „Kirche der Bürger“, ein Liebespaar erhält eine ganze Seite, um anzukündigen, daß es sich am 17. Dezember in der Frauenkirche vermählen wird, der Bischof und zuständige Pfarrer erhalten

das Wort, Restauratoren, Spezialisten für Glocken und Orgel bewundern die Leistung, und natürlich fehlen manche Sponsoren und Organisatoren nicht. Das alles ist verständlich. Warum kommt die Springer-Zeitung an einem solchen Tag nicht ohne Rückfall in den kalten Krieg aus? Sven Felix Kellerhoff titelte „Selbstloser Kampf um eine Ruine“ und fügte an: „Dank des Engagements Dresdner Bürger überstand die zerstörte Kirche den ‚sozialistischen Wiederaufbau‘“. Geht es dümmlicher? Wem konnte denn eine zerstörte Kirche „entgehen“? Weiß Kellerhoff nicht, daß die Trümmer Ergebnis eines verbrecherischen Luftangriffs der USA und Großbritanniens waren. Die Zerstörung Dresdens war nicht minder unchristlich und unmoralisch wie die Zerstörung Coventrys. Kellerhoff behauptet auch: „Die zerstörte Frauenkirche sollte zum Symbol der antiwestlichen Propaganda werden.“ Er stellt die Dinge so dar, daß der verdienstvolle Restaurator Hans Nadler gegen „Abräumer“ gekämpft habe. Sicher hat es auch in der DDR Borniertheit gegeben, aber die Frage, ob die Frauenkirche wiederaufgebaut oder die Ruine als Mahnmal bewahrt werden sollte, war auch in den Kreisen der protestantischen Kirche umstritten. Ich kenne (noch lebende) Bischöfe und Pfarrer, die erbitterte Gegner der Rekonstruktion waren. Im übrigen kann Kellerhoff das auch in seiner „Sonderausgabe“ in einer Seitenspalte (S. X) für das Jahr 1991 lesen: „Die Synode der evangelischen Kirche in Sachsen spricht sich gegen den Wiederaufbau aus. Man fürchtet, das Prestigeobjekt werde zu viel Geld kosten und Kräfte binden. Auch die Denkmalpfleger der Bundesländer und die Denkmalbeauftragten der bundesdeutschen Landeskirchen wenden sich gegen eine Wiedererrichtung der Frauenkirche.“ Das war 1991. Und wie verlief die Stadtverordnetenversammlung 1992, als diese zur Debatte stand? Auch das kann Kellerhoff in der „Sonderausgabe“ (S. XII) nachlesen. Der Riß ging durch alle Fraktionen. Ich habe damals als Mitglied der PDS-Fraktion für den Neuaufbau gestimmt. Der einzige evangelische Pfarrer in der Stadtverordnetenversammlung kämpfte leidenschaftlich für den Bestand der Ruine. Ich bezeuge ihm dafür heute meinen Respekt. Er war couragiert und vorausschauend. Aus jetziger Sicht wertet das die „Sonderausgabe“ so: „Nach heftigen Auseinandersetzungen und in namentlicher Abstimmung votieren die Stadtverordneten Dresdens mehrheitlich für den Wiederaufbau, sofern er im wesentlichen aus privaten Geldern und aus Spenden bezahlt wird.“

Eine der Legenden, die in der „Welt am Sonntag“ ebenso wie im „Spiegel“ und in anderen Medien arglistig verbreitet wird, behauptet, Walter Ulbricht, Dresdens Oberbürgermeister Walter Weidauer und

andere hätten „Abrißbefehle“ erteilt, wo Wiederaufbau möglich gewesen wäre. Vor der Frage, welche Ruinen weggerissen werden sollten, standen Verantwortliche in jeder kriegszerstörten Stadt, auch in Hannover oder Köln.

Tatsache ist, daß die Sandsteintrümmer der Frauenkirche geborgen, numeriert und gelagert wurden, um einen späteren Wiederaufbau zu ermöglichen. Ziel der Antifaschisten an der Spitze der Stadt, die ihr Leben eingesetzt hatten, um die Zerstörung Coventrys, Warschau und Dresdens zu verhindern, war von Anfang an, das Historische und Spezifische Dresdens zu bewahren. Sie trafen sich dabei mit den Befehlen der sowjetischen Besatzungsmacht. Um die Doppelzüngigkeit der Herausgeber der „Sonderausgabe“ der Springer-Zeitung zu belegen, genügt es, in der anderen Beilage, dem sechsseitigen „Extra“, zu blättern, das auf das „Wunder von Dresden“ folgt. Darin wird berichtet, etwa 350 Wehrexperthen aus aller Welt seien am 24./25. Oktober Gast der Zeitung im Berliner Axel-Springer-Haus gewesen. Da ging es schon um den nächsten Krieg. Der Generalinspekteur der Bundeswehr habe gefordert: „Die Bundeswehr muß Schritt halten.“ Wo werden die Ruinen stehen, die die Dresdens an Schrecklichkeit noch übertreffen würden? Wer erinnert sich nicht an Brechts Mahnung „Das große Karthago ...“? **Prof. Dr. Horst Schneider**



Grafik: Karlheinz Effenberger

Auskünfte von Götz Dieckmann (2)

Prof. Dr. Götz Dieckmann war der letzte Rektor der Parteihochschule der SED. Er wurde im Oktober 1989 von Lehrern, Studenten und Mitarbeitern demokratisch in dieses Amt gewählt. Prof. Dr. Harry Milke hat ihn für den RF interviewt.

Was ging Deiner Wahl zum Rektor voraus?

Im Dezember 1987 war ich einer von drei SED-Vertretern auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, die in Moskau stattfand. Der Verlauf dieser Konferenz führte mich zu der Überzeugung, daß nur eine einschneidende politische und ideologische Richtungsänderung in der KPdSU den Sozialismus in der Sowjetunion stabilisieren und damit zugleich unverzichtbare weltpolitische Voraussetzungen für die Existenz der DDR sichern könnte. In dem Arbeitskreis, in dem ich aufzutreten hatte, wurde von sowjetischer Seite mit Entschiedenheit betont, das „neue Denken“ sei keineswegs, wie die meisten ausländischen Genossen meinten, als Weiterentwicklung des Marxismus unter grundlegend veränderten Bedingungen zu verstehen. Der Marxismus sei eine „Klassenideologie“, das „neue Denken“ dagegen eine „Menschheitsideologie“, fernab beschränkter Klasseninteressen. Ich war wie meine beiden Sitznachbarn aus Dänemark und Paraguay der Meinung, daß dies Opportunismus sei, der die kommunistische Bewegung in große Gefahr bringe.

Es stellte sich die Frage, was aus der in vorderster Linie in Westeuropa gelegenen DDR werden würde. Ich nehme es deshalb ehemaligen Mitgliedern der Parteiführung der SED, die ja zweifellos über weitere Informationsquellen verfügten, nicht ab, sie hätten selbst im Herbst 1989 noch den Schwüren Gorbatschows vertraut, die Sowjetunion werde unter keinen Umständen die „brüderliche sozialistische DDR“ zur Disposition stellen. Man konnte nur noch auf den Sturz Gorbatschows und seiner Mannen hoffen. Ich war sicher in jenen Tagen nicht allein in meiner Zuversicht, daß die KPdSU, die so viele Stürme bestanden hatte, die Kraft dazu aufbringen werde. Vor allem konnte ich mir nicht vorstellen, daß die Sowjetunion den unter so gewaltigen Opfern errungenen Sieg im Großen Vaterländischen Krieg einfach verspielen könnte. Das war mein Irrtum. Im September 1989 leitete ich, gemeinsam mit Heinrich Opitz, die letzte Delegation von Lehrern und Studenten unserer Hochschule zur Akademie für Gesellschaftswissenschaften der PVAP. Die Konterrevolution hatte in Polen schon gesiegt. Unser Warschauer Partner gab sich viel Mühe, uns die PVAP noch einmal auf allen Ebenen vorzustellen. Das begann bei Leszek Miller, damals Mitglied des Politbüros und später Ministerpräsident Polens, und führte uns bis zu einer Grundorganisation in einem Obstanbaubetrieb in der Nähe

von Gdansk. Oben erlebten wir den Verrat, und, je tiefer die Parteebene war, die Verzweiflung. Wir kamen also aus Polen mit äußerst geschärften Sinnen zurück, überzeugt, daß es für unsere Partei mehr als überfällig sei, die lähmende Periode des Abwartens, der Sprachlosigkeit und des sichtlichen Mangels an entschlossener politischer Führung zu beenden. Am 6. Oktober 1989 hielt ich an der Parteihochschule die Festrede zum 40. Jahrestag der DDR. Ich glaube, daß ich vor allem wegen der darin zum Ausdruck gekommenen Argumentation und Haltung als Rektor gewählt worden bin.

Gab es Chancen, die Hochschule zu erhalten und zu profilieren?

Nein, eine solche Chance gab es nicht mehr. Das bedeutet allerdings nicht, daß der ebenfalls aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Senat unserer Hochschule und ich nicht alles Mögliche unternommen hätten, um ihren Untergang abzuwenden. Es gab einen detaillierten Beschlußvorschlag für den Parteitag im Dezember und im Januar einen Vertragsentwurf zwischen der Ingenieurhochschule Berlin und unserer Hochschule über die Bildung einer gemeinsamen politikwissenschaftlichen Sektion. Wir haben uns stets darum bemüht, die Unterstützung der Leitung der SED/PDS zu gewinnen, aber es geschah nichts, und wir hingen in der Luft, obwohl der Lehrbetrieb bis zum Abschluß des Studienjahres 1989/90 weitergeführt wurde. Die einzigen, die sich wenigstens zu sachbezogenen Gesprächen bereit zeigten, waren die Leitungsmitglieder der SED/PDS Pohl und Langnitschke. Und ich muß hinzufügen, daß es der Vorsitzende der SDP, Ibrahim Böhme, war, der mich in jener schweren Zeit ansprach, er sei in Sorge, daß ausländische Studenten der laufenden Lehrgänge, von denen ja gewiß einige illegal bei uns seien, abgeschoben würden und dann in ihren Heimatländern von Haft oder gar Tod bedroht sein könnten.

Im Frühjahr 1990 war ich mehrmals auf Sitzungen des Büros des Parteivorstandes, denn ich mußte ja die Lehrer, Studenten und Mitarbeiter vertreten, die zum größten Teil – wie immer deutlicher wurde – vor dem Nichts standen. Zunehmend gewann ich den Eindruck, daß die Distanziertheit uns gegenüber Züge der Gegnerschaft annahm. Das wurde auch demonstriert: Als die Wahlparty der PDS im März in den Räumen der Parteihochschule stattfand, hielten es die Veranstalter für angebracht, die Marx-Büste im Foyer mit Klosettpapier zu umwickeln. Zuständig für uns war zu dieser Zeit Lothar Bisky. Und schließlich – es war im Mai 1990, wenn ich mich recht erinnere – wurde im großen Saal der Hochschule die Lenin-Statue, eine Kopie des von deutschen Kommunisten des Mansfelder Landes geretteten sowjetischen Denkmals, enthauptet, damit sie durch die Tür gebracht und auf einen Tieflader im

Hof geworfen werden konnte. Die damit Beauftragten des Parteivorstandes hatten zunächst technische Mitarbeiter unserer Hochschule dafür gewinnen wollen. Alle, Genossen wie Parteilose, haben sich geweigert. Ich fühle mich nicht zuletzt deshalb mit ihnen eng verbunden. Durchgeführt wurde die Aktion schließlich von einem Abrißunternehmer. Der Verantwortliche für die Parteihochschule im Parteivorstand war zu diesem Zeitpunkt André Brie.

Wie verläuft Dein Leben jetzt?

Ich hatte fast bis zur Rente immer Arbeit, was ja heutzutage nicht selbstverständlich ist. Ehrenamtlich bin ich seit Jahren aktiv in der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora. In Belzig, wo ich wohne, hat mich die Stadtverordnetenversammlung – mit den Stimmen der PDS und der SPD, bei Stimmhaltung der CDU – zum Koordinator gegen Rechtsradikalismus und Gewalt gewählt. Beides ist mit ziemlich viel Arbeit verbunden. Zudem habe ich mich nach der sogenannten Wende dem „Revolutionären Freundschaftsbund“, der in Dresden seine Leitung hat, angeschlossen. Wir ent wurzeln keine großen Bäume, aber der Bund betreibt eine „Marxistische Arbeiterschule“ und pflegt das Erbe der legendären antifaschistischen Bergsteiger des Elbsandsteingebirges. Er hat eine Sektion in Tschechien und enge Verbindungen zu polnischen Genossen. Es geht also um Marx, um Lenin, um die kritische Analyse unseres Weges und um den Internationalismus. Das sind die Dinge, zu denen ich mich bekenne. Nicht bekennen kann ich mich zu jenen, die den Sozialismus aus einem zu erkämpfenden realen Ziel in eine Utopie zurückzuverwandeln trachten. Visionen sollten vor allem Sache von Psychiatern oder Wunderheilern bleiben. Auch wer seine Programmatik theoretisch auf John Maynard Keynes gründet, gehört nicht zu den Meinen. Meine Leute sind die vielen aufrichtigen Genossen, denen, wie mir, unsere Partei abhanden gekommen ist. Bei Betrachtung des Lebens komme ich zu dem Schluß: „Noch einmal; nur diesmal besser.“ Dazu will ich nach Kräften beitragen, alle Zeit, die mir gegeben ist.

**Gesprächspartner war
Prof. Dr. Harry Milke**

Gefühle

Aus der Tiefe schöpfen,
sich umstülpen,
zerfallen –
zerrinnen –
aber
irgendwo neu ansiedeln,
Kraft spenden,
Mut machen,
Freude bringen.

Lydia Kuhnt

Das nervende Klopfen im Zentrum der deutschen Hauptstadt (s. RF vom September) ist verhallt. Frau Merkel hat es geschafft. Endlich ist sie am Ziel ihres politischen Strebens und darf ins Kanzleramt. Der Seufzer war von Flensburg bis Oberstdorf zu hören. Ob er bei der mustergültigen Christdemokratin nun auch Auslöser für ein zünftiges Dankgebet gewesen ist, darf aber wohl nachgefragt werden.

Du meinst, lieber Leser, das ginge die Öffentlichkeit gar nichts an. Doch Frau Merkel ließ ja ihre Art zu beten selbst in den Wahlkampf einfließen. Die Kanzlerkandidatin der CDU/CSU bete „fast jeden Tag“, war den Zeitungen zu entnehmen. Allerdings tue sie das nicht für den Wahlsieg. „Um politische Ziele zu beten, finde ich unredlich“, verkündete Angie gegenüber der „Bildwoche“. In ihren Gebeten gehe es um Gesundheit und Kraft, den Rest müsse sie schon allein schaffen, erklärte die Politikerin dem Interviewer. Dieser scheinbar so freimütig gewährte Blick in ihr Innerstes läßt Raum für allerhand Auslegungen. Dabei wollen wir uns den Sichtweisen eines ernsthaften Christen anzunähern versuchen und von dessen Begriffsinhalten ausgehen. Was ist überhaupt ein Gebet? Das „Kleine Lexikon zum Christentum“ der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin, 4. Auflage von 1994, sagt dazu, es handle sich um einen Vorgang, bei dem der Gläubige „zu Gott von sich und den Seinen spricht, von seinen Erfahrungen und Anliegen. Das geschieht als Bitte, Lob, Dank oder Fürbitte, aber auch als Klage, wenn der Betende von seiner Not oder der seiner Mitmenschen spricht“. Ich gehe davon aus, daß die Protestantin Angela Merkel das auch für sich akzeptiert. So haben wir es mal gelernt:

Warum „Angie“ die Politik bei ihren Gebeten ausklammert

Was uns richtig tief bewegt, soll ins Gebet. Sehen wir uns das gerade von ihr so häufig strapazierte christliche Menschenbild an, das sich übrigens sehr gut mit unseren Vorstellungen vom sozialistischen Menschen vereinbaren läßt. Hier wie dort begegnet uns der ganzheitliche Mensch, der nicht einmal das und ein andermal jenes vertreten kann, nicht hier der Christ und dort der Politiker ist, obendrein noch gleichzeitig. In unserem Falle dürfte es also nur die christliche Politikerin geben, die sehr bewußt beides ist. Sie müßte ihr politisches Handeln als gottgefälliges Tun betrachten, für das sie jenem, von dem sie sich berufen fühlt, Rechenschaft schuldet. Wann und wo? Natürlich im Gebet! Frau Merkel will uns nun erzählen, sie stelle ihr politisches Handeln neben

ihr Christsein, es habe mit-hin in ihren Gebeten nichts zu suchen. Das Beten auf die Bitte „um Gesundheit und Kraft“ zu reduzieren, läßt eine psychisch verarmte „Christin“ vermuten oder auf Ausflüchte schließen. Verstellt sich hier etwa eine Nichtgläubige hinter der Maske einer Christin? Wir halten uns da raus; das müßten Fachleute klären, Psychologen. Da Frau Merkel nicht nur von ihren Anhängern für eine halbwegs kluge Frau gehalten wird, muß diese zwiespältige Äußerung als Schizophrenie betrachtet werden. Schämt sich die Christin Merkel etwa der Politikerin Merkel? Sind da Gewissenszweifel im Spiel? Ahnt sie, die nach außen hin Machtbewußte, in ihrem tiefsten Innern, daß ihr politisches Credo schlecht und gegen die

Menschen gerichtet ist? Dann wäre die Saat unseres sozialistischen Bildungswesens selbst bei einer Angela Merkel nicht auf völlig tauben Boden gefallen. Wenn sie nicht für ihre Politik beten will oder kann, wäre da nicht vielleicht ein Schuldbekennnis fällig? Was will Angela Merkel vor sich selbst und jenem durch ihr forsches Auftreten verbergen, zu dem sie betet? Letzteres wird ihr nach christlichem Verständnis nicht gelingen, aber vor den Wählern vermag sie einen solchen in den Tiefen ihres Gewissens wurzelnden Widerspruch wohl kaum zu kaschieren. Irreführung nennt man so etwas. Das macht „Angie“ ganze Gefährlichkeit aus. Handeln wider besseres Wissen. Sie selbst hat die Katze aus dem Sack gelassen.

Wolfgang Mäder

Ein Mensch

Ein Mensch,
geboren unerbeten
bei hilfsbedürftigen Proleten
erzogen von selbst Unerzog'nen
betrogen von stets selbst Betrog'nen
verbogen früh vom Bildungswesen
brutal verdimmt durch Zeitungslesen
schurigelt durch das Militär
frustriert im Arbeitslosenheer
durch Autoschlängenstau gestaucht
durch Werbung zum Konsum mißbraucht
vom Wegwerfwahnsinn angesteckt
vom Teleterror aufgeschreckt
in Drogenräume reingetrieben
im Cyberspace alleingelieben
als Opfer mediengeiler Lust
hat endlich nicht mal mehr gewußt
wozu er hier auf Erden weilt.

Ist folgerichtig auch enteilt.
Ein Fehlschlag.
Die Bestattungsmeute
macht ihn post mortem noch zur Beute.

Es irrt der Mensch, solange er glaubt,
daß man ihm hier nicht alles raubt.
Daß er sich was verdienen kann
durch Fleiß als braver Arbeitsmann
ganz ohne Arglist und Betrug.
Er irrt. Damit genug.

Das Kapital hat ihn im Griff
von Wochenbett bis Kirchenschiff.
Das Kapital ist nicht zu steuern,
nicht abzubremsen, anzufeuern.
Es lebt durch rücksichtsloses Raffen.
Man muß das Kapital abschaffen!

Ahasverus

Aus: Mammonpriester oder das Kapital als Defizit

Haben und Sein

Kapital heckt Kapital. Wie?
Das ist ihm ganz egal!
Steigt gelassen über Leichen.
Ist durch gar nichts zu erweichen.
Schauderhaft es nur erschrickt
bei 'nem Eigentumsdelikt.
Eigentum ist allen heilig.
Alle haben's furchtbar eilig
beim Erraffen und Erwerben.
Haben und Besitzen. Erben
heißt das Evangelium.
Die Vernunft erstirbt ganz stumm.
Der Verstand frohlockt: Jetzt wird abgezockt!
Dividende, Wucherzinsen.
Börsenhaie höllisch grinsen,
bieten Aktien feil. Heil Dir, Mammon, heil!

Ahasverus



Seit 1990 ist viel geschehen. Das begann mit der „Entlastung“ der Bibliotheken von DDR-Literatur, mit dem Verschwinden vieler Verlage, den neuen Angeboten der Buchhandlungen; nach Schätzungen wanderten 80 Millionen in der DDR gedruckte Bücher auf Müllhalden. Das setzte sich damit fort, daß Betriebe und Genossenschaften, die in der DDR auch Träger des kulturellen Lebens waren, diese Funktion nicht mehr wahrnehmen konnten. Kulturhäuser stellten ihre Tätigkeit ein. Künstler verloren ihre Arbeitsmöglichkeiten. Wenn in Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen von Kultur in der DDR die Rede war, dominierten fortan die Begriffe „Zensur“ und „Reglementierung“. Selbst inter-

Weltgeltung. Chöre wie die Thomaner in Leipzig und der Dresdner Kreuzchor, das Leipziger Gewandhausorchester und die Staatskapelle Berlin hatten einen guten internationalen Ruf. Gesangssolisten wie Theo Adam und Peter Schreier, Dirigenten wie Kurt Masur waren an den bedeutenden Bühnen und in den Konzertsälen gefragt. Die Filmproduktion der DEFA, nicht zuletzt ihre Kinderfilme, desgleichen die Buchproduktion und die buchkünstlerische Gestaltung – solche und andere Spitzenleistungen sind zu erwähnen, wenn es um Kultur in der DDR geht. Daß bedeutende Verlage entstanden und das Bibliothekswesen, auch auf dem Lande, entwickelt wurde, daß Kulturhäu-

Neues zu beginnen, und das Gefühl, dabei gebraucht zu werden. Die Tatsache, daß Kunstinteressierte im Laufe der Jahre aus allen Schichten der Bevölkerung kamen und vor allem Theaterstücke, Filme, Bücher und Werke der bildenden Kunst lebhaft öffentliche Debatten auslösten, bestärkte sie in dieser Haltung. Kunstwerke und ihre Aufnahme sind – das gehört zu ihrer Eigenart – immer Felder kritischen schöpferischen Denkens, Ausdruck unverwechselbarer, eigenwilliger Sicht auf das Leben und Verteidigung unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten. Daraus ergibt sich ihr Reiz. Daraus entstand in der DDR aber auch ein Problem.

In einer Rede zur Bildung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten vertrat Otto Grotewohl den Standpunkt des Politbüros der SED: „Die Idee in der Kunst muß der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen. Denn nur auf der Ebene der Politik können die Bedürfnisse der werktätigen Menschen richtig erkannt und erfüllt werden. Was sich in der Politik als richtig erweist, ist es unbedingt auch in der Kunst.“ (ND 2. 9. 1951) Das wurde zum Maßstab der Bewertung künstlerischer Leistungen. Die Künste wurden – wenn sie sich nicht im Einklang mit der „ideologischen Arbeit“ bewegten – zum Störfaktor. Ein lautstarkes Signal dafür war die 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965. In der Rede, die Erich Honecker hielt, wurde Künstlern der DDR der Vorwurf gemacht, sie vergifteten durch nihilistische, ausweglose und moralzersetzende Philosophien die Jugend und verstünden weder etwas vom Leben noch von der Politik. Nach dieser Tagung wurden fast eine Jahresproduktion der DEFA aus den Kinos verbannt, Bücher verboten, Theaterstücke aus den Spielplänen genommen. Im Ministerium für Kultur, in künstlerischen Einrichtungen und in Redaktionen gab es Abberufungen, Kündigungen, Versetzungen. Dieser Rundumschlag wirkte wie eine Aufkündigung des Bündnisses zwischen Partei und Künstlern.

Eine kritische Bewertung der 11. Tagung durch die Parteiführung hat es nie gegeben. Auch unser Lehrstuhl ließ sich davon leiten, daß im Sozialismus die Grundlagen für die Einheit von Geist und Macht geschaffen werden und daß die Kunst parteilich sein müsse. Über dieser Betonung des Gemeinsamen blieb das Unterschiedliche zu oft auf der Strecke.

Was ich heute besser weiß – Kunstwerke und deren Aufnahme durch das Publikum eröffnen Felder kritischer, schöpferischer Sicht auf das Leben. Durch die Verteidigung unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten, die ihren Reiz ausmachen, werden sie produktiv für die Gesellschaft. Zum Konflikt mit der Politik führt es, wenn Politiker gerade das als Bedrohung empfinden und nicht als Anstoß für ihr Nachdenken über das Leben.

Prof. Dr. Eberhard Röhner

Unser Autor war Leiter des Lehrstuhls Kulturpolitik an der Parteihochschule der SED

Erfolge und Widersprüche in der DDR-Kulturpolitik

national anerkannte Künstler wurden als „Staatskünstler“ bezeichnet und sollten so diffamiert werden. Den Vogel schoß dabei der Bürgerrechtler und Schriftsteller Siegmund Faust ab. Er erklärte auf einer Tagung der Enquetekommission des Bundestages: „Von dem, was ‚Literatur‘ genannt wurde, bleibt überhaupt nichts ... Davon bleibt – meine ich – nur ein Misthaufen übrig.“ Die Versuche, die Ergebnisse kultureller Entwicklung in der DDR in Frage zu stellen, die Leistungen auf diesem Feld des gesellschaftlichen Lebens vergessen zu machen, halten an. Von einer differenzierten Betrachtung der mehr als vierzigjährigen Kulturgeschichte der DDR ist bis heute wenig zu spüren – auch wenn es Ansätze dafür gibt. Das ist bitter für alle, die auf diesem Feld tätig waren, weil es Entwertung ihres Lebens ist: für die Berufs- und Laienkünstler, die Mitarbeiter in Clubs und Kulturhäusern, die Lehrer und Wissenschaftler, die Bibliothekare, die Kulturfunktionäre in Gewerkschaftsgruppen, Städten und Gemeinden, die Mitglieder des Kulturbundes – es waren Hunderttausende. War sinnlos, was sie getan haben?

Unbestritten ist wohl, daß Ergebnisse vorliegen, die sich sehen lassen können. Sie sind z. B. an die Namen Brecht und Felsenstein gebunden und an die Einrichtungen, an denen sie tätig waren: das Berliner Ensemble und die Komische Oper. Die Theaterkonzeption Bertolt Brechts und das realistische Musiktheater Walter Felsensteins gewannen

ser bei Betrieben und in Gemeinden ihre Arbeit aufnahmen, daß der Akademie der Künste und dem Kulturbund ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet wurde, daß die DDR, in bezug auf die Dichte der Theater und die Anzahl der Orchester im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, in Europa auf einem der vordersten Plätze lag, welche Besucherströme die Kunstaussstellungen in Dresden anzogen und welche Qualität des volkskünstlerischen Schaffens sich bei den Arbeiterfestspielen zeigte – das ist nicht weniger wichtig, wenn man Bilanz zieht. Auch in der DDR wurden für die Mehrheit der Menschen Konzerte und Theaterbesuche, Bücher, Filme und Ausstellungen, eigene Betätigung in Arbeitsgemeinschaften und Zirkeln nicht zum gewöhnlichen Bestandteil ihres Alltagslebens. Aber es gab viele produktive Ansätze, Kultur darin zu verwurzeln und Zugang zu kulturellen Werten zu erschließen – auch durch die niedrigen Preise. Das alles war Ausdruck eines politischen Programms: Kulturentwicklung wurde in der DDR als notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Veränderung begriffen.

Neue Ansprüche und Möglichkeiten entstanden auch für die Künstler. Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer politischen Standpunkte und ihrer künstlerischen Konzepte waren sie bereit, mit ihrer Arbeit dazu beizutragen, faschistische und militaristische Ideen zu bekämpfen und die Verantwortung der Deutschen für eine friedliche Zukunft zu stärken. Was viele von ihnen reizte, war der Versuch, etwas

Linkes aus Kassel

Nach der für die Linkspartei erfolgreichen Bundestagswahl stehen uns Hessen im Frühjahr 2006 Kommunalwahlen ins Haus. Es ist die erste Wählerbefragung nach Schröders Abgang. Der hat in sieben Jahren Amtszeit nie Zweifel über seine Hörigkeit gegenüber der deutschen Industrie aufkommen lassen. Sie zog daraus milliarden schwere Gewinne, schuf aber keine neuen Arbeitsplätze. Schröders „Reformen“ – Hartz IV und Agenda 2010 – sowie die damit verbundene Verschärfung des Sozialabbaus gingen dem Kapital nicht weit genug und wurden zu „zögerlich“ verwirklicht. So setzte es auf CDU und FDP. Wenn diese Rechnung nicht aufging, dann ist das dem Widerstand der Lohnabhängigen, der Hartz-IV-Opfer und Rentner – besonders aber dem Votum vom 18. September – zu verdanken. Die Linkspartei und ihre 54 Abgeordneten stehen angesichts des Horrorprogramms der als große Koalition verkauften Allianz CDU/CSU/SPD vor einer gewaltigen Herausforderung. Die durch Schröder begonnene Entsozialdemokratisierung der SPD wird von Steinbrück und anderen Parteirechten konsequent fortgesetzt, wobei der angebliche Widerstand einiger „Parteilinker“ nicht sonderlich ernst genommen werden sollte. Das Zusammenwachsen von PDS und WASG wird andererseits auch nicht ohne Folgen bleiben. Ich rechne damit, daß die letzten Reste marxistischen Denkens von der PDS – gegen den Widerstand vieler alter Genossen – aufgegeben werden dürften. Die Zeit bis zur hessischen Kommunalwahl drängt. In den von mir besuchten Versammlungen von PDS und WASG in Nordhessen gab es noch große Spannungen, Mißtrauen, Angst vor einer Vereinnahmung durch die jeweils andere Seite. Bei den oftmals konträr geführten Diskussionen suchten z. B. ehemalige DKP-Mitglieder und aus der PDS Ausgetretene verlorene Schlachten im nachhinein verbal zu gewinnen. Hierbei kam leider auch der Antikommunismus nicht zu kurz. Doch es gibt auch Positives zu be-

richten. In vielen Veranstaltungen, so von DKP, attac u. a., zeigte sich der Wille zur aktiven Mitarbeit bei der Formierung des linken Bündnisses. Jetzt kommt es darauf an, unter Beteiligung aller Linkskräfte glaubwürdige Kommunalwahlprogramme zu erarbeiten und ebenso verlässliche wie kompetente Kandidaten zu nominieren. Spätestens an dieser Stelle müßte vom Leser die Frage gestellt werden, was das eigentlich mit dem Weg des RF zu tun hat. Auf einen Leserbrief in der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) über die Afghanistan-Intervention der Bundeswehr kam ich mit einer in Kassel lebenden Afghanin ins Gespräch. Begierig nach mehr Informationen zu diesem, im wörtlichen Sinn „brennenden“ Thema stieß ich auf „RotFuchs“-Autor Matin Baraki. Sein Afghanistan-Beitrag in der Oktober-Ausgabe und der Leitartikel „Starke Linke im Bundestag“ machten mich neugierig. Zusammen mit der Gemeinsamen Erklärung der Brandenburger Kommunisten zur Zusammenführung der Linkskräfte waren sie Auslöser für mich, den „RotFuchs“ zu abonnieren, um so seiner Spur besser folgen zu können. Angesichts einer Situation, die geradezu nach Bündelung der linken Kräfte schreit, und zu einer Zeit, in der eine starke linke Parlamentsvertretung die Aktivierung der außerparlamentarischen Opposition beflügeln kann, war ich beim Lesen des Beitrags von Ingo Wagner, „Quo vadis RotFuchs?“ zunächst irritiert. „Die Schaffung einer großen revolutionären Partei, die den Monopolen Paroli bieten könnte“, so Ingo Wagner, „ist kein Akt der Spontaneität und kurzer Zeiträume.“ Sein Herangehen an das Problem der von einigen beabsichtigten Umwandlung des „RotFuchs“-Fördervereins in eine neue „marxistische Partei“ beruhigte mich. Die Beschreibung der Rolle und der Funktion des „RotFuchs“, wie er sie in seinen „... sechs grundlegenden Aufga-

ben“ formuliert hat, ist die einzig richtige Fährte, der wir folgen sollten. Der Gedanke an die baldige Formierung einer „neuen marxistischen Partei“ entspricht nicht der realen Lage, ist voluntaristisch und linkssektiererisch. Seine Verwirklichung würde nur weitere Spaltung bedeuten. Mit der Bewertung der DKP durch Ingo Wagner stimme ich nicht überein. Die Bedingungen für die Arbeit der Kommunisten in der alten BRD waren seit 1945 außerordentlich kompliziert. Ich habe das alles miterlebt. 1956 erfolgte das Verbot der KPD, nach 12jähriger Illegalität kam es 1968 zur Gründung der DKP. Den Ruf nach einer revolutionären massenwirksamen marxistischen Partei vom Zustand der DKP abzuleiten ist aus meiner Sicht einfach falsch. Mit geringen Kräften leistet die Partei in vielen Zusammenhängen eine umfangreiche Arbeit. Das wird beim Lesen der UZ gut sichtbar. Am III. Europäischen Sozialforum in London nahm die DKP ebenso teil wie am 6. bundesweiten Sozialkongreß der Gewerkschaftslinken in Stuttgart. Auch auf dem 1. Sozialforum in Erfurt war sie vertreten. Nicht zu vergessen ist das eindrucksvolle UZ-Pressfest mit über 50 000 Teilnehmern. Erwähnen möchte ich auch die motivierten jungen Genossen, die das SDAJ-Tribunal gegen Lehrstellenabbau in Nürnberg vorbereiteten und durchführten. Der Anfang Dezember in Kassel tagende Friedensratschlag wäre ohne die Genossen der DKP nicht denkbar. Das ist nur ein Ausschnitt. Im vorliegenden Verfassungsschutzbericht wird die „Bedeutungslosigkeit der DKP“ hervorgehoben und zugleich auf vielen Seiten dokumentiert, daß eine ganze Reihe von Verbänden und Organisationen „im Umfeld der DKP entweder die politische Ausrichtung der Partei (teilt) oder maßgeblich von DKP-Mitgliedern geleitet“ (wird).

Was gilt es zu tun? Merkels Allianz mit den Rechten in der SPD hat bereits ihren Kurs abgesteckt. Es bleibt dabei! Weitere Ausplünderung der Lohnabhängigen, der Hartz-IV-Betroffenen und Rentner! Beseitigung der Mitbestimmung! Unterwerfung von Wissenschaft und Kultur unter die Kapitalinteressen! Schamlose Änderung der Steuer- und Versicherungssysteme zugunsten der Reichen!

Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten des Linksbündnisses bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Bedeutende Sektoren der Bevölkerung können für den gemeinsamen Kampf gewonnen werden. Aktionseinheit heißt das Gebot der Stunde.

Langfristig, gewissermaßen im Verlauf des historischen Prozesses, werden Kommunisten, Sozialisten und andere Linke Schritt für Schritt die Voraussetzungen zur Herausbildung einer starken marxistischen Massenpartei gegen den Imperialismus schaffen. Und ich bin fest davon überzeugt: Eines Tages wird es auch die im August 1956 verbotene KPD wieder geben.

Karl-Heinz Mruck



Grafik: SHAHAR

Hamburg: Kongreß über weiße Flecken in der Geschichte der Nachkriegs-BRD

„Tabus der deutschen Geschichte“. Zu diesem Thema fand vom 21. bis 23. 10. in der Uni Hamburg ein Kongreß statt, der sich mit der Nachkriegsgeschichte und der (verweigerten) Aufarbeitung des Faschismus in der alten Bundesrepublik befaßte. Eingeladen hatten die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg, die Geschichtswerkstatt St. Georg und der AStA der Uni Hamburg.

„Der Kongreß war ein Fest“, stellte der Moderator, Mitbegründer der Bürgerinitiative und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Ossietzky“, Eckart Spoo, zum Abschluß fest, und da kann ich ihm nur zustimmen. Auch wenn ich viele der Informationen schon kannte, hat es mir gutgetan, daß sie hier so kompakt und kompetent vorgetragen wurden. Das stärkt die Überzeugung, daß man für die richtige Sache kämpft.

Der Besuch von ca. 300 Interessenten zeigte, wie aktuell das Thema heute ist. Unter den Teilnehmern und Referenten waren viele Zeitzeugen der politischen Kämpfe aus den frühen Jahren der Bundesrepublik, viele in der 68er Bewegung mobilisierte, aber auch eine beachtliche Zahl jüngerer Leute, für die das Thema nicht mit eigenem Erleben verbunden war. Es fand dennoch ihre Aufmerksamkeit.

In 13 Referaten auf durchweg hohem Niveau wurde die Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Ich möchte hierbei besonders drei Referate hervorheben:

Der achtzigjährige Rechtsanwalt und Autor von Sach- und Kinderbüchern Heinrich Hannover stellte überzeugend dar, wie sich mit Beginn des kalten Krieges die alten Macht- und Besitzverhältnisse wieder festigten und die nach 1945 bis ins bürgerliche Lager hinein verbreitete Einsicht „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ zurückgedrängt und durch dumpfen Antikommunismus ersetzt wurde. Es war schon bedrückend, von seinen Erfahrungen als Strafverteidiger zu hören, wie häufig Antifaschisten in der Bundesrepublik von den gleichen Juristen angeklagt und verurteilt wurden, die sie schon unter dem Faschismus verfolgt hatten, zum Teil sogar mit ähnlichen juristischen „Begründungen“.

Otto Köhler zeigte mit der nötigen Ironie und Verachtung am Beispiel des ersten Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Aschoff, wie sich die „Eliten“ des „Dritten Reiches“ nach dem Zusammenbruch ihres Systems gegenseitig zu Nazigegegnern, fast zu Widerstandskämpfern, hochstilisierten, wie ein Mann, der in der ersten „Treuhandstelle Ost“ die Ausplünderung Polens mit organisierte, später lancierte, er habe die Zeit des Nazi-regimes als pflichtbewußter Privatmann verbracht.

Rüdiger Hachtmann entlarvte die Legendbildung führender Forscher, sie hätten sich vor dem Nazitum in die unpolitische Sphäre der „reinen Wissenschaft“ zurückgezogen. Er stellte überzeugend dar, daß sich die Naziführung ebenso wie deren „Fachleute“ der Bedeutung der Wissenschaft für die Kriegführung sehr wohl bewußt waren und in diesem Sinne zusammenarbeiteten. Besonders pikant: ein Foto von der Verleihung eines Wissenschaftspreises durch Max Planck, aus dem bei einer späteren Veröffentlichung in der Bundesrepublik ein uniformierter Nazifunktionär herausretuschiert wurde. Über alle Referate zu berichten, würde hier den Rahmen sprengen.

Ein Fest war der Kongreß besonders, wenn man bedenkt, wie übereinstimmend alle Referenten und Teilnehmer die Zeit des Faschismus und der frühen BRD sahen. In sämtlichen Beiträgen wurde die bereits durch Thomas Mann formulierte Überzeugung deutlich, der vom Antikommunismus als der Grundtorheit des Jahrhunderts gesprochen hatte. Es ist ermutigend, daß sie 16 Jahre nach der Niederlage des Sozialismus in Europa immer noch von so vielen Linken unterschiedlicher Art vertreten wird. Dies gilt um so mehr angesichts der politischen Breite des Veranstalterkreises: So gehören zu den Gründern der Initiative für Sozialismus neben Kommunisten und anderen „Altlinken“ wie Oskar Negt und Eckart Spoo auch die bisherigen Minister Bulmahn und Trittin. Der Hamburger Kongreß offenbarte, wie weit sich antifa-

schistische Kräfte Deutschlands bei der Einschätzung von Fragen der Geschichte und in Forderungen für die Gegenwart nahekommen können.

Noch zwei kritische Anmerkungen: Für eine Diskussion der Referate im Forum blieb praktisch kein Raum. Auch in den Arbeitsgruppen soll es ähnlich gewesen sein. Zeit für Debatten wäre allerdings nur auf Kosten der Zahl oder Ausführlichkeit der Referate möglich gewesen. Dennoch: Weniger ist manchmal mehr.

In einigen Referaten, auch im ausgezeichneten Vortrag Hannovers, tauchte der Vorwurf auf, die Antikommunisten hätten nicht zwischen den „Stalinisten“ und den „guten“ Kommunisten differenziert. Solchen Auffassungen liegt wohl ein Rest eigener antikommunistischer Vorbehalte zugrunde. Ich würde jedem, der damals gegen Hitler kämpfte, aus welchen Motiven auch immer, meine Achtung erweisen. Das gilt für den Widerstand von Kommunisten und Sozialdemokraten ab 1933 ebenso wie für Frauen und Männer des bürgerlichen oder militärischen Widerstandes. So, meine ich, sollte heute auch allen Antifaschisten klar sein, wer den entscheidenden Beitrag für den Sieg über den Faschismus geleistet hat: die Völker der Sowjetunion unter der Führung ihrer kommunistischen Partei. Sie haben unseren Dank verdient und nicht die Einteilung in bessere oder schlechtere Hitlergegner. Am allerwenigsten haben jene das Recht dazu, die die Nazis verharmlosen oder zu „humanisieren“ trachten.

Fritz Dittmar, Hamburg



Grafik: SHAHAR

Auf sumpfigem Grund

Ich hatte Lust, an die Spitze meines Beitrags den Satz zu rücken: „Ich bin ein Berliner!“, fürchtete aber, daß er manchen Leser verschrecken könnte. Deshalb versichere ich mit dem zweiten Satz, daß ich um keinen Preis etwa so verstanden werden möchte wie jene unseligen Politschreihälse, die diese Worte durch die Jahrzehnte strapaziert haben. Meist natürlich, um sich als kalte Krieger auszuweisen. Da der kalte Krieg – wie man täglich zu spüren bekommt – munter weitergeht, habe ich mich dann doch aber gerafft, den Satz zu benutzen.

Ja, ich bin ein Berliner, geboren in Neukölln, aufgewachsen in Zehlendorf und in der Britzer Hufeisensiedlung, durch einen Bombenangriff nach Buchholz verschlagen – aber wen interessiert eigentlich, wo ich überall logierte? Mitteilenswerter könnte sein, daß ich am ersten September Sonntag 1945 im Stadion Neukölln dabei war, als die erste antifaschistische Großkundgebung in Berlin nach dreizehn blutigen Jahren stattfand. Ich habe auch manch andere denkwürdige Stunde in dieser Stadt erlebt.

Erinnert wurde ich daran, daß ich Berliner bin, als ich neulich am Brandenburger Tor vorüberkam und einen in die Baugrube starrenden Mann mit Plastikhelm fragte, was denn dort zu sehen sei? Er antwortete mürrisch: „Wasser!“ Erst als ich danach eine Weile schwieg, wurde er gesprächiger. Der Mann gehörte einer DDR-Generation an und könnte damals manches Mal laut gemault haben. Seine aktuelle Empörung – das betonte er – aber galt einer Idee, die „in der DDR garantiert und zu Recht verboten“ worden wäre. Er meinte den Bau der U-Bahn-Linie vom Lehrter Bahnhof – heute offiziell „Hauptbahnhof“ – zum Alexanderplatz. Wer nicht in Berlin zu Hause ist, sei dahin gehend informiert, daß man vom Alex zum Lehrter Hauptbahnhof am schnellsten mit der S-Bahn fährt, weil es nur drei Stationen sind. Nun aber sollte eine U-Bahn hinzukommen. Stationen: Reichstag, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Rotes Rathaus. Es sollte eine echte Vorzeigelinie werden. „Du bist Deutschland! Die U-Bahn ist Deutschland!“

Aber diejenigen, die entschieden hatten, daß sie gebaut werden soll, können keine Berliner gewesen sein. Denn diese wissen, daß Tausende Baumstämme in den sumpfigen Grund gerammt werden mußten, ehe man einst die Fundamente der Stadt legen konnte. Und viele – wie der Mann mit dem Helm und ich – wissen auch, daß mit Wasser zu rechnen ist, wenn man in Berlin buddelt.

Als man die Protzlinie bis zum Brandenburger Tor vorgetrieben hatte, war das Geld alle. Der Bau sollte eingestellt werden. Da kam die Bundesregierung und erinnerte an die Fördermillionen, die bereits ausgegeben worden waren. Die mußten zurückgezahlt werden. (Jeder sucht in diesem Land nach Geld.) Also wurde entschieden, die Strecke zu verkürzen und nur mit Zügen aus jeweils zwei Wagen zu betreiben. Inzwischen wäre der

Vorschlag keineswegs absurd, ein U-Boot auf der Strecke einzusetzen.

Warum ich das alles zu Papier gebracht und mich dem Vorwurf ausgesetzt habe, längst Bekanntes mitzuteilen, will ich erklären: In Berlin konnte mir an dem Novembertag 2005, an dem ich diese Zeilen schrieb, niemand exakt Auskunft geben, wie hoch die Schuldensumme der Stadt im Augenblick ist. Es hieß, daß es mehr als 53 Milliarden Euro wären. (Dunkel erinnerte ich mich, daß die DDR etwas weniger Schulden hatte und zudem größer war als Berlin ...) Aber das hindert – siehe U-Bahn – niemanden daran, Geld auszugeben, als stünde die Stadt statt auf Sumpf auf Goldgruben.

Ich bin kein Finanzexperte, will auch nie einer werden, aber ich habe keine Mühe zu begreifen, daß zum Beispiel die 19 Millionen Euro, die Berlins PDS-Senator Flierl für „Gedenkstätten“ ausgab, in denen der „Folter“ durch das MfS gedacht werden soll, andernorts nützlicher hätten verwendet werden können. Erst dieser Tage wurde in der Prenzlauer Allee wieder eine solche „Stätte“ eingeweiht. Als dort püffige Berliner erschienen und hinter der Rednertribüne ein Transparent mit der Aufschrift entrollten „Ehrendes Gedenken für Nazis?“ bekannte Festredner Flierl, daß er ursprünglich nicht die Absicht gehabt habe, vor solchem Hintergrund zu reden. Das klang glaubhaft, änderte aber nichts daran, daß die erschienenen Fernsehjournalisten kein „passendes Bild“ in ihre Optiken bekamen und sich deshalb mit Sekundensequenzen begnügen mußten. Dabei hätten ein paar Minuten notfalls helfen können, die Problematik des Themas aufzuhellen. Ein „Kunstwettbewerb“ war ausgeschrieben worden. Die „Künstlerin“, die ihn gewann, hatte 61 weiße Fragen auf ein schwarzes Band gepinselt. Zum Beispiel: „Wie kalt war die Zellenwand?“ „Wo stand der Kübel?“

Von jenen, die im Rücken des PDS-Senators ihr Transparent gespannt hatten, war auch einiges auf Plakate gemalt worden: „Wo sind die Fragen der 50 Millionen Kriegstoten?“, „Sind 45 Tausend aus Steuermitteln dafür gerechtfertigt?“

Noch zu sagen wäre: Die einstigen Arrestzellen waren 1945 von der Sowjetarmee in der Prenzlauer Allee eingerichtet worden, als es in Berlin noch von Nazis wimmelte. Würde das heute jemand mißbilligen, sollte er offen seine Sympathie für jene kundtun, die das Morden erst in der Wilhelmstraße enden ließen. Deutlicher: Er sollte einen

Flug nach Moskau buchen, um sein Anliegen dort vorzutragen. Irgendwelche Vorkommnisse aus jener Zeit der DDR anzuhängen, entbehrt jeder Grundlage.

Wenige Tage zuvor hatte in Hohenschönhausen gegenüber der dortigen „Gedenkstätte“ eine Lesung des Buches „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“ mit Autor Horst Schneider stattgefunden. Der „Kabinetts“-Chef hatte seinen Sonderbotschafter Zahn entsandt, einen würdigen Herrn, weißhaarig und jede Silbe bedenkend. Nur: Als man ihm nachwies, daß jene, die durch die sogenannte Gedenkstätte „führen“ und sie „erklären“, hemmungslos lügen – was leicht zu belegen war –, geriet er aus dem Takt und gestand schließlich vor 230 Anwesenden: „Dort wird gelogen! Ja! Ich gebe es zu!“ Er wollte sich mit der Schutzbehauptung aus der Affäre ziehen, daß er selbst bei seinen Führungen nie lüge. Aber danach hatte sich ja niemand erkundigt.

Es tauchte auch die Frage auf, ob der Senat von Berlin und die zuständigen PDS-Senatoren aus solchen „Geständnissen“ nicht irgendwann Schlüsse ziehen müßten. Der an Streitgesprächen nicht sehr interessierte Herr Flierl sollte künftig deutlicher artikulieren, warum er mit hohen Zinsen bei den Banken geborgtes Geld der Stadt für Projekte ausgibt, die man guten Gewissens zweifelhaft nennen muß.

Und weil ich schon wieder beim Geld angelangt bin, ging ich noch der Frage nach, warum der neue Bundestagspräsident bisher nicht in seine Dahlemer Dienstvilla einziehen konnte. Als Alt-Bundespräsident Johannes Rau dort vor Jahr und Tag auszog, fand man Holzwürmer in den Dachbalken und rätselt seitdem, woher im makellosen Westteil der Stadt solcherlei Gewürm kommen könnte, das ja sonst – bisherigen Verlautbarungen zufolge – nur im Osten vegetiert. Aber jetzt Schluß mit dem Grübeln: Der Bundestagspräsident soll nicht unter Brücken schlafen, und die Million steht bereit, um sein dezentes Heim zu sanieren.

Dr. Klaus Huhn



Aus „ver.di News“

Seit Jahr und Tag habe ich sie vorgestellt: 300 authentische Lebensbilder, Skizzen nur, vorwiegend „kleiner Leute“, meist aus dem Raum Ostostfalen, speziell der Magdeburger Börde: durchweg gesellschaftlich engagierter Menschen.

Subjektiv ist die Auswahl der sie charakterisierenden Fakten. Man bedenke, daß über die meisten der Einbezogenen statt einer Seite, statt drei Seiten durchaus 20, auch 30 Seiten zu schreiben gewesen wären. Dies ist für manchen bei anderer Gelegenheit auch geschehen.

Planeter nenne ich sie alle, Synonym für „kleine Leute“, als da waren: Landarbeiter, Hackefrauen, Kleinbauern, Bergleute, Maurer, Zimmerleute ...

Subjektiv ist auch die Auswahl der Personen. Schildern wollte ich Vielfalt und Bewegtheit des Lebens am Beispiel un-

zur Meisterung der Aufgaben und nach jedermanns Bildungsstand. Wehe, er fand da Lücken. Da wies er nur auf die „Einheit“, am Bett griffbereit, auf das ND. Der 89jährige diskutierte mit uns souverän über die Wahlaussichten der britischen Labour Party, über das Echo, das Helene Weigel und das Brecht-Ensemble in London fanden. Daß seine Frau, gleichaltrig, auch erst zwanzig Jahre von den Fesseln des Daseins einer Industrieproletarierfamilie befreit, das Gespräch mit mancher klugen Bemerkung bereicherte, wunderte hier wohl nur einen Fremden.

Ihren jüngsten Besuchern, Schülern, Pionieren erzählten sie immer wieder einmal von der Vergangenheit. Die staunten, wenn sie hörten, daß dieser Mann oft mit den Kerkern des Klassenstaates Bekanntschaft hatte machen müssen. 1902,

Arbeitermord. Er stand auf den schwarzen Listen aller Unternehmer. Er sah neben sich im Kugelhagel der konterrevolutionären Polizei die Genossen fallen.

Er war dabei, als der unvergessene Kleine Trompeter in Halle erschossen wurde. Er stand auf den Rednertribünen in Magdeburg und fuhr zur Landagitation in die schwarze Altmark.

Als Hitler zur Macht kam, wollte man ihn und seine Familie physisch vernichten.

Es gab keine Arbeit für ihn. Wie sagten sie? „Ein rüdiges Schaf steckt die ganze Herde an!“ Und so kam er nicht einmal bei der Müllabfuhr seiner Heimatstadt, nicht als Straßenkehrer und nicht als Kanalreiniger unter. Das alles waren ja „städtische Angestellte“.

Rote Ohren bekamen die Kinder, wenn sie diese Lebensgeschichte hörten. Wenn sie erfuhren, daß er schließlich mit 68 Jahren, an seinem 48. Hochzeitstag, den Weg ins Konzentrationslager Sachsenhausen antreten mußte. Dort fanden sich alle wieder an einem Tisch, die kommunistischen wie die sozialdemokratischen Genossen. Zumindest die, die nicht längst ermordet waren. Dort schworen sie sich die Einheit.

1945, 1946 war es Otto Wippert, der diesen Schwur verwirklichen half, als er viermal „Ja“ sagte zur Einheit der Arbeiterklasse. In Eilsleben, seinem neuen Wohnort, wohin ihn der Luftkrieg verschlagen hatte, in der Kreisstadt, in der Bezirks- und in der Landeshauptstadt. Das waren die glücklichsten Stunden seines Lebens. Eine neue, bessere Zeit begann für ihn, für die Arbeiterklasse, für das Volk, dem er sein ganzes Leben gewidmet hatte.

Karl Schlimme

„Planeter“ im Licht

terschiedlichster Schicksale. Opfer stelle ich vor und Kämpfer. Vorbilder für künftige Generationen, zuvörderst aber für die Menschen unserer Tage. Das bietet Lese- und Heimatstoff für Geschichts- und Heimatfreunde, für Eltern, Lehrer, Schüler ...

Begonnen habe ich meine Arbeit um 1970 und sie bis heute fortgesetzt. 2005 findet sie noch immer kein Ende. Ich biete dem „RotFuchs“ ein Beispiel aus der Reihe meiner „Planeter“ an.

Otto Wippert

Da kam ein Brief bei der Kreisredaktion unserer „Volksstimme“ an. Ein Beitrag „Helft alle bei der Ernteeinbringung!“

Poststempel: Eilsleben. Datum: 10. August 1965. Unterschrift: Otto Wippert.

Ein kleiner Zettel noch dabei: „Genossen, entschuldigt die schlechte Schrift. Mir tun die Hände weh. Aber begreift, ich muß schreiben. Die Ernte drängt, sie muß verlustlos unter Dach und Fach ...“

Der das schrieb, lebte sein 89. Jahr. Hellwach, bewußt, aktiv. An die Wohnung gebunden, aber über Zeitung und Radio die Weltereignisse verfolgend, am Geschick der internationalen Arbeiterbewegung Anteil nehmend, doch nicht die Aufgaben des Tages in seinem Dorf, in seinem Kreis aus den Augen lassend. Immer bereit einzugreifen, schöpfend aus den Erfahrungen seines 75jährigen politischen Kampfes, mit Rat und Tat allen Genossen und Freunden helfend.

Lobte man ihn, ehrte man ihn, dann wies er auf die Frau an seiner Seite: „Nichts wäre ich ohne sie, die Klara. Immer stand sie zu mir. Sie hat mit mir die tausend Demütigungen des Klassenstaates ertragen. Sie ist eine der Heldinnen, ohne die die Arbeiterklasse nicht wäre, was sie ist ...“

Jeden Besucher forschte er aus, ergründete dessen Meinung zum aktuellen Geschehen, fragte nach jedermanns Beitrag

unter dem Kaiser das erste Mal. Er war Sozialdemokrat, Agitator, Streikführer, das genügte.

In den Gefängnissen der sozialdemokratisch regierten Weimarer Republik saß er als Kommunist, nachdem er von den Schlachtfeldern des ersten Völkermordens zurückgekehrt war. Er war Stadtverordneter in Magdeburg, kommunistischer Landtagsabgeordneter. Er kämpfte gegen Hunger, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit,

Glückwunsch unseren Jubilaren!



Am **6. Dezember** vollendet Genosse

Werner Glaser aus Berlin sein **93.** Lebensjahr.

Genosse **Eberhard Bock** wird zwei Tage später **92.**

Wir gratulieren zwei 80jährigen:

Hans-Jochen Schultz aus Rostock (**5. Dezember**) und

Bruno Kiesler aus Berlin (**22. Dezember**).

75 Jahre werden

Horst Aldus aus Berlin (**16. Dezember**),

Hilde Lehmann aus Zschopau (**17. Dezember**) und

Edith Schmitt aus Berlin (**22. Dezember**).

Am stärksten ist der Zuwachs für die Gruppe der **70jährigen**.

Klaus Baunack aus Berlin (**2. Dezember**), der stellvertretende Vorsitzende der Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen,

Wolfgang Naundorf (**2. Dezember**),

Siegfried Voigt aus Berlin (**13. Dezember**) und

Hans Beck aus Salzwedel (**18. Dezember**) begehen diesen Ehrentag.

Herzliche Grüße auch für unseren Autor

Rainer Becker aus Leimbach.

Er wird am **24. Dezember** erst **65** Jahre alt.

Der „RotFuchs“ gratuliert allen Genossinnen und Genossen in fester Verbundenheit und wünscht ihnen Kraft und Stehvermögen.

1. Was auf dem Gebiet des Atheismus getan wurde, war stets von der aktuellen politischen Situation bestimmt. Eine besondere Rolle spielte dabei, wie sich diese politische Situation im konkreten Staat-Kirche-Verhältnis reflektierte, das sich stets im Spannungsverhältnis von Konfrontation und Kooperation bewegte.

2. Für die atheistische Propaganda galt allgemein und übergreifend als dominierendes Prinzip die Gewinnung der Bürger für den Kampf um den Frieden und den sozialistischen Aufbau. Sie durfte deshalb – das wurde immer wieder betont – nicht gegen den religiösen Menschen gerichtet sein, durfte ihn nicht beleidigen, nicht diskriminieren, ausgehend von der Erkenntnis, daß Gegensätze zwischen Theorien und Weltanschauungen nicht in Gegensätze zwischen Menschen umfunktioniert werden dürfen. In den 50er Jahren wurde dieses Prinzip allerdings durch militante Publikationen verletzt, in den kommenden Jahrzehnten jedoch weithin beachtet; einerseits durch eine differenziertere und sachlichere atheistische Propaganda und andererseits durch die Verhinderung von Publikationen.

3. Der Atheismus wurde als ein Bestandteil der marxistisch-leninistischen Weltanschauung betrachtet, als ein Attribut neben anderen – und was immer wieder betont wurde, nicht einmal das wichtigste. Er durfte deshalb nicht verabsolutiert werden. Dieses Prinzip wurde – zumindest von jenen, die sachlich damit befaßt waren –, durchgängig beachtet und durchgeführt.

4. Im Interesse der Authentizität werden nachfolgend die Begriffe so gebraucht, wie es seinerzeit üblich war, also: „marxistisch-leninistisch“, „Weltanschauung der Arbeiterklasse“, „wissenschaftlicher Atheismus“ usw.

5. Ich werde nachfolgend sachlich darstellen und mit Wertungen sehr zurückhaltend sein. Das möge vor allem den Lesern vorbehalten bleiben.

In den ersten Jahren nach 1945 spielte der Begriff „Atheismus“ in der damaligen SBZ in Politik, Wissenschaft und Propaganda überhaupt keine Rolle; es gab auf diesem Gebiet weder wissenschaftliche Untersuchungen noch propagandistische Aktionen. Erwachsen aus dem gemeinsamen Leiden von Marxisten und Christen in faschistischen Zuchthäusern und in den KZ und aus der Gemeinsamkeit im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ ging es primär um die Gewinnung aller Kräfte für den Neuanfang. Darauf orientierte der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, der allen das gemeinsame Ziel setzte, eine einheitliche, friedliebende, antifaschistisch-demokratische deutsche Republik zu errichten. Von besonderer Bedeutung war dann auch das Dokument der SED vom 27. August 1946 „SED und Christentum“, mit dem Untertitel „Eine notwendige Klarstellung“, in dem das Ziel formuliert wurde: Überwindung des Faschismus durch Demokratie und Sicherung des Friedens, was in jener Zeit dadurch gefährdet war, daß versucht wurde, Christentum und Marxismus in ei-

ne gegenseitige Kampfstellung zu bringen. Diese Periode „ohne Atheismus“ währte bis in die Mitte der 50er Jahre. Dann aber schlug der Beginn des kalten Krieges auch voll auf die Beziehungen zwischen Christen und Marxisten durch. Dies äußerte sich zunächst (und anhaltend) im Kampf gegen den politischen Klerikalismus in der BRD und dessen Auswirkungen auf die DDR, was sich dann beispielsweise in der berüchtigten „Obrigkeitsschrift“ und der „Überwinterungsstrategie“ des Bischofs Otto Dibelius sowie der 1957 erfolgten Ratifizierung des Militärseelsorgevertrages (mit den Stimmen von Synodalen aus der DDR) niederschlug. Es kam schließlich dann zu jenen bekannten Ereignissen wie der Reglementierung der Jungen Gemeinde und den z. T. scharfen

der SED, die sich z. T. durch den Affront der Kirche gegen die Jugendweihe, die bei der Bevölkerung schon eine große Resonanz gefunden hatte, dazu veranlaßt sahen.

Es soll jedoch angemerkt werden, daß es in diesem Brief auch hieß: „Die Gewinnung der christlichen Werktätigen für den Kampf um die Erhaltung des Friedens, die demokratische Einheit Deutschlands und den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist für uns eine äußerst wichtige Aufgabe. Damit stellen wir die gemeinsamen Interessen aller Werktätigen und nicht das Trennende in den Vordergrund. Diese Gemeinsamkeit der politischen Interessen und des politischen Kampfes kann aber niemals Verzicht auf die Verbreitung

Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (1)

Auseinandersetzungen um die Jugendweihe. Einzug hielt das, was nachfolgend als „wissenschaftlich-atheistisch“ bezeichnet wurde, mit dem Beschluß der KPdSU vom 11. November 1954 „Über Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung“, der auch in der DDR ausgewertet wurde und zunächst die Frage nach einer naturwissenschaftlich-atheistischen Propaganda aufwarf.

Im Ergebnis dessen wurde 1956 an der Universität Halle ein Arbeitskreis unter der Leitung von H. Wolle und O. Klohr gegründet, dem die Aufgabe übertragen wurde, durch die Erarbeitung von Referententmaterialien zu naturwissenschaftlich-atheistischen Themen entsprechende propagandistische Bedürfnisse zu befriedigen. 1957 begann mit der Gründung einer Forschungsgruppe „Atheismus“ an der Rostocker Universität auch die wissenschaftliche Forschungsarbeit.

Von entscheidender Bedeutung war der Brief des ZK der SED „Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen“ vom 1. März 1958, der exponiert auch auf die atheistische Propaganda innerhalb der SED orientierte. Unter Berufung auf Lenins Feststellung, daß die Religion für die Mitglieder einer Arbeiterpartei keine Privatsache sei, wurden die Genossen der SED jetzt mit mehr oder weniger starkem Nachdruck aufgefordert, aus der Kirche auszutreten, was sich dann vor allem 1958 massenhaft vollzog, nicht zuletzt auch deshalb, weil ja doch derzeit schon viele Menschen in der DDR nur noch formale Kirchenmitglieder waren. Das betraf auch Bürger außerhalb

unserer Weltanschauung bedeuten ... Der Atheismus der Arbeiterklasse, der atheistische Charakter unserer Weltanschauung richtet sich also nicht gegen die Interessen der christlichen Werktätigen, die den allgemeinen Interessen aller Arbeiter entsprechen!“

In jenen Jahren erschienen dann auch viele „atheistische“ Publikationen, allerdings mit zum Teil populär-unwissenschaftlichen Inhalten, wie zum Beispiel das Pamphlet „Der Sputnik und der liebe Gott“.

Solche Publikationen bewirkten eher das Gegenteil dessen, was mit ihnen eigentlich beabsichtigt war. Ihr platter, unseriöser Inhalt offerierte geradezu Breitseiten für die Gegenargumentation und bewirkte teilweise primitive Formen und Methoden der atheistischen Propaganda.

Es soll jedoch festgestellt werden, daß es zu jener Zeit durchaus auch niveauvolle und wissenschaftlich fundierte Publikationen gab, wie etwa die von O. Klohr, H. Mohr, H. Ley oder M. Robbe.

Ab 1958 erfolgte neben der Auseinandersetzung mit dem politischen Klerikalismus ein starkes Anwachsen der naturwissenschaftlich-atheistischen Propaganda, der sich in hohem Maße auch die „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ (1966 in „Urania“ umbenannt) verpflichtet sah. Hauptthemen waren: Naturwissenschaft und Religion; Entstehung des Lebens; Abstammungslehre und Abstammung des Menschen; Probleme des Weltraumfluges; Aberglaube und Medizin.

Unser Achim Thel

Achim Thel hat die „RotFuchs“-Gruppe in Halle gegründet, aufgebaut und geleitet, bis ihn eine schwere Krankheit daran hinderte. Doch er ist ein Teil von uns geblieben. Mit seinem Rat begleitet er die Arbeit seiner Freunde und Genossen. Unlängst brachte die „Mitteldeutsche Zeitung“ über das Hospiz, in dem sich Achim jetzt befindet, einen Bericht. Wir drucken den Wortlaut und grüßen damit Achim auf das herzlichste.



Joachim Thel lebt seit rund vier Monaten im Hospiz. Ab und zu sitzt er auch mal im Rollstuhl, unternimmt mit seiner Frau kleine Ausflüge. Gespräche mit den Mitarbeitern wie mit Thomas Kolodziej und Schwester Manuela Wolfram führt er gern, obwohl ihm das Sprechen schwerfällt. (MZ-Foto: Wolfgang Scholtyseck)

Halle/MZ. Joachim Thel weiß, daß er nicht mehr lange zu leben hat. Er leidet an einer Erkrankung, die die Muskeln lähmt, auch die der Atmung. Ganz bewußt hat er sich dafür entschieden, die ihm noch verbleibende Zeit im Hospiz zu verbringen – weil seiner Frau die Pflege zu Hause nicht mehr möglich war. Und weil er leben will, gut leben will bis zum Schluß statt im Bett nur auf den Tod zu warten.

Das Hospiz in Halle, eine Einrichtung, die unheilbar Kranke wie Joachim Thel stationär betreut, gibt es seit 20 Jahren. 1985 war es das erste Hospiz in der DDR. „Damals gab es auch in Westdeutschland nur ganz wenige Hospizdienste“, erzählt Thomas Kolodziej, der seit 1993 im Hospiz arbeitet und 2003 Geschäftsführer wurde.

Gegen viele Widerstände durchgesetzt habe die Idee der im vergangenen Jahr verstorbenen Pfarrer Heinrich Pera in Zusammenarbeit mit Rudolf Stienemeier. „Der Staat beobachtete damals sehr argwöhnisch, was da entstand“, so Kolodziej. Und die Kirche habe noch bis zur Wende verkündet, daß sie solche Sterbehäuser eigentlich nicht brauche.

Erst nach 1990 setzte sich die Hospiz-Idee bundesweit durch. So konnte für immer mehr Menschen das letzte Stück des Lebensweges so angenehm wie möglich gestaltet werden. „Einzig die Bedürfnisse der Patienten zählen“, erklärt der Hospiz-Chef. Wünsche werden, wenn es irgendwie geht, erfüllt. Da wird das Lieblingsgericht ebenso gekocht wie das Früh-

stück dann serviert, wenn es gewünscht wird. „Ein Patient wollte noch einmal zu den Händel-Festspielen, andere haben wir ein letztes Mal zu vertrauten Plätzen und Straßen begleitet.“

Auch Joachim Thel, der seit vier Monaten im Hospiz ist, genießt diese Art der Betreuung. 24 Stunden am Tag ist immer jemand für ihn da; das gibt dem 72jährigen, der meist im Bett liegt und beatmet wird, ein großes Maß an Sicherheit.

Da er Arme und Hände nicht mehr bewegen kann, haben ihm die Mitarbeiter eine Möglichkeit geschaffen, mit den Zehen Fernseher und Radiosender auszuwählen und im Internet zu surfen. „Das ist für mich ein riesiges Stück Lebensqualität“, erzählt der frühere Ingenieur-Ökonom, der die aktuelle Politik ebenso interessiert wie wissen-

schaftliche Beiträge über seine Krankheit. Thomas Kolodziej, der viele Sterbende begleitet hat, findet es beeindruckend, wie Herr Thel mit seinem Schicksal umgeht: „Er ist aufgeschlossen und meist guter Stimmung.“

Freundlich-humorvoll, so beschreibt Schwester Manuela Wolfram die Atmosphäre auf der Station, deren acht Plätze immer ausgebucht sind. Wenn die Patienten zufrieden sind, gebe das Kraft für die oft auch seelisch belastende Arbeit. Und oft seien es Kleinigkeiten wie ein Glas Rotwein, über die sich die Patienten freuen. Unterstützt werden die Mitarbeiter von 66 ehrenamtlichen Helfern, die mit den Patienten reden, spazierengehen, oder einfach nur da sind, um eine Hand zu halten.

Kirchlich gebunden ist das Hospiz nicht. Aber all das, was Mitarbeiter und Ehrenamtliche leisten, sei gelebte Nächstenliebe, sagt Thomas Kolodziej, der sich wünscht, daß der Hospiz-Gedanke stärker als bisher umgesetzt wird, in Altenheimen zum Beispiel. **Heidi Pohle**



Nimmer kann ich ruhig treiben,
Was die Seele stark erfaßt,
Nimmer still behaglich bleiben,
Und ich stürme ohne Rast.

Nur nicht brütend hingegangen
Ängstlich in dem niedern Joch,
Denn das Sehnen und Verlangen
Und die Tat, sie blieb uns doch.

Darum laß uns alles wagen,
Nimmer rasten, nimmer ruhn,
Nur nicht dumpf so gar nichts sagen
Und so gar nichts woll'n und tun.

Karl Marx

Er wird als einer der wichtigsten Soziologen der Gegenwart bezeichnet: Ulrich Beck, Professor für Soziologie an der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität und der Londoner School of Economics. Als Wissenschaftler mischte er sich mit einer Broschüre „Was zur Wahl steht“ in den Wahlkampf ein. Seine Veröffentlichung dürfte Frau Merkel direkt kaum geholfen haben, aber sie wird sich dankbar auf seine Untersuchungen berufen, wenn nach der Regierungsbildung nicht das eintritt, was sie den Wählern versprochen hat, nämlich mehr Beschäftigung. Denn Beck beweist, daß es auch in Zukunft zwangsläufig nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose geben wird. Deshalb schreibt er: „Wer heute noch den Menschen die Rückkehr zur Vollbeschäftigung verspricht, sagt die Unwahrheit. Das weiß auch Gerhard Schröder.“ Und an die CDU/CSU gerichtet formuliert er: „Merkel und Stoiber versuchen der Bevölkerung einzureden, wenn sie eine erhöhte Dosis jener (von Schröder verordneten – d. V.) bitteren Medizin schlucken, dann erneuere sich der Aufstiegstraum, und die Deutschen fänden zurück in das verlorene Paradies der Prosperität ... Aber wer das verkündet, verleugnet die Wirklichkeit.“ Dieses Eingeständnis eines bürgerlichen Wissenschaftlers überrascht nur für einen Moment. In den Augen der Herrschenden ist seine Offenheit entschuldigbar, weil die weiteren, grundsätzlichen Ausführungen Becks der Oberschicht sehr hilfreich sind. Durch den Verweis auf offenbar unumstößliche und von jedermann wahrnehmbare Tatsachen blockiert Beck Einsichten in die wahren Ursachen der Krise. Im gleichen Atemzug liefert er eine Theorie über die Wahrung des sozialen Gleichgewichts.

Zu Becks Kernsätzen gehören: „Die Erwerbsgesellschaft neigt sich ihrem Ende zu, je mehr die Menschen durch den Einsatz intelligenter Technologien ersetzt werden. Die steigende Arbeitslosigkeit läßt sich also nicht länger auf zyklische Wirtschaftskrisen zurückführen ... Das alte wirtschaftspolitische Instrumentarium versagt ...“ Oberflächlich betrachtet scheint er recht zu haben, denn die Technologie kann im Prozeß der Produktion immer mehr Menschen ersetzen. In der Tat genügt heute gegenüber vergangenen Jahren ein Bruchteil der Arbeitskräfte, um die gleiche Menge Produkte herzustellen, beziehungsweise die gleiche Anzahl Arbeitskräfte, um ein Mehr an Waren zu erzeugen. Diese Tatsache verweist jedoch nur auf einen großen Fortschritt der Menschheit, nämlich sich durch bewußte Ausnutzung der Naturgesetze in höherem Maße Bedürfnisse befriedigen zu können oder bei gleicher Bedürfnisbefriedigung weniger arbeiten zu müssen. Sie hat keineswegs zwangsläufig Arbeitslosigkeit und Elend im Gefolge. Ganz im Gegenteil, sie kann sich als Segen für die gesamte Menschheit aufturn. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen bewirkt sie jedoch auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung für die Masse der Menschen

wirklich eher eine Verschlechterung ihrer Lage.

Womit hängt diese Unsinnigkeit zusammen? Sie beruht auf dem Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung. Unter solchen Bedingungen richten sich Anfang und Ende jeder Produktion nach den besten Möglichkeiten zur Verwertung von Kapital. Produktionsmittel sind folglich auch nicht bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses, sondern Instrumente der Kapitalverwertung. Der technologische Fortschritt, die wertmä-

stalt von Unterbeschäftigungsformen ins Beschäftigungssystem integriert, damit aber auch eingetauscht worden gegen eine Generalisierung von Beschäftigungsunsicherheiten.“ Mit solchen umständlichen Formulierungen erklärt der Soziologe schlicht und einfach, daß in Zukunft nicht die Erwerbstätigkeit, sondern eine Beschäftigung ohne Erwerbsziel die Normalität sein wird. „Erwerbsarbeit ist immer nur eine Arbeitsform in der Gesellschaft. Es gibt daneben Hausarbeit, Elternarbeit, den informellen Sektor: Vereine, soziale Bewegungen usw.“, sagt Beck und er fährt fort: „Es ist ja nicht gerade so, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit

Auf dem Weg in die moderne Sklaverei

ßige Zunahme der Produktionsmittel, verändern zwar im Einzelfall die organische Zusammensetzung des Kapitals zugunsten des konstanten Anteils (vergegenständlichte Arbeit), erzwingen aber keineswegs ein absolutes Schrumpfen des Einsatzes lebendiger Arbeit. Dieser Fall tritt nur ein, wenn der Kapitaleigner für eine größere Menge Kapital keine Verwertungsmöglichkeit mehr sieht, sein Kapital keinen Maximalprofit abwirft.

Aus seiner Sicht hat Beck recht, wenn er eine Parallele zu den zyklischen Krisen vergangener Jahrzehnte verneint und wenn er den konservativen wirtschaftspolitischen Instrumentarien nunmehr jede Wirksamkeit abspricht. Angesichts des derzeitig gewaltigen Kapitalüberflusses und des unvergleichlich hohen Gewichts von konstantem Kapital ist der kapitalistischen Gesellschaft eine Rückkehr zur Erwerbsgesellschaft, d. h. eine wieder zunehmende Beschäftigung tatsächlich nahezu unmöglich. Zudem läßt sich der technologische Fortschritt nicht aufhalten, und das Kapital kann seine Eigenschaften nicht ändern. Aber was geschieht mit der „Überbevölkerung“? Beck sieht voraus, daß durch „die arbeitszeitliche und arbeitsräumliche Entstandardisierung ... der Übergang von einem einheitlichen industriegesellschaftlichen System der betrieblich organisierten lebenslangen Ganztagsarbeit mit der radikalen Gegenalternative der Beschäftigungslosigkeit zu einem risikoreichen System flexibler, pluralistischer, dezentraler Unterbeschäftigung vollzogen wird“. Dieses System kennt nach Beck nicht mehr das Problem der Arbeitslosigkeit im Sinne von Erwerbslosigkeit. „In diesem System ist die Arbeitslosigkeit sozusagen in Ge-

ausgeht, sondern der Erwerbsgesellschaft geht das Geld für die Erwerbsarbeit aus.“ Deutlicher läßt sich gar nicht ausdrücken, was aus den Massen der Gesellschaft werden soll. Ihnen ist die Rolle von Haussklaven zgedacht, welche einmal hier und einmal dort, einmal produktiv und ein andermal unproduktiv zu Arbeitsverrichtungen herangezogen werden. Denn wie sollte man Menschen anders beschreiben, die jede Arbeit übernehmen, ohne dafür einen roten Heller zu bekommen oder anderweitig Anerkennung zu erhalten? Offen bleibt eigentlich nur die Versorgung der von Erwerbsarbeit „Befreiten“. Beck kennt die Antwort: „Und wenn wir vom Ende der Erwerbsgesellschaft sprechen, kommen wir an dem Begriff Grundsicherung nicht vorbei.“

Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind die Schlußfolgerungen Becks zwingend. Übrigens befinden wir uns ja bereits auf dem besten Weg, seinen Vorstellungen bis zum bitteren Ende zu folgen. Man denke nur an die Aufweichung der Flächentarifverträge, die erpreßten Lohnkürzungen, das praktizierte Lohndumping, die Ein-Euro-Jobs, den Zwang zur Akzeptanz jeder angebotenen Arbeit und an noch manches andere. Becks Erkenntnisse sind jedoch einzig und allein an kapitalistische Verhältnisse geknüpft. Eine andere Logik kennt er nicht. Die Wahrheit aber ist: Arbeitslosigkeit folgt keinem Naturgesetz, sondern resultiert aus der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wer ernsthaft und nicht nur in Worten Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der muß auch die Produktionsverhältnisse ändern wollen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht!

Dr. Manfred Böttcher

ABGESCHRIEBEN. Ein Tatsachenbericht

Arbeitslos wurde ich am 30. November vergangenen Jahres. Damals wußte ich noch nicht, daß es letztmalig sein wird. Die Firma kündigte uns immer zum Jahresende, um die vielen Kosten über die unproduktiven Feiertage zu sparen. Wozu leisten sich die Kapitalisten denn schließlich den Staat? Dummerweise ging es mir 2004 gesundheitlich nicht so gut. Nein, ich hatte nicht einen Tag „krank gefeiert“, wie man das hier nennt. Dennoch fiel mir das Atmen zunehmend schwer, und die Stäube und Dämpfe in der neu erbauten Produktionshalle trieben mich zum Arzt. Der stellte so einiges fest und schaltete pflichtbewußt die Berufsgenossenschaft ein. Es folgten Untersuchungen, Betriebsbesichtigung, Arbeitsplatzkontrolle, Gutachten. Das Ergebnis: Es war alles o.k., mir ging es für mein Alter ganz gut. Bis auf entstehendes Asthma und andere Zipperlein.

Ich wurde also arbeitslos und der „Bundesanstalt“ ausgeliefert. Meldung, Antragstellung auf ALG I, alles lief wie in den Jahren zuvor. Aber nach den Feiertagen blieb das Telefon still. Kein Lebenszeichen von der Firma. Dort wurde mit Minimalbesetzung zwar gearbeitet, aber noch brauche man nicht alle, erfuhr ich. Das war dann auch die letzte Meldung. Ich blieb draußen. Inzwischen habe ich insgesamt zehnmal bei sieben verschiedenen „Kundenberatern“ in der Bundesanstalt vorgesprochen. Mal wurde ich „eingeladen“, mal wollte ich eine „Ortsabwesenheit“ erbitten und was es noch so alles gibt. Das Jahr verstrich mit 21 Bewerbungen und ebenso vielen Vertröstungen, Ignorierungen und Absagen, alles fein säuberlich aufgelistet und den „Kundenberatern“ zum „Nachweis der Eigenbemühungen“ vorgelegt.

Am 27. September kam wieder eine der drohenden „Einladungen nach § 309 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III)“, allerdings mit dem Zusatz: „Bringen Sie bitte ihre aktuelle Rentenauskunft mit.“ Anzutreten hatte ich am 7. Oktober.

Also alle Papiere geordnet, und am 56. Jahrestag der Gründung der DDR ins Amt.

„Sie sind 58“, begrüßte mich der „Kundenberater“, „und da sollten wir uns mal unterhalten.“

Ohne Umschweife wurde mir erläutert, daß ich noch bis zum Jahresende die Möglichkeit zu der Entscheidung hätte, „einfacher“ Arbeitslosengeld zu beziehen. Arbeit gäbe es für mich wahrscheinlich sowieso nicht mehr, und ich müßte dann auch nicht weiter suchen. Eine Unterschrift, die Verpflichtung, mit 65 in Rente zu gehen und schon sei ich fast ein freier Mensch. Immerhin dürfte ich nun siebzehn statt drei Wochen im Jahr nach Abmeldung „ortsabwesend“ sein, auch die Arbeitsagentur werde mich mit „Qualifizierungen“ oder (bisher nie erlebten) Arbeitsangeboten verschonen. Allerdings bekäme ich auch keine Kur von der Kasse, weil Arbeitsfähigkeit ja nicht mehr notwendig sei.

Nach einem Vierzig-Minuten-Gespräch unterschrieb ich meinen Abschied aus der

Dauernötigung durch die Bundesanstalt für Arbeit. Nun bleiben mir drei Monate Rücktrittsfrist, aber die werde ich nicht brauchen. Ich bin abgeschrieben, raus aus der Statistik. Obwohl der Beamte die Bedeutung des 7. Oktober (auf Nachfrage) nicht kannte, hat er mir zum Jahrestag der DDR eine kleine Freude bereitet. Klein deshalb, weil ich noch in diesem Jahr (erst) 59 werde. Mein Arbeitslosengeld läuft – falls die Gesetze so bleiben – (nur) noch bis zum Juni 2007. Dann wird es dünn. Frühste Rente mit 60 + 11 Monate, also Oktober 2007, mit einem Abzug von 14,7 %. Volle Rente ab Dezember 2011. Aber auch nur dann, wenn die abenteuerlichen Pläne von Merkel und Co, das Rentenalter heraufzusetzen, bis dahin nicht verwirklicht werden. Und wovon werde

ich unterdessen meinen Lebensunterhalt bestreiten?

Heute ist planen unmöglich. Was bleibt ist Hoffnung. Ich hoffe auf die Überwindung dieses Gesellschaftssystems, in dem einzelne sich auf Kosten der Allgemeinheit schamlos bereichern, in dem der Mensch erst ausgebeutet und dann abgeschrieben wird, weil auch er in den Augen der Besitzenden nur eine Ware ist. Ich akzeptiere diese „Rolle“ nicht. Ich war DDR-Bürger, kenne also den Wert des Menschen und will meine Erfahrungen einbringen. „Sind große Zeiten vorbei, sollte man sich ihrer erinnern“, las ich bei Eberhard Esche. Und ich ergänze: Wir müssen unsere Zeit zu neuer Größe führen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Die „unterstützenden Mittel“ des DDR-Sports

Ohne Zweifel: Horst Gülle gehört zur „großen DDR-Sportfamilie“, von der man heute sagen muß: Sie hat Geschichte geschrieben. Daran hat er seinen Anteil. Als Generalsekretär zweier Sportverbände – des Leichtathletik- und des Gewichtheberverbandes – war er maßgeblich an der systematischen Förderung junger Talente im Nachwuchsleistungssport und an der Entwicklung eines vielseitigen Wettkampfsystems beteiligt. Seine Erfahrungen hält Horst Gülle in seinen bei Spotless publizierten „Sportlichen Kalenderblättern“ fest. Das Interesse an seinen persönlichen Erinnerungen ist offensichtlich so groß, daß sie jetzt in einer zweiten, erweiterten Auflage erschienen sind. In ihr lüftet der Autor das oft bestaute „Geheimnis“ der internationalen Erfolge des DDR-Sports. Horst Gülle betont: Es fing bereits 1950 an ... Die nächsten Wintersportspiele vier Jahre später zogen täglich mehr als 10 000 kleine Gäste an, die nach Oberhof kamen, um die Aktiven anzufeuern oder selbst mitzumachen. Auch in unserem Gedächtnis sind noch die Pionierspartakiaden und die späteren Kinder- und Jugendspartakiaden gespeichert. Wir erinnern uns an die „kleine Friedensfahrt“, das Wintersportmassenabzeichen, an die Mannschaftspionierpokale, das Pionierdreikampfabzeichen, das bis zu 100 000 Kinder jährlich erkämpften. Ausführlich dokumentiert Horst Gülle das Geschehen um die internationalen „Jugendwettkämpfe der Freundschaft“, die „für die Entwicklung von Athleten eine gravierende Rolle spielten“.

Der Sport in der DDR hatte also eine breite Basis. Er war Ausdruck der Lebensfreude,

bot allen, die dazu bereit waren, vielfältige Möglichkeiten der eigenen Entfaltung. Diese Struktur wurde 1989/90 mit der „feindlichen Übernahme“ restlos zerschlagen. Über 80 erfolgreiche und erfahrene Trainer nahmen Jobs im Ausland an. Die Folgen für den Leistungssport der Bundesrepublik sind bekannt. Bei den Gewichthebern z. B. war das „Erbe“ aus DDR-Tagen spätestens zu den Olympischen Spielen 2000 in Sydney aufgebraucht. „Es gelang in all den Jahren seit 1990 nicht, einen Athleten in die Weltspitze zu führen.“

Vielleicht gerät der DDR-Sport gerade deshalb immer wieder ins Visier von „Enthüllungsspezialisten“. Der Autor hält dagegen, nicht nur, weil er auch zu den „Betroffenen“ zählt, sondern weil es um die Ehre eines ganzen Sportsystems geht, das mit Dopingvorwürfen kriminalisiert werden soll. Horst Gülle legt Wert auf die Feststellung: „Ja, es gab im DDR-Sport ‚unterstützende Mittel‘: Schulsportgemeinschaften, Sport- und Betriebssportgemeinschaften, Trainingszentren, Kinder- und Jugendsportschulen, ein Sichtungs- und Auswahlsystem, eine hervorragende Sportmedizin, bestens ausgebildete Trainer und Betreuer ...

Bruni Steiniger

Horst Gülle. Sportliche Kalenderblätter. Erlebnisse und Erfahrungen im DDR-Sport. 2., erweiterte Auflage, SPOTLESS-Verlag, Berlin 2005, 95 Seiten, 5,10 Euro

Bezug beim Autor: H. Gülle, Wedekindstraße 23, 10243 Berlin

Syrien war und ist unter allen US-Administrationen von Truman bis zum heutigen Oberkrieger im Weißen Haus Objekt der Begierde, ständiger Angriffe und unablässiger Bedrohung. Iraks westlicher Nachbar wird auch nach der Ära Hafez al-Assads, des Vaters des heutigen Präsidenten, als ernstes Hindernis und als Störenfried amerikanischer Zielstellungen betrachtet. Dabei ging und geht es immer um Zugang zum Nahost-Öl und anderen Ressourcen der Region, um militärische und geostrategische Positionen, um den Ausbau der Hegemonialmacht der USA und Israels. Als wäre es selbstverständlich, hätten Bush und seine Spießgesellen im Rahmen ihrer „Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens“ sich am liebsten nach Irak nun Iran und Syrien gleichzeitig vorgenommen. Mit dem im Dezember 2003 in Kraft getretenen „Syria Accountability und Lebanese Sovereignty Restoration Act“ verfügt Bush praktisch über eine Kriegsermächtigung. Das Gesetz fordert u. a. syrisches Vorgehen gegen Hamas, Hisbollah und Palästinenser sowie vielfältige militärische Beschränkungen. Angedroht werden weitere einschneidende Sanktionen. Syrien soll als „feindliche Macht“ behandelt werden, wenn es nicht sämtliche Forderungen erfüllt.

Es rückt ins Fadenkreuz, obwohl die von Baschar al-Assad repräsentierte syrische Machtelite offensichtlich mit dem anti-imperialistisch geprägten Panarabismus gebrochen hat, ja bereit ist, sich mit dem Westen zu arrangieren, wie in Libanon demonstriert. Der junge Präsident kommt den USA so weit entgegen, das Besatzungsregime in Irak zu tolerieren, wenn er erklärt: „Wir unterstützen den politischen Prozeß in Irak, und die irakische Regierung gehört dazu.“ Er duldet sogar häufige Grenzverletzungen durch US-Truppen auf ihrer Jagd nach irakischen Widerstandskämpfern.

Aber das Weiße Haus will mehr. Trotz allen syrischen Entgegenkommens brandmarkt Bush die syrische Führung in einem Atemzug mit Iran als „Gesetzlosen-Regime“, das den Terror fördert, ein unversöhnlicher Feind Israels sei und die Hisbollah- und Amal-Milizen in Libanon unterstütze.

Angesichts der lauter werden Drohungen betonte Syriens Präsident Baschar al-Assad jüngst in einem „Zeit“-Interview: „Das syrische Volk lebt seit mehr als fünf Jahrzehnten unter Drohungen, Kriegen und Konflikten.“ Und diese gingen immer von den USA aus: Es war Anfang 1954, als eine machtvolle Volkserhebung die proamerikanische Militärdiktatur unter General Adib asch-Schischakli hinwegfegte. Seit 1949 hatten die USA drei blutige Staatsstriche syrischer Militärs unter Zaim, Hinnawi und schließlich Schischakli unterstützt. Dieser versuchte mit allen Mitteln der Unterdrückung und des Terrors, Syrien in einen USA-gesteuerten militärischen Nahostpakt zu zwingen.

Seitdem vermochte sich Damaskus dem direkten Zugriff des Monopolkapitals der Vereinigten Staaten zu entziehen. Als die USA und deren Komplizen im März

1955 ultimativ den Beitritt Syriens zum Bagdadpakt forderten (s. RF, 10/2002), konnte sich die Regierung unter Sabri al-Asali bei ihrer Ablehnung auf alle demokratischen Kräfte stützen. Die gleiche Zurückweisung erfuhr 1957 die Eisenhower-Doktrin. Es folgte das antiimperialistisch ausgerichtete Bündnis mit dem Ägypten Präsident Nassers, die Festigung der Beziehungen mit der UdSSR und weiteren sozialistischen Staaten, 1958 schließlich die Vereinigte Arabische Republik mit Ägypten (bis 1961; der Name wurde von Ägypten bis 1971 weitergeführt). Zahllos waren – und blieben! – die Bedrohungen

Als Saddam im ersten Golfkrieg 1990 Kuwait besetzte, sah der Westen die Dinge plötzlich ganz anders: Unsere Vorbehalte gegen Saddam wurden im nachhinein anerkannt. Der Westen mußte zugeben, daß Syrien recht gehabt hatte. Die Iraner werden uns diese Unterstützung nie vergessen. Und sie haben uns ihrerseits unterstützt, als Syrien bedroht und unser Land von Israel besetzt wurde.“ B. al-Assad wendet sich, wenn auch sehr zurückhaltend, gegen die westliche Einmischung wie die Forderung nach „Reformen“: „Je größer die Einmischung ist, desto langsa-

Damaskus im Fadenkreuz

und Provokationen gegen Syrien durch die USA und die NATO wie durch Israel.

Jahrzehnte hauptsächlich von der Baath-Partei geprägter Entwicklung verliefen widersprüchlich. Reaktionäre und zum Imperialismus tendierende Phasen wechselten mit progressiven und prononciert antiimperialistischen wie arabisch-nationalistisch oder von innerarabischer Solidarität bestimmten Etappen ab. Trotz der israelischen Aggression vom Juni 1967, in deren Folge bis heute syrisches Territorium annektiert ist, und zeitweiliger Isolierung Syriens wie nach dem Oktoberkrieg von 1973 und dem Ausbruch Ägyptens aus der arabisch-solidarischen Phalanx, schlugen alle Versuche der USA fehl, sich Syrien unterzuordnen und das Land im Sinne ihrer Nahost-Politik zu beherrschen bzw. gefügig zu machen. Auch im irakisch-iranischen Krieg ab 1980 begab sich Syrien, nicht zuletzt wegen innerarabischer Rivalitäten, auf die Seite Irans; das richtete sich gegen die US-Position (s. RF 10/2002). Befragt nach einer Syrien unterstellten Allianz mit Iran gegen die USA, erklärte B. al-Assad: „Iran gilt als potentielle Atommacht. Es gibt da keine Vereinbarung, die sich strategische Allianz oder so ähnlich nennt. Als Irak 1980 Iran angriff, hat fast die ganze Welt Saddam Hussein gegen Iran unterstützt. Wir waren gegen diesen Krieg, und wir haben einen hohen Preis dafür gezahlt.

mer wird das Tempo der Entwicklung in Syrien ausfallen“.

Washington hat sich auf einen „Regimewechsel“ in Syrien eingeschossen. Nur so erscheinen dort die Ambitionen des US-Monopolkapitals umsetzbar. Wie beim Kesseltreiben gegen Irak vor der Aggression Bushs und seiner „Koalition“ soll das beschuldigte Syrien selbst seine „Schuld“ offenlegen, weil diejenigen, die es bezichtigen, nicht in der Lage sind, sie nachzuweisen. Anders als im Falle Iraks haben die USA uneingeschränkte EU-Unterstützung und spannen die UNO für sich ein. Syrien ist heute isolierter als Irak vor der militärischen Aggression. Die dubiosen Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Mord am früheren libanesischen Ministerpräsidenten Hariri (s. RF 10/05) sollen das Vehikel für Bushs Schlag sein. Assiiert von Israels Scharon wie dem durch die BRD gestellten Oberstaatsanwalt Mehlis, der sich willfährig als kriegstreiberischer Provokateur erweist, tönt der Herr am Potomac River, daß nun „schärfste Sanktionen gegen Syrien fällig sind, daß ein Regierungswechsel in Damaskus unumgänglich ist“. Weißes Haus und Pentagon dürften aber beachten, daß für einen proamerikanischen „Regimewechsel“ in Syrien kaum Voraussetzungen erkennbar sind. Mißtrauen und Ablehnung gegenüber den USA bleiben stark.

Bernd Fischer



Grafik:
SHAHAR

Der Norden der „grünen Insel“ produziert immer wieder verwirrende Schlagzeilen. Zwar ist es schon seit Jahren ruhiger geworden, hat die Blutgier der „Weltpresse“ durch den Rückgang mörderischer Bombenattentate, die während der 70er und 80er Jahre zur Tagesordnung gehörten und über 3000 Zivilisten das Leben kosteten, weniger Nahrung erhalten. Doch die von großem Propagandarummel begleitete Vernichtung ihres Waffenarsenals durch die Irisch Republikanische Armee (IRA) vor wenigen Wochen rief viele Kommentatoren auf den Plan. Sowohl der irische Premierminister Bertie Ahern als auch sein britischer Kollege Tony Blair wurden nicht müde, sich die neue Ruhe an

Arbeitslosigkeit und schlechtere Bildung für die Katholiken (Iren) haben das Ihre zur Verfestigung dieser Vorurteile beigetragen. Dabei erkannten die einen nur ansatzweise, daß ihre Loyalität zu wenig mehr taugte, als den Fabrikbesitzern die Taschen zu füllen, während die anderen mehrheitlich die Protestanten für ihr Elend verantwortlich machten und nicht die Kapitalisten.

Der in Europa beispiellose Niedergang der hochentwickelten nordirischen Industrie – der Teilstaat war bis vor wenigen Jahren weltgrößter Schiffsproduzent und Leinenhersteller – hat bei den einst „bevorzugten“ Loyalisten eine prekäre Lage geschaffen. Ihre Wohngebiete, allesamt um Fabriken

von 1916, dessen Ergebnis ein fünfjähriger Bürgerkrieg und die Gründung des Freistaates Irland (seit 1948 Republik Irland) war, wurde ein Volunteer (Freiwilliger) der IRA von der eigenen Organisation zum Tode verurteilt, wenn er auf einen Polizisten oder Soldaten Irlands schoß. Ein berühmtes Beispiel war der weltbekannte Schriftsteller Brendan Behan („Bekenntnisse eines irischen Rebellen“). Gesagtes soll den Beitrag der IRA zum Aufstand nicht schmälern, aber schon damals waren die wirklich gegen das System agierenden Kräfte in der „Citizens Army“ (Bürgerarmee) organisiert, die von James Connolly geführt wurde. Ihn nannte Lenin einen echten Sozialisten. Connolly wies immer auf den Zusammenhang zwischen Befreiung vom Kolonialismus und Sturz des Kapitalismus hin. Er wurde von den Briten hingerichtet. Sein Sohn und seine Tochter gehörten übrigens zu den Mitbegründern der KP Irlands.

Was sich da neulich und selbstredend unter Mitwirkung führender amerikanischer Politiker entwaffnet hat, ist eine inzwischen viermal gespaltene Organisation, die sich in den vergangenen 30 Jahren ohne Wenn und Aber als sektiererischer Keil in die Arbeiterklasse treiben ließ. Eine Überschrift auf der Titelseite der Sinn-Fein-Zeitung „An Phoblacht“ (Das Volk) gibt ein klassisches Beispiel für die Politik. Als der Schiffsproduzent Harland and Wolff in Belfast zur letzten großen Massenentlassung ansetzte, die das Ende der größten Werft der Erde besiegelte, als die Gewerkschaften in einem erbitterten Kampf dagegen standen, wählten die vermeintlichen Freiheitskämpfer die Parole: „Weint der loyalistischen Werft keine Träne nach!“ In dieser Traditionslinie standen auch die beiden Minister, die Sinn Fein während der kurzen Periode stellte, in der das nordirische Regionalparlament einmal funktionierte, sie waren die härtesten Antreiber von Privatisierungen im Gesundheits- und Erziehungswesen.

Wenn jetzt die britische und die irische Regierung von friedlicher, demokratischer und gewaltfreier Lösung des „Nordirlandproblems“ reden, meinen sie: das System des Kapitalismus erhalten, den Status quo, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, nicht antasten. Die Freiheitskämpfer von Gottes Gnaden wollen an der Macht teilhaben, auf beiden Seiten. Dafür verbuddelt man schon mal seine Waffen. Für die Arbeiter in beiden Teilen dieser wunderschönen Insel wird sich erst etwas ändern, wenn sie den Feind da angreifen, wo er wirklich steht – und das ist sicherlich nicht in irgendeiner Kirche.

Hermann-Glaser Baur

Unser Autor lebte 20 Jahre lang in Nordirland. Er kehrte unlängst in die BRD zurück. Zuletzt war er Verantwortlicher für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommunistischen Partei Irlands (C.P.I.) und Mitglied der Redaktion der Wochenzeitung „Unity“. Er lebt jetzt in Essen, schreibt für die UZ und ist in der DKP aktiv.

Irland nach der Selbstentwaffnung der IRA

wenigstens einer Terrorfront als Erfolg auf ihre Fahnen zu schreiben.

Als wenige Tage später Belfast mal wieder brannte, die Friedenspropaganda im Hagel der Molotowcocktails loyalistischer (pro-britischer) „Freiheitskämpfer“ zerstob, sprach die BBC von den „schwersten Unruhen der letzten Jahre“. Was war passiert, wo war der Frieden hin, den die Medien so gelobt hatten?

Um die Probleme in Irland verstehen zu können, muß man zwei wesentliche Elemente bürgerlicher Berichterstattung durchschauen.

Erstens ist die Behauptung, bei den Auseinandersetzungen handle es sich um einen Religionskrieg, falsch. Sie waren und sind das Ergebnis britischer Kolonialpolitik, der Unterdrückung des Rechts der Iren auf nationale Selbstbestimmung und seit dem Entstehen des Kapitalismus der „ganz normalen“ Ausbeutung arbeitender Menschen in Irland durch die – meist englischen – Kapitalisten. Letztere haben sich einen historischen Zufall sehr geschickt zunutze gemacht: die Tatsache nämlich, daß die meisten Siedler aus England und Schottland der einen oder anderen protestantischen Religion (meist Presbyterianer oder Anglikaner) angehörten, die Iren dagegen in ihrer Mehrheit katholisch geblieben waren. Ihre darauf aufgebaute Politik des Teils und Herrsche führt bis heute dazu, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen schwach sind, der Feind nicht auf der anderen Seite der Klassenbarriere, sondern im jeweils anderen Gotteshaus gesucht wird.

Die über viele Jahre tatsächlich vorhandenen bescheidenen Privilegien der protestantischen Arbeiter englischer Abstammung und ärmlichere Häuser, mehr

herumgebaut, verfallen buchstäblich, Schlote ohne Rauch sind die Zentren, Arbeitslosigkeit von mehr als einem Drittel ist die Normalität. Die Schiffe werden jetzt in Korea gebaut, die letzten Textilgiganten verlagern ihre Produktion nach Indien oder Bangladesch. Als gesetzestreu waren diese Menschen bekannt, loyal zur Krone. Dafür einen Arbeitsplatz und das Gefühl, den armen Schweinen von „Taigs“ (Nationalisten) überlegen zu sein – dieser Deal hält im Kapitalismus nicht ewig. Jetzt entladen sich Frustration und Haß, so sind die „neuen Unruhen“ zu erklären. Solange die Mehrheit noch immer nicht erkennt, daß sich die gleichen Leute mit noch schärferer Ausbeutung der Arbeiter in noch ärmeren Ländern die Taschen noch praller füllen, wird sich dieser Zorn weiter gegen die Falschen richten. Ein von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegener Umstand kommt noch hinzu: Die Unruhen werden seit einigen Jahren von militanten Neofaschisten aus England massiv unterstützt, ja gesteuert. Zweitens machten sich leider auch Teile der fortschrittlicheren Medien eine von den bürgerlichen Propagandisten über Jahrzehnte beförderte These zu eigen, die da besagt, die IRA sei revolutionär, wolle das System stürzen, kämpfe für die Befreiung Irlands. Von wem fragt natürlich keiner.

Schon in ihren Ursprüngen hatten weder die IRA noch ihr „politischer Arm“, die Sinn-Fein-Partei, revolutionäre Züge. Sinn Fein (irisch: nur wir selbst) war ein Zusammenschluß ruiniert Kleinbauern. Die IRA ließ nie Zweifel daran aufkommen, daß sie sich „Gott und Irland“ verpflichtet fühlte, nicht der Arbeiterklasse und den Armen. Nach dem Osteraufstand

Wird Bolivien das nächste Venezuela?

Am 18. Dezember soll im südamerikanischen Andenstaat Bolivien abermals gewählt werden. Nach Umfragen liegt die linksgerichtete und vor allem von der indianischen Bevölkerung getragene Bewegung zum Sozialismus (MAS) gut im Rennen. Sie verfügt schon jetzt über 27 von 130 Abgeordneten und über 8 von 27 Senatoren des Nationalparlaments. Ihr Kampf und Widerstand hat im letzten Juni einen korrupten Präsidenten zum Teufel gejagt und später dessen Nachfolger ebenfalls vertrieben. Nach Meinungsumfragen könnte die MAS mit mindestens 40 % der Stimmen rechnen. Ihr Führer, der Aymara-Indianer Evo Morales, ist ein Bewunderer



Der Führer der MAS Boliviens, Evo Morales, steht an der Spitze einer sich entwickelnden indianischen Revolution.
Foto: Granma Internacional

Da sich ein Linkssieg bei den bevorstehenden Wahlen abzeichnet und Morales der nächste Präsident der Republik werden könnte, treffen die Gegner dieser Entwicklung alle Vorbereitungen, um ein solches Ergebnis abzuwenden. Immerhin hat Bolivien eine große Tradition von Staatsstreichern. Deshalb befürchten politische Beobachter, daß die Wahlen entweder im letzten Augenblick abgesagt oder suspendiert werden könnten. Wenn es nicht gelingen sollte, einem Linkssieg mit Wahlfälschung zu begegnen, droht ein blutiger Militärputsch und eine Welle der Repression gegen die Führer der Volksbewegung, denn diese fordert keine Kleinigkeiten. Sie schlägt sich für die Nationalisierung der natürlichen Reichtümer des Landes, vor allem von Gas und Wasser. In Bolivien sind riesige Gasvorkommen entdeckt worden. In dieser Hinsicht nimmt es jetzt in Lateinamerika den zweiten Platz hinter Venezuela ein. 2002 erreichten die Einwohner von Cochabamba, einer der größten Städte der Republik, durch einen Aufstand die Rückgängigmachung der Privatisierung des Wassers, das an den amerikanischen Multi Bechtel gefallen war. Auch um das Gas wird hart gekämpft. Die MAS besitzt ein sehr präzises Programm, das sie nach einem Regierungsantritt umsetzen will. In der ersten Zeit sollen die multinationalen Konzerne, die Bolivien ausplündern, anstelle von 18 % durchweg 50 % Steuern auf ihre Gewinne zahlen. Zugleich nimmt die MAS Kurs auf Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung, die ein neues Grundgesetz ausarbeiten soll, in dem der Status

der ausländischen Unternehmen klar geregelt wird.

Das Pentagon und Washingtons Geheimdienste sehen der Entwicklung in dem ressourcenreichen Land nicht tatenlos zu. Gegenwärtig wird eine neue riesige US-Militärbasis in Paraguay, 80 km von der Grenze zu Bolivien, eingerichtet. Sie liegt haargenau in jener Gegend, wo sich die Gasreserven befinden. Bushs Außenministerin Condoleezza Rice hat den Stützpunkt bereits zweimal inspiziert.

Die MAS ist als Bewegung der Landlosen nach dem Vorbild der brasilianischen MST entstanden. Die Verbindung der überwiegend indianischen Armbauern und der ebenfalls mehrheitlich zur Urbbevölkerung gerechneten früheren Zinnkumpel ist eine ideale Form des Bündnisses von Stadt und Land, von Industrieproletariat und Dorfarmut.

Bolivien befindet sich geographisch zwischen den beiden Blöcken Lateinamerikas. Auf der einen Seite liegen von linken und antiimperialistischen Kräften regierte oder beeinflusste Staaten wie Venezuela, Brasilien, Uruguay und Argentinien. Auf der anderen Seite befinden sich die konservativen Regimes von Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile, deren Führungen nach der Pfeife Washingtons tanzen.

Wenn Bolivien unter der MAS und Evo Morales den Weg Venezuelas gehen würde, erhielte der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika einen mächtigen Impuls. „Das gesamte Kräfteverhältnis in den Andenländern würde sich fundamental verändern“, schrieb der britische „Guardian“. Bisher sei der Zug der Geschichte viele Male vorbeigefahren, ohne daß die Indianer ein Ticket besessen hätten, ihn zu besteigen. Diesmal könnten die Dinge anders liegen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel, und „Guardian Weekly“, London

Fidel Castros und enger Freund des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Seit Monaten halten die Ureinwohner, die 70 % der 9 Millionen Landesbürger repräsentieren, die Zugänge zur Hauptstadt La Paz unter Kontrolle. Jeder in Bolivien muß mit jener Million Menschen rechnen, die auf der Hochebene (3650 m) um die Stadt El Alto vor den Toren der reichen Metropole leben. Vor 30 Jahren war dort nur ein Dorf, an dessen Peripherie sich der internationale Flughafen des Landes befand. Heute ist El Alto eine gewaltige Elendsstadt, in der sich der Zorn der rechtlosen und um die Reichtümer Boliviens geprellten Urbbevölkerung ballt. Ein anderer Teil der Indianer, der das rauhe Klima auf der Hochebene nicht vertragen hat, ist in tiefer gelegenen Gebieten von Chapare angesiedelt. Landarme Bauern befassen sich dort mit Coca-Anbau. Ein entscheidendes Widerstandspotential sind die aus den stillgelegten Schächten vertriebenen früheren Zinnkumpel, die noch vor wenigen Jahrzehnten den Reichtum Boliviens förderten, der einst von den spanischen Conquistadoren geraubt worden war.

37 Millionen Arme und 45,8 Millionen Unversicherte in den USA

Der Anteil Armer an der USA-Bevölkerung ist im letzten Jahr das vierte Mal hintereinander gestiegen. Er beträgt jetzt 12,7%, berichtete das U. S. Census Bureau, das Statistische Amt, in Washington. Die Zunahme der Armut erfolgte trotz starken ökonomischen Wachstums, durch das im Jahr 2004 über 2,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die letzte Rückläufigkeit in der Armutsstatistik wurde 2000 registriert, als 31 Millionen Menschen – 11,3 % der Bevölkerung – betroffen waren.

Insgesamt lebten 2004 rund 37 Millionen USA-Bürger unterhalb der Verelendungsgrenze, 1,1 Millionen mehr als 2003. Die Zahl der Personen ohne Krankenversicherung wuchs auf 45,8 Millionen. Das durchschnittliche Jahres-Haushaltseinkommen betrug unverändert 44 389 Dollar. Unter den ethnischen Gruppen hatten Afroamerikaner das niedrigste

und USA-Bürger asiatischer Herkunft das höchste Einkommen. Regional ging es im Mittelwesten um 2,8 % zurück. Der Süden war die ärmste Region, und der Nordosten sowie der Westen hatten das höchste Durchschnittseinkommen.

Die Armutsgrenze differiert nach Größe und Art des Haushalts; z. B. wird eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern als arm eingestuft, wenn ihr Jahreseinkommen 19157 Dollar oder weniger beträgt. Für eine zweiköpfige Familie ohne Kinder liegt die Grenze bei 12649, für eine alleinlebende Person im Rentenalter bei 9060 Dollar.

Die Bewertungen des U. S. Census Bureau basieren auf der Befragung von 100 000 Haushalten im Landesmaßstab der Vereinigten Staaten.

R. F., gestützt auf Jennifer C. Kerr, Associated Press

Der Präsident der Republik Belarus, Alexandr Lukaschenko, hielt am 15. September 2005 vor der 60. UNO-Vollversammlung in New York folgende Rede:

Verehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Einen aufrichtigen Blick auf die Welt von heute zu richten – dies ist der Grund, weshalb sich hier in der Organisation der Vereinten Nationen die Staatsoberhäupter unseres Planeten versammelt haben. Wir müssen uns gemeinsam in einer Hauptfrage klar werden: Führen wir unsere Länder und die Menschheit auf einem richtigen Weg? Ohne dies kommen wir nicht aus der Sackgasse heraus.

Fünfzehn Jahre sind seit dem Zerfall meines Landes, der UdSSR, vergangen. Dieses Ereignis hat die Weltordnung völlig verändert. Die Sowjetunion war trotz aller Fehler und Mißgriffe ihrer Führer Rückhalt und Hoffnung vieler Staaten und Völker. Die Sowjetunion sicherte das Gleichgewicht des globalen Systems.

Heute ist die Welt unipolar. Mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen:

Zerschlagen und von der Karte Europas verschwunden ist das blühende Jugoslawien. Das leidgeprüfte Afghanistan verwandelte sich in einen Herd der Konflikte und des Drogenschmuggels. Das blutige Gemetzel in Irak dauert bis heute an. Das Land wurde zur Quelle der Instabilität einer riesigen Region. Ins Visier wurden Iran und Nordkorea, Kolumbien, Kuba und andere Staaten genommen.

Die Republik Belarus ist ein Land wie die meisten der in diesem Saal vertretenen Staaten. Entstanden aus den Trümmern des kalten Krieges ist es ihr gelungen, ein wissenschaftskreativer, hochtechnologischer Staat mit einem äußerst gebildeten, toleranten Volk von 10 Millionen zu werden.

Wir wollen ebenso wie Sie von unserem Planeten nicht viel: Frieden und Stabilität. Das übrige schaffen wir selbst, durch unsere Arbeit.

In meinem Land leben verschiedene Nationen und Völkerschaften friedlich zusammen, jede von ihnen bekennt sich frei zu ihrer Religion und Lebensweise. Wir bereiten unseren Nachbarn keine Probleme, beanspruchen nicht deren Territorium und deren Recht auf den von ihnen gewählten Entwicklungsweg.

Wir haben unsere Atomwaffen abgegeben und freiwillig auf die Rechte eines Kernwaffen-Nachfolgestaates der UdSSR verzichtet. Wir haben ein festes und erfolgreiches Bündnis mit dem uns nahen Rußland geschlossen.

Wir bauen unser Land nach unseren eigenen Vorstellungen, entsprechend unseren Traditionen auf. Wir sehen jedoch: Gerade diese Wahl meines Volkes gefällt nicht allen. Sie gefällt nicht denen, die danach streben, die unipolare Welt zu regieren. Und dazu noch, wie sie diese zu regieren gedenken!

Wenn es keine Konflikte gibt, dann meinen sie, diese schaffen zu müssen. Wenn

es keine Vorwände für eine Einmischung in innere Angelegenheiten gibt, dann müssen dafür Scheinvorwände herhalten. Dafür wurde ein bequemes Aushängeschild gefunden – die Flagge der Demokratie und der Menschenrechte. Und dies nicht entsprechend der wahren Bedeutung einer Macht des Volkes und der Menschenwürde, sondern in der Interpretation der USA-Führung.

Leider gestattet die UNO, unsere gemeinsame Organisation, sich als Instrument einer solchen Politik ausnutzen zu lassen. Darüber spreche ich mit besonderer Bitterkeit und Schmerz als Präsident eines der Gründerstaaten der UNO, eines Staates, der im II. Weltkrieg für seine Freiheit,

und dazu noch nach rassistischen Auswahlkriterien.

Wer kann all dem ein Ende setzen? Wer wird von den USA fordern, die Angriffe gegen Kuba und Venezuela zu stoppen? Diese Länder werden selbst darüber befinden, wie sie zu leben haben.

Der Menschenhandel wurde zu einem blühenden Geschäft. Der Verkauf von Frauen und Kindern in die sexuelle Sklaverei ist zu einer Alltagserscheinung, nahezu zu einer Lebensnorm geworden. Wer wird diese Menschen schützen und die Verbraucher der „lebendigen Ware“ zur Verantwortung ziehen?

So sieht die kurzgefaßte und betrübliche Bilanz des Übergangs zu einer unipolaren

Lukaschenko: Was Belarus der Welt zu sagen hat

für die Freiheit Europas und der Welt das Leben eines Drittels seines Volkes geopfert hat. Sieht denn die UNO hinter den künstlich ersonnenen „Problemen“ nicht die wahren Leiden und Katastrophen? ... Und zwar solche, die niemand außer der UNO – der Gemeinschaft zivilisierter Nationen – lösen kann.

Erst vor kurzem hat man uns im Nachbarstaat Karten und Schemen mit Massenvernichtungswaffen in Irak gezeigt. Wo sind diese Waffen? Es gibt sie nicht. Und die irakische Erde ist von Blut getränkt, zerfetzt, die Menschen sind an den Rand der Verzweiflung getrieben worden.

Wo ist der transparente, unabhängige, unter UNO-Beobachtung stehende Gerichtsprozeß über die Gefangenen von Guantánamo? Wie viele sind es dort, und wer sind sie?

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen Bin Laden wurde Afghanistan mit Raketen und Bomben zerstört. Hat man den „Hauptterroristen“ gefangen? Wo ist er? Er befindet sich weiterhin in Freiheit, und Afghanistan und Irak bringen zu Hunderten und Tausenden neue Terroristen hervor. Man hat ausländische Streitkräfte im unabhängigen Afghanistan eingesetzt, und im Ergebnis ist die Produktion von Drogen um das Dutzendfache gestiegen. Sind etwa deshalb Truppen dort eingeführt worden?!

Die Staatsoberhäupter der souveränen Staaten Jugoslawien und Irak sind aufgrund unbestätigter, absurder, erdachter Anschuldigungen ins Gefängnis geworfen worden.

Das Gericht über Milosevic ist schon längst zur Karikatur geworden. Saddam Hussein ist, wie in einer Welt von Wilden, der Gnade der Sieger ausgeliefert. Ihre Rechte kann niemand außer der UNO schützen, weil es ihre Staaten nicht mehr gibt, sie sind liquidiert.

AIDS und andere Krankheiten erwürgen Afrika und Asien. Elend und äußerste Armut wurden zu echten und nicht vermeintlichen Massenvernichtungswaffen

Weltordnung aus. Haben wir etwa dafür die UNO geschaffen?

Ist es für die UNO vielleicht an der Zeit, mit den inneren Korruptionsskandalen Schluß zu machen und sich in der Tat den Schmerzen und Leiden der Welt zuzuwenden? Die Antwort auf diese Frage ist unserer Ansicht nach höchst einfach. Man darf nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken. Die UNO – das sind wir. Wir sind es, die das Schicksal des Planeten in unsere Hände nehmen müssen.

Wir müssen gemeinsam erkennen, daß eine unipolare Welt eine unilineare, mehr noch eine eindimensionale Welt ist. Wir müssen gemeinsam erkennen: Die Vielfalt der Wege zum Fortschritt – das ist ein unvergänglicher Wert unserer Zivilisation. Nur dies gewährleistet die Stabilität in der Welt. Die Freiheit der Wahl des Entwicklungsweges ist die Hauptbedingung einer demokratischen Weltordnung. Eben aus diesem Grunde ist unsere Organisation geschaffen worden. Ich hoffe, daß dies auch die Mächtigen dieser Welt erkennen werden. Denn letzten Endes wird sich eine unipolare Welt gegen sie richten.

Wenn wir diesbezüglich in der Hauptsache untereinander übereinstimmen, dann werden wir die Prinzipien der Multipolarität, der Vielfalt, der Freiheit der Wahl sowohl im realen Leben als auch in den UNO-Dokumenten, von denen wir uns leiten lassen müssen, umsetzen. Wir werden dann die Welt vor Terrorismus und die Schwachen, die Frauen und Kinder vor der Sklaverei schützen. Wir werden alle wehrlosen Menschen unter unseren Schutz nehmen.

Dann wird die UNO zu einer wahren Organisation vereinter Nationen. Darin besteht das Wesen der UNO-Reform und nicht in einer arithmetischen Erweiterung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates.

Ich danke Ihnen.

(Übersetzung: Bruno Mahlow)

Irak: Bush „opferte“ über 2000 GIs

Die Aggression der USA gegen Irak dauert nun schon 34 Monate. Die Zahl der getöteten Amerikaner hat 2000 GIs überschritten. Das Pentagon spielte diese Ziffer als bedeutungslos herunter. Präsident Bush fordert neue Opfer für den Krieg im Nahen Osten. Er beschwert sich darüber, daß sich die irakischen Aufständischen nicht an die „allgemein menschlichen“ Werte hielten und nicht die Regeln des Völkerrechts beachteteten. Darüber, daß der angepriesene „unwahrscheinliche politische Fortschritt“ nicht dazu beigetragen hat, Iraks innere Sicherheit zu erhöhen, hört man von der Washingtoner Administration wenig.

Im Laufe der letzten anderthalb Jahre hat sich der Widerstand gegen die USA-Okkupanten bedeutend verstärkt. Davon zeugt allein das Anwachsen der Zahl der Überfälle. Nach Angaben der U. S. Army gab es in den Monaten Februar und März 2004 etwa 200 auf die Truppen der „Koalition“ pro Woche. Anfang 2005 wuchs die Zahl auf 400 an. In den ersten Oktoberwochen 2005 erreichte sie über 700. Entgegen den Erklärungen der USA-Administration werden die Angriffe auf deren Streitkräfte nicht von einer Handvoll extremistischer Iraker, sondern durch große Teile der Bevölkerung unterstützt. So besagt ein geheimer Bericht, der im Auftrag des britischen Verteidigungsministeriums verfaßt wurde, daß 65 % der Iraker Überfälle auf die Besatzer billigen. Natürlich muß man solche Zahlen mit Vorsicht betrachten, weil Umfragen in einem besetzten Land schwer durchzuführen sind.

Was Bush den Krieg gegen den Terrorismus nennt, bewertet die Mehrzahl der Iraker offensichtlich als Kampf für die nationale Befreiung von imperialistischer Unterdrückung.

Die Masse der bürgerlichen deutschen Medien hält sich mit der Kommentierung der Ereignisse in Irak auffällig zurück. Die Zahl der Toten sollte indes Anlaß sein, ausführlicher auf einzelne Elemente des militärischen Widerstandes einzugehen.

Im Ergebnis des Kampfhandlungen – von individuellem Terror, den es auch gibt, ist hier nicht die Rede – ziehen Beobachter den Schluß, daß die Aggressoren und Besatzer in 33 Monaten nicht nur den irakischen Widerstand nicht zu brechen vermochten, sondern auch außerstande blieben, die strategische Initiative zu erringen. Die sehr heterogenen irakischen „Aufständischen“ zwingen den USA-Truppen ihre Art der Kriegführung auf. Die Vereinigten Staaten müssen enorme materielle und finanzielle Mittel aufbringen, um den Untergrund wenigstens zurückzudrängen.

Die Statistik offenbart, daß das Pentagon die ersten tausend Soldaten im Verlauf von 18 Monaten (darin sind die Kriegsverluste beim Einmarsch inbegriffen) verloren hat. Das zweite Tausend der US-Amerikaner fiel dann schon im Verlaufe von nur 13 Monaten.

Die Verluste der USA-Truppen wurden überwiegend durch den Einsatz von Sprengmitteln herbeigeführt. Die imperialistische Hauptmacht mußte viele Hunderte Millionen Dollar einsetzen, um ihre Streitkräfte dieser Situation anzupassen. Andererseits konnten die Iraker die Formen ihres Vorgehens mit relativ bescheidenen Mitteln verändern. Im ersten Halbjahr des Krieges starben durch Minenexplosionen 11 Soldaten der US-Streitkräfte. Das sind von den Gesamtverlusten (289 Mann) ca. 4 Prozent. In den letzten sechs Monaten haben sich die Verluste durch Sprengladungen auf 214 Menschen, d. h. 63 % von insgesamt 339 Toten, erhöht. Die Zeitung „New York Times“ zitiert einen Sergeanten aus der 116. Brigade der Nationalgarde: „Jetzt sind die Minen viermal stärker als zu Beginn des Krieges.“ Der Befragte erklärte, die Iraker hätten am Anfang kleine Minen verwendet, die oftmals als Gebrauchsgegenstände, z. B. als Coca-Cola-Büchsen, getarnt worden seien.

Jetzt werden immer kompliziertere Mechanismen eingesetzt. Diese Minen können die Armierung von Schützenpanzerwagen oder Allradfahrzeugen durchschlagen.

Nach USA-Angaben integrieren die Iraker Sprengladungen auch in Betonelemente. Diese werden dann zum Aufbau oder zur Wiederherstellung von Gebäuden eingebaut. Nun muß ein solches Element nur mit dem Zünder verbunden werden, um das gesamte Gebäude in die Luft zu jagen. Gegenmaßnahmen der Amerikaner bleiben oftmals wirkungslos.

Im Mai 2005 schätzte General Myers – der Chef des Vereinten Komitees der Stabschefs der US-Streitkräfte –, daß der Krieg in Irak von drei bis neun Jahren dauern könnte. Wie viele weitere Opfer bis zum Jahr 2012 zu erwarten sind, hat Myers nicht gesagt. Zu den Toten kommen Tausende Verletzte und Verstümmelte hinzu.

Die Verluste der US-Streitkräfte sind jedoch vergleichsweise gering gegenüber den Opfern, die die irakische Bevölkerung im Ergebnis von Kampfhandlungen und Kriminalität bringen muß. Darüber gibt es keine Zahlen. Das Streben des überfallenen Volkes, die Besatzer endlich loszuwerden, wächst jedoch. In einer Umfrage sprechen sich 80 % der Iraker gegen die weitere Anwesenheit der „Koalitionstruppen“ aus. Sowohl Sunniten als auch Schiiten sind sich darin überwiegend einig. Sie betrachten die Anwesenheit der Okkupanten weniger als Schutz denn als Gefährdung ihrer Sicherheit.

Deshalb steht ein erheblicher Teil der Bevölkerung hinter den Aufständischen.

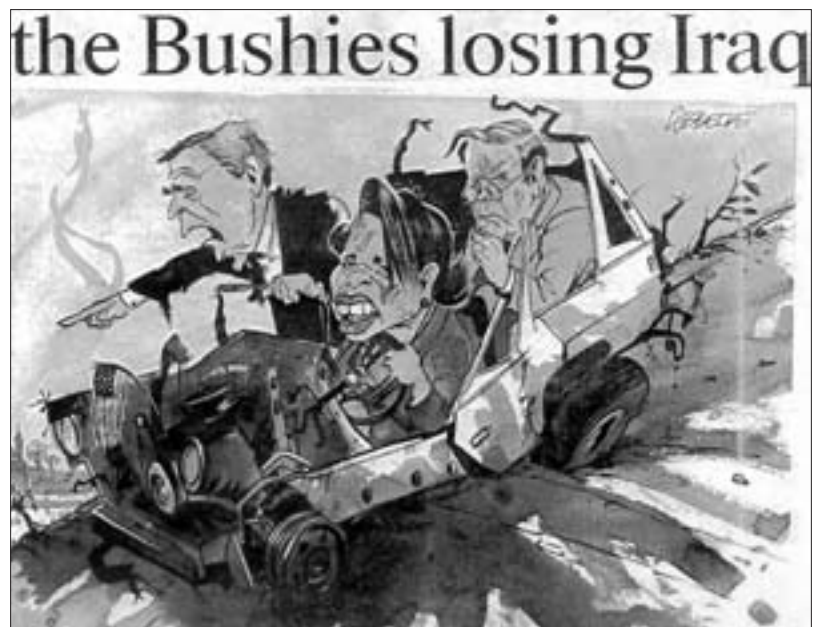
Es ist aber nicht verwunderlich, daß die von den USA-Statthaltern eingesetzte irakische Administration und der kurdische Quisling-„Staatspräsident“ Talabani die Besatzer auffordern, im Lande zu bleiben. In einem Gespräch mit einer britischen Zeitung sagte Talabani Ende September 2005: „Wenn die Koalitionstruppen morgen gehen, wären ihr Blut und ihre Opfer umsonst gewesen. In Irak würde das Chaos ausbrechen und vielleicht der Bürgerkrieg regieren. Es könnte eine Intervention vom Ausland (Iran, Syrien, Türkei) erfolgen.“

Der „Präsident“ versucht entgegen den Umfragewerten den Eindruck zu erwecken, daß sich die Lage im Lande positiv entwickle und die Menschen von den Aufständischen abrückten.

Die Dinge liegen aber komplizierter. Sowohl ein schneller Abzug als auch eine weitere Besatzung gegen den Willen der Bevölkerung bringen Washington nicht ans Ziel.

Sicher sind friedliche Vorhaben – darunter die Wiederingangsetzung des Ölexports – in Irak nicht kurzfristig zu verwirklichen. Sie können auf keinen Fall ausschließlich oder vorrangig mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden.

Dr. Friedrich Sayatz



Die Bushies verlieren Irak. Aus „The Australian“



„Guardian“-Chefredakteurin Anna Pha bei ihrem Bericht

Vom 30. September bis 3. Oktober tagte in Sydney der 10. Parteitag der KP Australiens, an dem 60 Delegierte aus allen Bundesstaaten des riesigen Landes teilnahmen. In seiner Schlußansprache erklärte Generalsekretär Peter Symon, die Haupttendenz der Partei sei ihr Wachstum. Im Urteil der australischen Kommunisten verlief der Kongreß positiv und in einer Atmosphäre der Einmütigkeit, was auch daran abzulesen ist, daß die wichtigsten Beschlüsse – die Politische Resolution und das aktualisierte Programm – ohne Gegenstimmen bestätigt wurden.

Der Assistent des Generalsekretärs Warren Smith definierte in seiner kämpferischen Rede am ersten der vier Beratungstage das Ziel des Kampfes der KPA folgendermaßen: Es gehe um die Errichtung einer gerechteren, demokratischeren, die Menschen stärker bereichernden Gesellschaft als der gegenwärtigen. „Eine solche Gesellschaft kann nur eine sozialistische sein“, erklärte er unter stürmischem Beifall.

Anna Pha, Mitglied der Exekutive des Zentralkomitees und Chefredakteurin der Parteizeitung „The Guardian“, präsentierte die Politische Resolution. Sie betonte, daß sich seit dem 9. Parteitag vor vier Jahren neben schweren Rückschlägen in der internationalen Arena auch äußerst ermutigende Entwicklungen, besonders in Lateinamerika, vollzogen hätten. Das Dokument, das von der Notwendigkeit der Aktionseinheit aller aktiven Linken und fortschrittlichen Kräfte Australiens ausgeht, verweist darauf, daß seine Analyse „auf der Anwendung des Marxismus-Leninismus“ beruht. Die Politische Resolution stellt die verschiedenen Fronten des Ringens der KPA dar und verurteilt den Terrorismus, „der als legitime Taktik im Kampf gegen den Imperialismus und als Mittel zur Überwindung des kapitalistischen Systems und zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zurückgewiesen“ wird. Er sei „in diesen Kämpfen kontraproduktiv“. Das Dokument fährt fort: „Zugleich verurteilen wir jeden Versuch, den gerechtfertigten bewaffneten Kampf oder andere Aktionsformen zur

Vom 10. Parteitag der KP Australiens in Sydney

Erringung von Freiheit, Unabhängigkeit und einem besseren Leben als Terrorismus zu bezeichnen.“ Der sogenannte Krieg gegen den Terrorismus sei „ein Vorwand, unter dem imperialistische Staaten ihren Feldzug gegen Nationen führen, in denen angebliche Terroristen operieren“. „Er ist eine Waffe aus dem Arsenal des Neokolonialismus, ein Vorwand für Krieg, Okkupation oder andere Formen der Intervention“, sagte Anna Pha. Ihr Bericht schloß mit der Feststellung, das Hauptdokument versehe „die KPA mit der politischen und ideologischen Basis, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können und dazu beizutragen, daß das 21. Jahrhundert das Jahrhundert des Sozialismus wird“.

Das Mitglied des Zentralkomitees Rob Gowland begründete die Veränderungen am Programm, deren erster Entwurf seit Januar 2005 in der Partei zirkulierte. Er unterstrich die Tatsache, daß der Marxismus-Leninismus eine lebendige Wissenschaft und kein Dogma sei. Es müßten neue Antworten auf sich ständig verändernde Bedingungen gefunden werden. Das Dokument analysiert die politische Lage in Australien, das von zwei Parteien abwechselnd regiert wird, die gleichermaßen den USA-Interessen und den Zielen der einheimischen Großbourgeoisie dienen. Konservative und Sozial-

demokraten unterschieden sich in dieser Hinsicht kaum. Beide gingen davon aus, die Lasten durch radikale Veränderungen in der Wirtschaft, durch einen „Umbau“ des Steuersystems und Attacken auf die Gewerkschaftsrechte zum Nachteil der Arbeitenden neu zu verteilen.

Das Programm schließt mit einer Bewertung des Sozialismus, seiner Vergangenheit und Zukunft. Die Rückschläge in der Sowjetunion und Osteuropa müßten als Ausdruck ungenügenden Verständnisses und falscher Anwendung sozialistischer Prinzipien erklärt werden. Es gehe darum, zu sehen, was falsch und was richtig gewesen sei. „Der Sozialismus als solcher ist nicht gescheitert“, unterstrich Gowland.

Der 10. Parteitag der KPA nahm eine Reihe wichtiger Teilresolutionen an: zum Aufbau der Partei am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften, zur asiatisch-pazifischen Region, zu Irak und Afghanistan, zur USA-Blockade Kubas und zur Solidarität mit den fünf kubanischen Kundschaftern in amerikanischen Gefängnissen sowie zur Verurteilung der Tätigkeit des FBI-Büros in Sydney. Die Delegierten wählten ein neues Zentralkomitee, dem neben bewährten Parteiführern jüngere Genossinnen und Genossen angehören.

R. F., gestützt auf „The Guardian“, Sydney



Aus „The Guardian“, Sydney

„Wir erklären allen Drogen-Einnehmern den Krieg.“

(Im Englischen hat das Wort Drogen auch die Bedeutung von Medikamenten.)



Frankreichs Marxisten-Leninisten folgen der Spur des VII. Weltkongresses

In „Initiative Communiste“, der Monatszeitschrift des „Pols für die kommunistische Wiedergeburt in Frankreich“ (PRCF) – ideologisch standhaft gebliebener Genossen der FKP –, erschien unlängst ein interessanter Artikel unter der Überschrift „Einheitsfront und Klassenkampf – welche Lehren ziehen wir aus dem VII. Kongreß



Grafik:
Hugo Gellert

der Kommunistischen Internationale?“ Wir gehen auf wichtige Passagen dieses Beitrags ein.

Der Autor Jean-Pierre Hemmen bezieht sich auf ein Material der Pariser Zeitung „l’Humanité“ vom 6. August 2005. Dort vertrat ein gewisser D. Fernandez Recatala die Auffassung, der von Georgi Dimitroff am 2. August 1935 auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale erstattete Bericht weise den Bolschewismus zurück und korrigiere die marxistischen Auffassungen. Solche Behauptungen widerspiegeln das derzeitige politische Denken der auf rechtsopportunistische Positionen übergegangenen Führung der FKP. Im Gegensatz dazu hatte der bulgarische Kommunist auf dem Kongreß erklärt: „Heben wir das theoretische Niveau im Geiste des lebendigen Marxismus-Leninismus immer höher!“

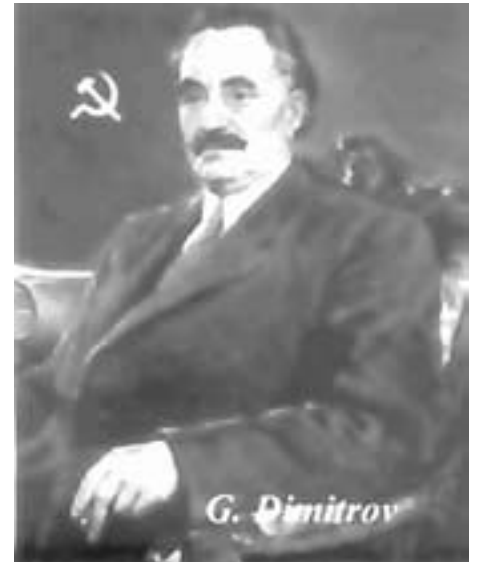
Die in den 20er Jahren (bis 1934) von der Komintern verfolgte Taktik „Klasse gegen Klasse“ habe niemals die fundamentale strategische Bedeutung der „Einheitsfront“ in Frage gestellt. Sie sei 1935 allerdings angesichts der faschistischen Drohung erweitert worden, bemerkt Hemmen. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution habe sich die Lage in der Welt verändert. Die Bourgeoisie sei mit dem Fortschritt in Gestalt der UdSSR konfrontiert worden. In einigen Ländern habe sie nicht auf die alte Weise, mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus weiterregieren können. Da sei der Rückgriff auf den Faschismus als letztes Mittel zur Machterhaltung notwendig geworden.

Hemmen verweist darauf, daß die Linke nicht vergessen dürfe, im Faschismus immer eine Klassendiktatur zu erblicken.

Dimitroff habe das auf dem VII. Weltkongreß klar definiert, als er sagte, es handle sich um „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Dagegen mußte die wirksamste Strategie entwickelt werden. Sie besagte, daß es darum gehe, die Gesamtheit nichtkapitalistischer sozialer Schichten um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, um die besten Bedingungen für die sozialistische Revolution zu schaffen. Hemmen fragt: „Ist das nur im geringsten eine Aufgabe bolschewistischer Prinzipien?“

Vieles von dem, was damals galt, gilt auch heute. Zum Beispiel Dimitroffs Hinweis: „Die bürgerlichen Regierungen durchschreiten gewöhnlich eine Serie vorbereitender Etappen und ergreifen eine Serie reaktionärer Maßnahmen, die zur direkten Errichtung des Faschismus beitragen.“

Besonders wichtig sind dem Autor von „Initiative Communiste“ auch folgende Äußerungen Dimitroffs: „Wir Kommunisten sind die unversöhnlichsten Gegner des Prinzips des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Formen. Aber wir sind keine Parteigänger des nationalen Nihilismus ... Jemand, der die nationalen Gefühle der großen werktätigen Masse verletzt, ist fern vom authentischen Bolschewismus. Er hat Lenins Lehre von der nationalen Frage nicht verstanden.“



Hemmen unterstreicht, daß dieser Text vor 70 Jahren formuliert wurde. Auch wenn die historische Periode nicht dieselbe sei, besitze er große Aktualität. Der Autor schließt seinen Beitrag mit den Worten: „Unser PRCF, der die besten Traditionen dessen fortzusetzen wünscht, was die Französische Kommunistische Partei war, steht in der Tradition des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale.“

**R. F., gestützt auf
„Initiative Communiste“, Paris**

Caracas transferierte Valuta-Reserven in die Schweiz

Am 5. Oktober wurde in der venezolanischen Hauptstadt Caracas bekanntgegeben, zwei Drittel der Valuta-Reserven des ölreichen Landes seien vor kurzem in die Schweiz transferiert worden. Venezuelas Zentralbankdirektor Domingo Maza Zavalá, der zuvor Gerüchte, 20 Milliarden Dollar seien aus den USA abgezogen und bei einer Bank in Basel stationiert worden, dementiert hatte, korrigierte sich damit selbst. Der Grund: Während eines Aufenthalts in Brasilien war das Geheimnis durch Präsident Hugo Chávez gelüftet worden.

Wie aus Kreisen der Zentralbank (BCV) verlautete, habe man die US-Dollars nicht länger als geeignete Reservewährung betrachtet. 60 % der mehr als 30 Milliarden in Valuta gehaltenen Reserven Venezuelas seien jetzt in Euros angelegt, nur noch 40 % in Dollars. Die Entscheidung, den Transfer zu vollziehen, habe die venezolanische Regierung vor vier Monaten getroffen. Die Überführung sei in Teilbeträgen

erfolgt. Außer den genannten Summen wurden unlängst 2 Milliarden Dollar in einen neu geschaffenen Entwicklungsfonds übernommen. Weitere 4 Milliarden, die ebenfalls in diesen Fonds eingezahlt werden sollen, werden in Kürze abgezogen. Ein neues Zentralbankgesetz gestattet es, überschüssige Reserven für die Rückzahlung von Auslandsschulden oder Käufe außer Landes einzusetzen. Venezuela beabsichtigt, seine Kliniken, vor allem in zurückgebliebenen Gebieten, völlig neu auszurüsten.

Unterdessen hat Präsident Chávez erklärt, die Zentralbank habe einen großen Teil ihrer Valuta-Reserven in Euros verwandelt, da es von den USA „Drohungen“ gegeben habe. Regierungsvertreter in Caracas wiesen darauf hin, daß die Vereinigten Staaten im Falle einer verschärften Krise in den Beziehungen zu den USA Venezuelas dort angelegte Mittel einfrieren könnten.

R. F.

Wir melden uns etwas verspätet mit unserem Festival-Bericht zu Wort, glauben aber, daß es die „RotFuchs“-Leser interessieren könnte, wie wir als junge Menschen eine sich entfaltende weitere Revolution auf dem südamerikanischen Subkontinent – im Hinterhof der USA – wahrgenommen haben.

Tausende Jugendliche hatten sich im August auf den Weg nach Venezuela gemacht, um gemeinsam die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Caracas zu erleben. Junge Leute aus 144 Ländern der Erde diskutierten, knüpften Kontakte, sangen gemeinsam und bekundeten ihre Solidarität mit der bolivarschen Revolution.

Für uns war Venezuela eine völlig neue Erfahrung. Nach zwölfstündigem Flug, durchwachter Nacht und bei einem Wetter, das am ehesten mit einer Sauna verglichen werden konnte, wurden wir sehr herzlich und überschwänglich empfangen. Die Venezolaner sangen, tanzten und ließen ihren Präsidenten, Hugo Chávez, hochleben.

Wir wohnten in einem abgesperrten Gebiet, das von der Guardia Nacional bewacht wurde, da die Angst vor Anschlägen groß war. Nach der letzten verheerenden Flutkatastrophe ließ Chávez Wohnviertel bauen (unter anderem auch unsere Ciudad Miranda), die den obdachlos Gewordenen kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen, damit sie wieder ein Dach über dem Kopf haben. Wegen der Weltfestspiele und dem daraus resultierenden Problem der Unterbringung von ca. 30 000 Jugendlichen harreten die Flutopfer noch weitere zwei Wochen in Massenunterkünften aus. Ein Umstand, den die Opposition sofort für ihre Zwecke in den Kommunalwahlkampf einbezog. Doch die Propaganda der Rechten – vorgetäuschte untypische Sorge um die Mittellosen – fruchtete nicht. Die Chávez unterstützenden Parteien vereinten zusammen etwa 80 Prozent der Stimmen auf sich, so daß die bolivarsche Revolution gestärkt fortgesetzt werden kann. Ein gutes Omen für die acht Tage dauernden Weltfestspiele, die am 8. August mit einer gigantischen Eröffnungsveranstaltung begannen. Dabei zogen die einzelnen Delegationen wie bei den Olympischen Spielen nacheinander auf den Militärplatz Fuerte Tiuna ein. Die rund 200köpfige deutsche Delegation war mit dem Schild „Alemania“ ganz vorne dabei und jubelte, mit Fahnen und Transparenten ausgestattet, Hugo Chávez zu, der von der Haupttribüne aus alle Nationen begrüßte. Stundenlang verfolgten wir begeistert den Einzug der anderen Abordnungen und die Verwandlung des vorher kahlen Platzes in ein tobendes, buntes Fahnenmeer. Als gegen Mitternacht die zweistündige Rede des Präsidenten, der den Sinn der Weltfestspiele als eine Idee gegen Faschismus und Imperialismus gewürdigt hatte, endete, fuhren wir um ein unvergeßliches Erlebnis bereichert und erschöpft in unser Quartier.

Für die Delegierten folgten Tage mit vielfältigen Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Seminaren. Natürlich

wurde nicht nur gearbeitet; bei Konzerten und stürmischen Feiern blieben die Nächte kurz und wurde Schlaf zur Mangelware.

So trafen sich junge Gewerkschafter, Künstler, Gewerbetreibende und Vertreter anderer Gruppierungen, um Gedanken auszutauschen und miteinander zu debattieren. Konferenzen befaßten sich mit Umweltpolitik, den Rechten der Jugend, der Selbstbestimmung der Völker

Zentrales Thema unserer Gespräche war die Politik in Venezuela. Wir hörten Menschen, die voller Stolz berichteten, daß sie dank Chávez im Rahmen der „Mision Robinson“ noch im hohen Alter lesen und schreiben gelernt hätten. Wir sprachen einen kubanischen Arzt, der uns durch sein neu entstandenes Krankenhaus führte, in dem alle Patienten unentgeltlich behandelt würden, was wiederum der „Mision Barrio Adentro“ zu verdanken sei. Wir

Begeistert von der bolivari-schen Revolution

oder den vom Imperialismus begangenen Menschenrechtsverletzungen. Es gab 32 offizielle Veranstaltungen sowie Fahrten in verschiedene Regionen des Landes, bei denen man sich vor Ort über die Verbesserungen, die unter Chávez für die arme Bevölkerung geschaffen wurden, informieren konnte. Überall im Land war zu



Hugo Chávez mit seinen drei Töchtern

spüren, wie die Mehrheit der Menschen hinter dem Präsidenten steht. „Viva la Revolucion!“ wurde aus den Autos heraus gerufen. Oft gab es scheinbar nicht enden wollende Sprechchöre, die immer wieder „Uh, ah, Chávez no se va!“ (Chávez wird nicht gehen!) skandierten. Wir merkten deutlich, daß sich in diesem Land etwas bewegt, das den Menschen nützt, die über Jahrhunderte ausgebeutet und vergessen wurden.

Für die 20 Delegierten der Linkspartei PDS und des Jugendverbandes solid ergaben sich viele Möglichkeiten, Freundschaft mit Jugendlichen aus aller Welt zu schließen. Wenn keine gemeinsame Sprache gefunden wurde, dann geschah das gewissermaßen mit Händen und Füßen. Doch viele konnten sich auch verständigen.

sahen Frauen der „Mision Alimentacion“ zu, die das von ihnen gekochte Essen an die ärmsten Barriobewohner austeilten und erlebten eine Stadtteilversammlung, auf der Basisdemokratie nicht nur proklamiert, sondern auch gelebt wurde. Zu den Spitzenveranstaltungen der 16. Weltfestspiele kann man sicherlich das „Antiimperialistische Tribunal“ zählen. Venezuelas Vizepräsident, José Vicente Rangel, erklärte, daß mit dieser Gerichtsverhandlung der Imperialismus und seine Verbrechen verurteilt werden sollten. Hauptanklägerin war die Anwältin Eva Golinger aus den Vereinigten Staaten, die kürzlich ein Buch vorgelegt hat, das die Verwicklung der USA in die Bestrebungen zum Sturz von Chávez detailliert bekanntgemacht hat. Während der auf zwei Tage angesetzten Verhandlung wurden über 100 Anklagen gegen den Imperialismus gehört, darunter die der vietnamesischen Delegation. Sie prangerte die Spätfolgen der US-Aggression gegen ihr Land an. Die japanische Delegation erinnerte daran, daß noch heute Menschen an den Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sterben. Die kubanische Delegation machte auf die Auswirkungen der Wirtschaftsblockade gegen ihr Land aufmerksam. „Der Imperialismus mit den USA an der Spitze wurde wegen Völkermordes, der Mißhandlung Gefangener, der Herbeiführung des Elends von großen Teilen der Menschheit und wegen der Zerstörung des Planeten Erde“ schuldig gesprochen. Auch Präsident Chávez besuchte das Antiimperialistische Tribunal und begeisterte mit einer dreistündigen Rede Tausende Teilnehmer auf den Rängen des Poliedro.

Am 15. August gingen die Weltfestspiele mit einer großen Abschlußfeier zu Ende. Uns bleibt die Erinnerung an eine spannende, schöne, aber auch anstrengende Zeit in Venezuela, Wir sind uns sicher, daß die Geschichte der Weltfestspiele noch lange nicht zu Ende sein wird. Im Gegenteil, in Caracas wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Steffi Braun und Thomas Schober

Lange bevor Gorbatschow und sein Beraterstab aus Liquidatoren der KPdSU ihr definitives Zerstörungswerk begannen, formierte sich in der kommunistischen Bewegung bestimmter Länder Westeuropas eine Gruppierung, die sich vehement für die „Abschaffung“ des Marxismus-Leninismus in die Bresche warf. Es handelte sich um eine durch die Führer der IKP, Enrico Berlinguer, der KP Spaniens, Santiago Carrillo, und der FKP, Georges Marchais, bei einem Dreiertreffen in Rom kreierte Strömung, die von den Medien der Bourgeoisie sofort als „Eurokommunismus“ bezeichnet wurde. Sie hoben besonders die antisowjetische Stoßrichtung der „neuen“ Tendenz hervor. Marchais zog sich später von dem Projekt zurück.

Durch die von der zeitweiligen Niederlage des europäischen Sozialismus verursachten schweren Erschütterungen kam es zweieinhalb Jahrzehnte später zu komplexen ideologischen und organisatorischen Zersetzungserscheinungen in einer Reihe kommunistischer Parteien, die schon vorher vom Bazillus des Eurokommunismus angegriffen worden waren. Andere, die dessen Eindringen von Beginn an widerstanden hatten – vor allem die griechische KKE und die portugiesische PCP –, behaupteten sich als große marxistisch-leninistische Formationen mit Masseneinfluß in ihren Ländern. Sie rückten auch untereinander zusammen und setzten dem sogenannten Europa-Kurs des Kapitals entschiedenen Widerstand entgegen.

Andererseits gibt es z. T. einflußreiche linke Kräfte, die die EU nicht als die politische Hülle des „Europas der Monopole“ betrachten und bestrebt sind, sich – koste es, was es wolle – in den Prozeß der „Europäisierung“ einzubringen. Sie gehen nicht von Klassenpositionen und einer sozialistischen Menschheitsperspektive aus, sondern setzen auf „gesellschaftliche Kooperation“ im Rahmen (und mit handfesten Fördermitteln) der EU. Das ist bei der 2003 entstandenen Europäischen Linken (ELP) der Fall, zu deren Zustandekommen die Führungen der PDS, der FKP und der italienischen Rifondazione am meisten beigetragen haben.

Diese supranationale Partei, die seit ihrer Gründung in Berlin öffentlich kaum in Erscheinung getreten ist, hat Ende Oktober in Athen ihren ersten Kongreß abgehalten. An ihm nahmen 17 Delegationen einiger größerer und mehrheitlich winziger Parteien sowie neun Abordnungen mit Beobachterstatus teil. Die Zusammenkunft trug zur Klärung des Profils und der politischen Inhalte der ELP bei. Die äußerst heterogene Gruppierung, zu der offen antikommunistische, sozialistische oder sozialdemokratische sowie traditionell eurokommunistische Parteien zählen, stellte noch einmal klar, daß die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft keineswegs ihr Ziel ist.

In einer Erklärung der griechischen KKE, die dem politischen Konglomerat weder als Mitglied noch als Beobachter angehört, heißt es hierzu: „Die ELP erklärt offen ihre Feindschaft gegenüber dem Sozialismus, wie wir ihn im 20. Jahrhundert in Europa

ELP – Neuauflage des Eurokommunismus?

und in der UdSSR erlebt haben. Der Beitrag und die Rolle dieses Sozialismus werden von ihr herabgewürdigt und verleumdeter. Sie bagatellisiert die Verantwortung des Imperialismus für Faschismus und Krieg, wobei sie gleichzeitig die Avantgarderolle der kommunistischen Parteien im Widerstand abwertet.“ Die Schaffung der ELP sei aus Sicht der KKE „Ausdruck einer Tendenz der absoluten Kapitulation vor dem gegenwärtig negativen Kräfteverhältnis“. Die Europäische Linkspartei lehne die kommunistischen Traditionen ebenso ab wie die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Aus der BRD nahmen an den Beratungen in der griechischen Hauptstadt zwei Parteien mit unterschiedlichem Status teil: die Linke.PDS als Mitglied und die DKP als Beobachter. Auf die Frage der Athener Korrespondentin der „jungen Welt“, was die DKP denn bei einer Partei suche, wo vom Neoliberalismus statt vom Kapitalis-

mus, von sozialer Bewegung statt von der Arbeiterklasse und von der Konstruktion eines „feministischen Klassenkampfes“ gesprochen werde, erwiderte deren Vorsitzender Heinz Stehr, bei der ELP handle es sich „um einen Kompromiß zwischen unterschiedlichen Strömungen“. Die Diskussion zur Europäischen Linkspartei sei „in der DKP noch unentwickelt“. Er fügte hinzu: „Wir konnten uns auf die Konferenz in Athen auch nicht so qualifiziert vorbereiten, weil wir durch unseren Parteitag im Februar, durch das Pressefest unserer Parteizeitung im Juni und die Wahlen im September gefordert waren. Mit der ELP müssen wir uns künftig inhaltlich stärker befassen.“

Obwohl diese „Befassung“ bisher unterblieben ist, beantragte der DKP-Parteivorstand bei der ELP den Beobachterstatus. In dem erwähnten Interview plädierte Heinz Stehr dafür, ihn beizubehalten.

R. F., gestützt auf „junge Welt“

Nicht nur eine Fußnote der Geschichte

Ganz gleich, aus welcher Richtung der A 10 man sich Rüdersdorf nähert, stets überragt unübersehbar das Kulturhaus „Martin Andersen Nexö“ die Silhouette. Das ortsbildbeherrschende, klassizistische Architektur nachempfundene Gebäude wurde vor nahezu 50 Jahren, im Oktober 1956, feierlich eingeweiht und ist für die DDR-Bau- und Kulturgeschichte ebenso unumstritten wie seine hochkarätigen Veranstaltungen. Nicht nur Kulturschaffende aller Bereiche verewigten sich im Gästebuch. Die „Rüdersdorfer Akropolis“ ist, wie der Kulturpalast wegen seiner griechischen Säulenfassade auch von manchen genannt wird, ein unauslöschbares Symbol aus hoffnungsvollen Zeiten. Wie andere Bauwerke auch hilft das Kulturhaus beim Blick auf die DDR, sich die Sicht nicht auf politische Irrtümer und begangene Fehler einengen zu lassen, sondern vor allem jene Schritte nach vorn in Betracht zu ziehen, die vor uns niemand gegangen war.

Über 75 Autoren zwischen 17 und 90 Jahren reflektieren in „Spuren der Wahrheit“ bewahrenswertes DDR-Erbe. Sie beweisen, daß der sozialistische deutsche Staat weit mehr war als eine Fußnote der Geschichte. Professionelle Autoren und bekannte Persönlichkeiten wie Elfriede Brüning, Gerhard Bengsch, Gisela Steineckert, Käthe Reichel, Klaus Huhn, Hans Luft, Armin Stolper, Stefan Doernberg und Dr. Friedrich Wolff, aber auch ungeübte Schreiber, die ihre ganze Seele hineinlegen, wehren sich mit den Berichten gegen das Tilgen

der Erinnerung an die DDR, auf das die aktuelle Geschichtsschreibung abzielt. Millionen Bürger vollbrachten in den 40 Jahren der Existenz dieses Staates bedeutende Leistungen. Sie hinterließen Spuren in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Volksbildung und Kultur, aber auch im Denken und Handeln der Menschen. Die Strausbergerin Ursula Münch schreibt in ihrem Beitrag: „Verständlicherweise versuchen die maßgeblichen Politiker der kapitalistischen BRD jede Erörterung ihnen mißliebiger Sozialismus- bzw. DDR-Themen mit Häme und Verleumdung zu unterbinden oder in die ‚richtigen‘ Gleise zu lenken...“

Man möchte aus diesem Buch ständig Sätze, mitunter Sentenzen zitieren, die das Lebensgefühl der Menschen zum Ausdruck bringen. Diese Anthologie ist ein treffliches Geschichts- und Geschichtsbuch. Es ist humanistisches Grundanliegen der Autoren, die Vergangenheit danach zu befragen, was daraus für die Zukunft, für die weitere gesellschaftliche Entwicklung als Erfahrungsschatz überdauert. Alle Beiträge sind Angebote zum Weiterdenken, und nach Brecht gehört ja das Denken „zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“.

Heinz Pocher

Unabhängige Autorengemeinschaft. „Als Zeitzeugen erlebt“. Spuren der Wahrheit. Bewahrenswertes DDR-Erbe, GNN Verlag, Schkeuditz 2005, 442 Seiten, 19 Euro, ISBN 3-89819-208-3

Die Chemnitzer Gruppe QUIJOTE war anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus mit ihrem Mikis-Theodorakis-Programm zu Gast in Griechenland.

Konzert in Kalavryta auf dem Peloponnes, 200 km von Athen entfernt. Einer der Orte, in denen Hitlers Wehrmacht und die SS im 2. Weltkrieg ihre schrecklichen Massaker verübten, als „Vergeltung“ für getötete deutsche Soldaten wahllos Frauen, Kin-

Konzert ist vorbei, kommen die Leute auf uns zu – wir haben das im vergangenen Jahr schon in Distomo erlebt – reichen uns die Hände, umarmen uns, danken uns, es ist ein Verstehen ohne Worte. Ich glaube, nicht einer der Zuschauer hat den Saal verlassen, ohne uns wenigstens zu zulächeln.

Zweite Station: Kaissariani. Der traditionelle Arbeiterbezirk von Athen, schon immer durch die Linke regiert. Wir kennen den Ort, den Park, wo wir auftreten wer-

Nach dem letzten Lied: Viele im Publikum stehen auf, wir bekommen jeder einen Blumenstrauß überreicht, der Beifall ist sehr lang und herzlich, wir werden noch eine Zugabe spielen, aber ich muß vorher noch etwas sagen. Wir hatten es kurz vor dem Konzert erfahren, und viele der Zuschauer sicher auch: Am Nachmittag ist Harilaos Florakis, der langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Griechenlands, gestorben. Wolfram und ich hatten ihn 1986 hier in Kaissariani kennengelernt. Wieder holt uns die Geschichte ein. Ich erzähle den Zuschauern von dieser Begegnung, wir verneigen uns vor einem bedeutenden griechischen Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit.

Nach der Zugabe nehmen wir unsere Blumensträuße und legen sie am provisorischen Mahnmahl für die Ermordeten im Skopeftirio nieder. Noch einmal Applaus. Dann, es ist immer wieder berührend, gehen unzählige Leute auf uns zu, drücken uns die Hände, umarmen uns. Beim Abbauen komme ich mit einem der Techniker, er ist vielleicht Anfang zwanzig, ins Gespräch. „Wo spielt ihr noch in Griechenland? Was, nur die zwei Konzerte? Ihr müßt unbedingt wiederkommen. Das war wunderschön, so habe ich Theodorakis noch nicht gehört.“

Am Abend gehen wir mit Natalia zum Herodes Attikus, einem Amphitheater am Fuße der Akropolis. Dort gibt es das alljährliche Konzert mit dem Theodorakis-Volksorchester und natürlich die Musik von Theodorakis. Wir lauschen von draußen, das ist preiswerter. Dann, es ist schon spät, kaum noch Touristen unterwegs, noch mal Rast in der Plaka, der Athener Altstadt, um etwas zu essen, einen Retsina zu nehmen. Wir haben ein paar Geschenke dabei. Für Natalia eine Gundermann-CD, für ihre Kinder Pittiplatsch und Schnatterinchen. Am Hotel eine letzte Umarmung, bis nächstes Jahr? Bis nächstes Jahr.

Gegen Mittag geht das Flugzeug, wir checken ein. Oh, eine Bouzouki, ihr seid Musiker, habt hier gespielt. Gute Reise! Keiner fragt nach der Gitarre im Handgepäck. Aus der Luft ein letzter Blick auf Athen, auf Griechenland. Ach, viel zu schnell vorbei. Wir wissen, wir kommen wieder.

Ludwig Streng

„Quijotes“ griechische Reise



Ein Kämpfer der kommunistisch geführten Arbeiterzentrale P.A.M.E.

der, Greise umbrachten. Beim zweiten Lied „Nur diese eine Schwalbe“ beginnen die Zuschauer mitzusummen. Unsere Begrüßung, Gedanken zum 60. Jahrestag der Befreiung, in Deutschland, in Griechenland, zu neuen Nazis in europäischen Parlamenten. Der Beifall kommt spontan, wir werden verstanden. Das Konzert ist intensiv wie selten, der Funke springt über, bei den bekannteren Liedern singen die Leute, leiser oder lauter, mit, die beiden Sprachen vermischen sich. Dann „Asma Asmaton“ – das „Lied der Lieder“ aus dem Mauthausen-Zyklus. Atemlose Stille, das geht auch uns unter die Haut. Das letzte Lied, „Drei Leben“, Sabine singt zwei Strophen in griechisch, das Saxophon verklingt, Stille, dann langer Beifall, die Zuschauer stehen auf.

Der stellvertretende Bürgermeister spricht einige Dankesworte, er überreicht uns, den Deutschen, eine Miniatur-Nachbildung des Mahnmals für die Opfer des Massakers in Kalavryta. Dazu ein Buch, eine Dokumentation der Zerstörung des Ortes, Fotos von Kalavryta vor dem Krieg und nachdem die Faschisten durchgegangen sind. Die Bilder sind grausam, doch sie verhindern das Vergessen. Nun, das

den, waren vergangenes Jahr schon da. Und: Wolfram und ich haben vor 19 Jahren, als QUIJOTE noch „Liederhaken“ hieß, da gespielt, beim Odigitis-Festival 1986, am anderen Ende des Parks, am Fuße des Berges Imitos. Eines unserer größten Erlebnisse. 20000 Menschen waren da. Der Dichter Jannis Ritsos saß in der zweiten Reihe. Vielleicht kommt auch daher unsere Nähe zu Griechenland.

Der Veranstaltungsort ist geschichtsträchtig. Der Skopeftirio, der Schießplatz, war im zweiten Weltkrieg Stätte von unzähligen Hinrichtungen griechischer Partisanen und Geiseln durch die deutschen Faschisten. Das Areal ist bis heute Schießplatz des örtlichen Schützenvereins, die Bürger von Kaissariani kämpfen seit Jahren dagegen, der Bürgermeister des Stadtteils

ist deswegen vor kurzem verhaftet worden und in einen Hungerstreik getreten. Eine offizielle Gedenkstätte gibt es bis heute nicht, aber die Einwohner haben inzwischen selbst ein Mahnmahl errichtet.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung gibt es in Kaissariani mehrere Veranstaltungen, die erste war eine Aufführung von Brechts „Furcht und Elend des III. Reiches“ in Griechisch, die letzte ist unser Abend mit Theodorakis-Liedern in deutscher Sprache. So schließt sich wieder ein Kreis.

Kaum zu glauben, die Veranstalter haben extra für unser Konzert einen Flügel herbeigeschafft, ein wunderbarer Klang. Gegen neun, die Uhren in Griechenland ticken etwas gemächlicher, beginnt die Veranstaltung.

Das Konzert ist ganz anders als am Vortag. Dort die Intimität des kleinen Saales, hier die Weite des Platzes zwischen den Mauern des Skopeftirio. Wir singen ins Dunkle, spüren die Nähe der Leute. Es ist wieder diese wunderbare Atmosphäre zwischen Stimmung und Spannung, Neugier und Mitgehen. Unsere Dolmetscherin Natalia liest die Grußbotschaft der VVN-BdA Chemnitz vor, wieder erklingt spontaner Beifall.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihr haltet die letzte Ausgabe des RF-Jahrgangs 2005 in Händen. Wir danken Euch dafür, daß Ihr uns auch im achten Jahr des Erscheinens unserer Zeitschrift die Treue gehalten habt. Zu den Feiertagen wünschen wir Euch Ruhe und Besinnlichkeit, für den weiteren Kampf maximale Gesundheit, Kraft und Mut. ■

Der Kongreß war von bewegenden emotionalen Höhepunkten geprägt. Zwei seien genannt:

Das Auftreten des „Mannes mit der schwarzen Maske“ (Jan Petersen, der direkt aus Nazideutschland, aus der Illegalität, kam) und von Heinrich Mann. Als der Repräsentant des antifaschistischen deutschen Exils an das Rednerpult trat, erhoben sich die Delegierten von den Plätzen. Seine Ansprache wurde von Beifall und Zurufen begleitet. Der Literat, der sonst Ruhe und Beherrschtheit ausstrahlte, war sichtlich berührt. Die Anerkennung und Ehrerbietung für ihn galt dem anderen, besseren Deutschland. Neben Heinrich Mann und Jan Petersen sprachen von der deutschen Delegation u. a. J. R. Becher, Klaus Mann, Ernst Bloch, Anna Seghers, Gustav Regler, Robert Musil, Lion Feuchtwanger und Bert Brecht. Während Becher den Humanismus als Brücke zwischen bürgerlichen Intellektuellen und der Arbeiterklasse proklamierte und die „Befreiung des Erbes“ aus faschistischen Händen forderte, nahm er zugleich ein Thema auf, zu dem auch Anna Seghers sprach: das Verhältnis der antifaschistischen Intellektuellen zur Nation. Sie orientierte auf eine „Bereinigung unserer Beziehung zum Vaterland“. Patriotismus sei ein positiv besetzter Begriff. Den subjektiven Faktor ernster zu nehmen als bisher, das wollte Seghers wie Klaus Mann, der ähnlich argumentierte. Er bedauerte, daß die Linke die „irrationalen Bedürfnisse“ der Jugend kaum beachtet hat. Es genüge nicht, allein mit sozialökonomischen Faktoren aufzuwarten.

Zur Frage von Nation und Vaterland sprachen viele Delegierte – ein Ausdruck auch dessen, daß die Linke in den zwanziger Jahren gerade hier Unsicherheiten gezeigt hatte. Diese Lücke war von Rechtskonservativen und Faschisten nicht ohne Erfolg ausgefüllt worden. Natürlich verknüpft mit demagogisch-verlogenen Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus, Militarismus und hemmungslosem Antikommunismus/Antisozialismus – ein unheilvoller Trend imperialistischer Politik, der ungebrochen, nur modifiziert, bis in unsere Tage hineinwirkt.

Das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz wurzelte nicht primär in einem neuen Verständnis des Erbes, sondern in Kampfbedürfnissen des Tages. Erforderlich war aber, daß das Verhältnis zu Erbe und Tradition vertieft werden mußte. Das hieß eben keineswegs politische, weltanschauliche und ästhetische Positionen zu verwischen, zu verschweigen oder gar aufzugeben. Wenn z. B. Huxley der Auffassung war, daß das antifaschistische Engagement an der Seite der UdSSR und der kommunistischen Bewegung den Verzicht auf kritisches, individuelles Wahrheitsbekenntnis erfordern würde, dann erwies sich das als ein Fehlschluß.

Die Formel von der „Verteidigung der Kultur“ war kein Festschreiben der Rückläufigkeit der Arbeiterbewegung und schon gar nicht ein „sozialdemokratischer Akzent“, auch kein Weg zur Entpolitisierung

von Kunst und Kultur (bzw. ihrer Repräsentanten). Das Gegenteil war der Fall.

Es soll nicht verschwiegen sein, daß Brecht und Benjamin mit den ideologischen Prämissen des Kongresses nicht übereinstimmten. Beide sahen in der Orientierung auf einen „geistigen Humanismus“ eine fragwürdige Angelegenheit und verfaßten, aufeinander bezogen, in Thesen- und Essayform, eine Ästhetik des Widerstands: Der antifaschistische Kampf erfordere eine adäquate künstlerische Arbeit auf der Basis des historischen Materialismus. Sie verfochten eine eindeutig materialistische Position, arbeiteten mit dem Begriff Eigentumsverhältnisse, kurz: eine sozialökonomisch begründete Faschismus-Definition. Dieser Ansatz mußte, bei der Differenziertheit der Intellektuellen, den Volks-

York einberufen. Inzwischen hatten sich dramatische Veränderungen vollzogen:

Eine deutsche antifaschistische Volksfront kam nicht zustande. Das Abrücken vieler bürgerlich-sozialdemokratischer Kräfte von einem Konsens war nicht zu übersehen. Die Frage nach den Gründen dieses Scheiterns zu beantworten kann hier nur thesenhaft geschehen: Das sowjetische Konzept der „kollektiven Sicherheit“ in Europa wurde durch die Westmächte zunehmend unterlaufen. Daraus resultierte eine bedrohliche Isolierung der UdSSR, die den Boden für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt bereitete. Dieser Vertrag vom August 1939 bedeutete eine große Belastung für die antifaschistische Bewegung insgesamt. Auch die Moskauer Prozesse zeigten Wirkung. Es trat eine zeitweilige Lähmung des Antifa-

Der Pariser Schriftstellerkongreß 1935 (2 und Schluß)

frontkonsens gefährden, obwohl Brecht wie auch Benjamin natürlich die Bündnisidee unterstützten.

Die genannten Beispiele zeigen die Schwierigkeiten, die Vorbehalte, die kritischen Einwände, die von links-avantgardistischer und bürgerlich-humanistischer Seite vorgetragen wurden. Aber es gelang, ein realistisches, neues Humanismuskonzept zu fixieren, das den aktuellen Lebensverhältnissen und der Gefahrensituation globalen Charakters entsprach. An diesem Konzept wurde in den folgenden Jahren unentwegt gearbeitet. 1936 tagte die Internationale Schriftstellervereinigung unter Vorsitz Ernst Tollers in London. Der Zweite Kongreß zur Verteidigung der Kultur begann seine Arbeit am 4. Juli 1937 in Valencia, setzte diese vom 6. bis 8. Juli in Madrid fort, tagte am 10. Juli abermals in Valencia. Er endete mit einem Meeting am 11. Juli in Barcelona. Valencia, Madrid, Barcelona – das sind bekanntlich Orte des kämpfenden Volksfront-Spaniens! Viele trugen nicht mehr den gebügelten Anzug mit Krawatte, sondern die Uniform der Spanischen Volksarmee. Die Diskussion darüber, ob allein antifaschistische Bücher vonnöten sind, war beantwortet. Zu diesen gehörte die Waffe in der Hand.

Nicht nur das war neu. Zugleich hatte die Internationalität der Kongresse zugenommen. Nicolás Guillén aus Kuba und Chiles Pablo Neruda sprachen. Ein Dritter Kongreß wurde 1939 nach Mexiko und New

schismus ein, die bis zum Überfall auf die UdSSR anhielt. Die Volksfrontregierung Frankreichs scheiterte. In Spanien siegten die Franco-Faschisten, aktiv unterstützt durch Italien und Nazideutschland und die Politik der „Nichteinmischung“ der Westmächte.

Österreich wurde annektiert. Das Münchener Abkommen besiegelte das Schicksal der Tschechoslowakei. Und dennoch: Bilanziert man heute Bedeutung und Leistung der 1935 gegründeten Internationalen Schriftstellerorganisation zur Verteidigung der Kultur, dann wäre es falsch, allein auf Niederlagen zu verweisen. Erstens erhielt der antifaschistische Kampf moralische Impulse von Bedeutung. Zweitens wuchsen das Selbstverständnis der antifaschistischen Literaturbewegung für ihre Stellung im Ringen um einen realen Humanismus und die Bereitschaft vieler bürgerlich-demokratischer Schriftsteller, Bündnispartner zu sein. Die Mehrheit erkannte, daß die Literatur eine gesellschaftliche Funktion haben muß.

Trotz aller Rückschläge blieb die Volksfrontidee bis zum Ende des Krieges, besonders im Widerstand der Arbeiterbewegung bzw. im Exil, stets lebendig. Sie schlug sich nicht zuletzt in den programmatischen Dokumenten der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR nieder.

Dr. Peter Fisch

Die „Chronistin des Alltagsbewußtseins“ wurde 95: Elfriede Brüning

Die in Berlin lebende Schriftstellerin Elfriede Brüning beging am 6. November 2005 ihren 95. Geburtstag. Sie dürfte das letzte lebende Mitglied des 1928 gegründeten Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller sein. Ihr Weg war seit ihrem 16. Lebensjahr von der Schreib-Leidenschaft bestimmt. Mit 18 publizierte sie ihre ersten Feuilletons im „Berliner Tageblatt“, der „Vossischen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“. Elfriede Brüning versuchte sich in vielen literarischen Genres erfolgreich, schrieb Feuilletons, Reportagen, Erzählungen, Porträts, Romane, Kinderbücher, Theaterstücke und Fernsehspiele. Die Autorin erreichte in all den Jahrzehnten mit ihren nahezu 30 Büchern einen beachtlichen Leserkreis. Als Zweiundzwanzigjährige legte sie ihren ersten Roman „Handwerk hat goldenen Boden“ vor, für den sie keinen Verleger fand und der erst 1970 unter dem Titel „Kleine Leute“ erschien.

Nach ihrem Roman „... damit du weiterlebst“ (1949) über die Widerstandskämpfer Hans und Hilde Coppi erschien 1950 „Ein Kind für sich allein“, in dem die Autorin Konflikte alleinstehender Frauen

aufgriff. Einen endgültig festen Platz sicherte sich Elfriede Brüning mit ihren Büchern „Regine Haberkorn“ (1955), und „Gabriele, ein Tagebuch“ (1956), die breit diskutiert wurden und hohe Auflagen erreichten. Mit ihrem Buch „Kinder ohne Eltern“ (1969) bemühte sich die Autorin um die Gestaltung von Jugendfragen und fürsorgliche Aufgabenstellungen. Ihr Buch „Partnerinnen“ (1978) enthielt vier erzählerische Monologe von Frauen verschiedener Generationen. „Zu meiner Zeit – Ausgewähltes aus vier Jahrzehnten“ (1978) bildete ein Stück Autobiographie und eine Bilanz der Autorin. In ihrem Roman „Wie andere Leute auch“ (1983) erzählte sie wiederum eine Geschichte über Frauen aus deren Sichten. 1986 legte sie sieben Geschichten über Lebenswege von Frauen in „Altweiberspiele“ vor. Autobiographische Reminiszenzen gaben der Sammlung einen besonderen Reiz. In ihrem Buch „Lästige Zeugen?“ (1990) faßte sie die Schicksale von vier Frauen zusammen, die teils jahrzehntelang schweres Leid hatten tragen müssen und dazu verurteilt waren, darüber zu schweigen. 1994 legte die Autorin ihren Roman mit einer

zeitlosen Liebesgeschichte „Und außerdem ist Sommer“ und ihre Autobiographie „Und außerdem war es mein Leben“ vor. Zu Beginn des neuen Jahrtausends folgten eine „Zeit-Besichtigung“ in dem Erzählband „Spätlese“ (2000) und Geschichten von acht Frauen in „Gefährtinnen – Porträts vergessener Frauen“ (2004). Elfriede Brünings Bücher sprachen und sprechen fast ausnahmslos Verstand und Gefühl an. Sie stellte immer wieder Lebenswege und Schicksale, Entscheidungen und Konflikte von sehr unterschiedlichen Frauen aus mehreren Generationen im 20. Jahrhundert vor. Der Autorin gelang es unpathetisch und überzeugend, ungeschminkt bittere Wahrheiten vor dem jeweiligen historischen Hintergrund zu vermitteln und zu erhellen. Wiederholt entriß sie ungewöhnliche Frauenschicksale dem Vergessenwerden. Sie packte auch sogenannte heiße Eisen an, so in ihrem ABF-Roman „Vor uns das Leben“ (1952). Elfriede Brüning setzte sich für eine allseitige Emanzipation der Frauen in der DDR ein. Die Schriftstellerin blieb bis ins hohe Alter produktiv.

Dieter Fechner

An der Staatsgrenze gefallen

Mit dem Band „Beim Grenzschutz getötet“ haben die Autoren interessierten Lesern der hauptsächlich von Kurt Frotscher und Wolfgang Krug bereits geschriebenen Sachbücher „Die Grenzschießung 1961“, „Grenzdienst im kalten Krieg“ und „Im Namen des Volkes. Grenzer vor Gericht“ ein weiteres lesenswertes „Grenzerbuch“ hinzugefügt. Es ist ihnen gelungen, den Soldaten der DDR, die beim Schutz ihrer westlichen Staatsgrenze ermordet wurden, ein Denkmal zu setzen. Die vorliegende Arbeit ist auch deshalb von besonderem Wert, weil die offizielle Politik der BRD und der durch sie gesteuerten Medien nicht müde wird, die DDR und deren Hoheitsträger weiterhin zu delegitimieren und die Scheiterhaufen der politischen Inquisition am Brennen zu halten. Die Siegerjustiz hat – wie in allen sogenannten Grenzerprozessen – insgesamt über 100 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das Rückwirkungsverbot wurde und wird mißachtet, die Menschenrechtskonventionen sind außer Kraft gesetzt worden, die Regelungen des „Einigungsvertrages“ werden bewußt beiseite geschoben.

Den Autoren kommt das Verdienst zu, diese Fakten klar benannt zu haben. An der Darstellung der Lebensläufe der ermordeten Angehörigen der Sicherheitsorgane der DDR und der Grenztruppen, die seit

1949 mit dem Schutz der Staatsgrenze beauftragt waren, wird deutlich, daß diese ihren Fahneid verantwortungsbewußt erfüllten. Wir verneigen uns vor den Toten, die Opfer des kalten Krieges, des verdeckten Krieges gegen die DDR wurden. Nicht die Politiker der DDR haben Deutschland geteilt, sondern die Westalliierten und deren Helfer in Bonn. Diese Zusammenhänge werden durch Frotscher und Liebig präzise herausgearbeitet. Kritisch ist anzumerken, daß in einzelnen Abschnitten des Buches verwirrende Formulierungen aus dem Sprachgebrauch politischer Gegner verwendet und historische Abläufe unkorrekt dargestellt werden. So ist z. B. im Kapitel „Über die damalige Zeit“ von „Auswüchsen übertriebener Sicherheitsbedürfnisse auf DDR-Seite“ die Rede. Das untergräbt die eigene Argumentation der Verfasser. Auch die Abläufe des 17. Juni 1953 werden ungenau beschrieben. Hilfreich wäre hier vielleicht die Nutzung der sachlichen Argumente aus der Erklärung zum 50. Jahrestag des 17. 6. 1953 des Berliner Alternativen Geschichtsforums gewesen. DDR-verbundene Leser werden sicher auch beim Umgang mit bestimmten Vokabeln („Vorwendezeit“, „Mauertote“, „Humanisierung des Grenzregimes“, „Ursachen des Endes der DDR“ usw.) Einwände erheben.

Ja, wir ehren die Toten des kalten Krieges. Wir tun das aber nicht in Gemeinschaft mit jenen Kräften, die direkt oder indirekt für die Opfer auf beiden Seiten verantwortlich waren. Diese Kritik gilt weniger den Autoren als dem Verlag; er stand in der Pflicht, historische Genauigkeit anzulegen.

Positiv ist hervorzuheben, daß Kurt Frotscher und Horst Liebig für das Verständnis der Gesamtproblematik wichtige Gesetzestexte und völkerrechtlich relevante Dokumente als Anlagen beigefügt haben. Jedoch ist der Verweis auf „Grenzmuseen“ und ähnliche von Antikommunisten eingerichtete „Mahn- und Gedenkstätten“ aus Sicht des Rezensenten absolut fehl am Platz.

Wir sollten uns, was die Verunglimpfung der DDR durch ihre Feinde betrifft, stets der Worte Bertolt Brechts bewußt sein: „Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere. Und zurück bleibt die Lüge!“ **Adolf-Eduard Krista**

Kurt Frotscher/Horst Liebig: „Opfer deutscher Teilung. Beim Grenzschutz getötet“, GNN Verlag, Schkeuditz 2005, 216 Seiten, 12 Euro, ISBN 3-89819-198-2

Der breite Protest in der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre hat ein Jahrzehnt lang für aufregende Ereignisse gesorgt und tiefe Spuren in unsere Gesellschaft gegraben. Man sollte meinen, daß der große Aufbruch für Schriftstellerinnen und Schriftsteller ein herausragendes Sujet ist und eine Fülle von Gedichten, Romanen, Erzählungen und Dramen die Studentenrevolte, die Betriebskämpfe, den Widerstand gegen die Atomkraftwerke zum Thema haben. Dem ist nicht so. Wie bei der Französischen Revolution, die nur in einigen Werken zentral thematisiert wurde, gibt es ausgesprochen wenig Roman- und Dramen-Literatur mit der 68er Bewegung als Gegenstand, weder als zeitgleiche Literatur noch aus der über dreißigjährigen Distanz.

Um so beachtlicher ist Schöfers Vorhaben, in vier Romanen deutsche Gesellschaftsgeschichte von 1968 bis 1989 aus der Perspektive der linken Oppositionsbewegung zu erzählen – ein geradezu einmaliges Vorhaben, zu dem der Autor, Jahrgang 1931, die besten Voraussetzungen hat. Schöfers bewegtes Leben als politischer Schriftsteller ist eng mit der Geschichte der Protestbewegung verknüpft, an zentralen Ereignissen hat er selbst aktiv und sogar initiiert teilgenommen, von den Protestdemonstrationen gegen die Notstandsgesetze über den Kampf um die Erhaltung der hessischen Glashütte Süßmuth bis zum Aufbegehren gegen die Schließung des Mannesmann-Stahlwerkes Reisholz bei Düsseldorf und dem Aufbau der Werkstätten des von Schöfer 1969/70 mitgegründeten und gemanagten Werkkreises Literatur der Arbeitswelt. Nach dem ersten Roman „Ein Frühling irrer Hoffnung“ (2001), der die Ereignisse von Ostern 1968 bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetze Ende Mai zum Thema hat, und dem zweiten Roman „Zwielicht“ (2004), der in den 70er Jahren angesiedelt ist, setzt der neue Roman „Sonnenflucht“ (2005), dessen Handlung 1980 in Griechenland spielt, die Geschichte fort.

Wohin führt der Weg der Neuen Linken am Ende der 70er Jahre? Zur Kehrtwende? In die Anpassung, Korruption? Ins private Schneckenhaus? Oder in die Ausgrenzung, Existenzvernichtung, ins politische Abseits? Schöfer hat darüber einen bewegenden Roman geschrieben. Viktor Bliss, der weder Hochschuldozent noch Geschichtslehrer werden durfte und dessen zweite Ehe scheiterte, ist Ende 1979 vor dem Rollback in der BRD auf die griechische Insel Leros in der Ägäis geflohen. Sein Freund Manfred Anklam, politisch aktiver Betriebsratsvorsitzender, will Bliss aus dem „Exil“ nach Deutschland zurückholen; er gerät selbst in Schwierigkeiten: Er wird gefeuert.

Der Roman vergegenwärtigt und bewahrt die Erinnerung an eine Linke, die erhebliche Veränderungen in Gang setzte, ihr Ziel, eine humane sozialistische Gesellschaftsordnung, jedoch verfehlte. In diesem Kampf gab es auch in den privaten Beziehungen Niederlagen. Für die Protagonisten, an sich psychisch stabile Cha-

raktere, wird es eng. Bliss ist die sinnlose Ermordung einer jungen Kommunistin der Höhepunkt seiner Depression. Die Beschädigung seines inneren Selbst führt zur Beschädigung des Körpers: Schon eingangs liegt der Held, bewegungsunfähig, mit schweren Verbrennungen im Krankenhaus, mit der Außenwelt nur verbunden durch die Tonbandbriefe der Griechin Katina, der engsten Freundin der ermordeten Sotiria, die Bliss gerade erst kennengelernt hatte.

Das Faszinierende an diesem Roman ist die Verdichtung von individueller, privater und politischer Geschichte. Mitreißend Schöfers Stil, das Innenleben seiner Figuren in Handlungen und Alltagsge-

stalten, Bliss' und Anklams – vermeidet ein Abgleiten in einen erotischen Kriminalroman, es erzeugt eine Klarheit des Romanaufbaus, dem die politische Haltung des Gesamtromans entspricht. Es ist zugleich ein sinnliches Buch über Griechenland in der Sommerhitze, keine romantische Verklärung, sondern detailgenau realistisch in den Kontrasten von Naturschönheit und zivilisatorischen Unsäglichkeiten und den Phantasien zu den politischen Orten der jüngsten Geschichte.

Die emotionale Anteilnahme von uns Lesenden ergibt sich auch aus der historischen Realistik. Die Ermordung von Sotiria Vasilakopoulou am 28. Juli 1980

Aus der Perspektive der linken Opposition

sprächen zu zeigen ohne weitschweifige Gefühlsausbrüche, aber mit einer Sprachkraft sinnliche aktuelle Wahrnehmungen und Reflexionen über die eigene Lebens- und die gesellschaftliche Geschichte zu verdichten. Der resignative Bliss und der optimistische, aber Musils „Mann ohne Eigenschaften“ lesende Anklam sind ein hinreißendes Gespann von akademischer Intelligenz und kämpferischem Proletariat. Das Erzählen der dramatischen Geschehnisse aus zwei unterschiedlichen Zeitebenen und drei Perspektiven – Ka-

in Athen ist wahr wie die Geschehnisse in den beiden ersten Bänden. Schöfer öffnet mit seinem dritten Sisyfos-Roman die deutsche Perspektive zur europäischen. Die bewegte Geschichte Griechenlands seit 1945 und die Rolle der Linken tritt ins Blickfeld, vermittelt über die aktuellen Betriebskämpfe der Arbeiterschaft. Der Roman gerät zu einer Hommage für den griechischen Dichter und Kommunisten Jannis Ritsos, von dem Schöfer ein Werk selbst ins Deutsche übersetzt hat. In die Trauerfeier für Sotiria mischt sich die Trauer über die Machtlosigkeit der europäischen Linken.

Der Roman ist in der Substanz der Handlung unter dem Titel „Tod in Athen“ schon 1986 erschienen. In der veränderten und erweiterten Fassung und der Verzahnung mit den beiden später geschriebenen, aber in der Romanzeit vorausgehenden Werken verschärft sich seine größere politische Perspektive und aktualisiert sich das Interesse an den Hauptfiguren.

Die Sisyfos-Tetralogie wird und ist schon die authentischste Romandarstellung bundesdeutscher Geschichte der linken Bewegung vom Aufbruch in den 60er Jahren bis zum Ende der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik. Ein politischer Zeitroman der Gegenwart, dessen Realismus gerade deswegen überzeugt, weil keine politische Programmatik dahintersteht. Schöfer will nicht belehren und nicht rechtfertigen, seine Figuren erleben Geschichte und handeln in ihr in jenen Widersprüchen von privaten und politischen Interessen, die überall vorkommen und die bar jeder Heroik sind, aber die Geschichte der Gesellschaften ausmachen. **Prof. Dr. Rüdiger Scholz**



Erasmus Schöfer: *Sonnenflucht*. Roman. Die Kinder des Sisyfos [Bd. 3], Dittrich Verlag Berlin 2005, 380 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-937717-16-1

Von Bismarck auf die Preiselbeeren

Die Bücher von Armin Stolper gehören für mich zu den wichtigsten Lektüre-Erlebnissen beim kritischen Blick auf die heutige Realität in Deutschland. Er ist die Stimme des politisch wachgebliebenen DDR-Bürgers. Immer wenn ich fürchte, mich vielleicht verrannt zu haben bei meiner eigenen kritischen Sicht, brauche ich nur ein Buch von Stolper aufzuschlagen und finde mich bestätigt. So ging es mir mit „Meine Lausitzer Kommune“ wie mit dem Büchlein „Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks“ u. a. Letzteres wurde m. E. in der linken Kritik zu Unrecht gescholten; jeder Autor hat das Recht auf seine subjektive Haltung zu einem anderen Autor, und ein Büchlein aus aktuellem Anlaß darf auch mal mit schneller Feder geschrieben werden.

Die Theaterleidenschaft des Autors ist bekannt und kommt auch in anderen Büchern zum Ausdruck wie z. B. „Die fünf roten Hunderter“ über Ernst Busch, Helene Weigel, Karl von Appen, Wolfgang Heinz, Hans Otto. Diesem Buch folgte „Noch ein roter Hunderter“ über Wolfgang Langhoff. Nicht zu vergessen „Auf den Bäumen trägt man Frack“ – Notizen zum Leben in einem unvergessenen Lande – so der Untertitel, Geschichten aus der DDR, die berühren, anrühren, erheitern, nachdenklich stimmen. Die Lebensart in der DDR ist eine besondere Strecke in den Büchern Stolpers. Als Theatermann ist er per se ein guter Beobachter von Charakteren und Verhaltensweisen. Die Schreibart Stolpers ist immer unterhaltsam, wobei er auch grimmige und grobe Töne nicht scheut, wenn es gegen seine humanistische Weltsicht geht. – Im Büchlein über Langhoff schreibt er einen bezeichnenden Satz am Ende eines Gedichts: „Das Deutschland, von dem Langhoff spricht. Das Deutschland gibt's bis heute nicht.“ Aber gerade in diesem Deutschland, das

es bis heute nicht gibt, ist Armin Stolper unterwegs im Buch „Mit Bismarck nach Bad Kissingen. Mit Heine im Kastanienwäldchen“. Eigentlich sind es zwei Bücher in einem für denselben Preis, könnte man als Werbespruch formulieren.

„Mit Bismarck nach Bad Kissingen“ ist das Ergebnis einer mehrwöchigen Kurreise des Autors mit seiner Frau, unterteilt in über 40 Beiträge, Berichte, Schilderungen über Land und Leute natürlich, über das, was der Autor erlebt, aber auch Rück Erinnerungen an Freunde, von denen der Autor viele hat, an noch lebende, aber auch an solche, die gerade in dieser Zeit beerdigt werden. Vieles ist mit Fleiß und Verstand über die Historie recherchiert und wird mit dem kritischen Blick des DDR-Bürgers berichtet. Das ist wieder das Unverwechselbare bei Stolper, daß er Dinge sieht und beschreibt, die ein Alt- oder Neubundesbürger oft gar nicht sehen würde.

Da kommt natürlich der berühmte Kurgast Bismarck ins Spiel, aber auch andere historische Persönlichkeiten und Begebenheiten, so daß man gelegentlich schon nachschlagen muß, z. B. über die alte Stadtgeschichte Kissingens und das Dritte Reich (Kurzfassung), die Russen in Kissingen etc. Der Autor zitiert und bemüht Fontane, dem er hier durchaus heiteren Gemüts und auch in der Form der Beschreibung nacheifert. Dieser Teil des Buches ist in Ich-Form erzählt, im Grunde eine Mischung zwischen Mini-Essays und Feuilletons, immer leicht ironisch, nie unpolitisch, und trotzdem brauchen sich die Bayern nicht auf den blau-weißen Schlips getreten zu fühlen. Es wird über viele Dinge berichtet, die durchaus thematisch weit auseinander liegen und auch gegensätzlicher Natur sind. Meine schlesische Großmutter hätte dazu gesagt: „Er kommt von Bismarck auf die Preiselbeeren“, wenn einer beim Erzählen

vom Hundertsten ins Tausendste kam. Sie mochte solche Erzählweise, wie ihr Enkel auch. Letztlich kommt es auf den Blickpunkt, nämlich den kritisch-originellen, des Schriftstellers an, der seine sozialistischen Überzeugungen nicht leugnen kann und in seinen Feuilletons, aus denen sich das Buch zusammensetzt, die Wirklichkeit nicht schön, wie es die bürgerlichen Kollegen zur Genüge tun.

„Mit Heine im Kastanienwäldchen“ ist ähnlich in der Konstruktion, schärfer und kritischer, härter gegenüber der heutigen kapitalistischen Berliner Gegenwart. Der Autor wechselt die Erzählperspektive, spricht von sich in der dritten Person als „der Alte“, was den Stil etwas behäbig macht. Die Ich-Form scheint mir für Stolper lebendiger, der für meine Empfindung immer einen modernen, fast jugendlichen Blick auf die Wirklichkeit hat, auch wenn er mit seiner Enkelin kokettiert. Meine spontane Erwartungshaltung indes war, daß Heine gelegentlich mehr mit Worten aus eigenen Werken antworten würde beim Reflektieren über die heutigen Berliner Verhältnisse. Auch im zweiten Teil des Buches steckt eine Fülle von Material, wobei mir mitunter beim Lesen die Klammer verlorenging, ohne daß dies meine Leselust beeinträchtigt hätte. Hervorhebenswert aus meiner Sicht die wiederkehrenden Rubriken „Aus den Notizen eines alten Friedhofgängers“ sowie die dazwischengestreuten politischen Gedichte: „Schweijks Kommentar“, „Stalins Beschwerde“, „Fidels Mahnung“ und andere. Nicht vergessen möchte ich eine Besonderheit von Armin Stolper: Er ist ein Menschensammler eigener Art und versteht es, diese Menschen vorzustellen.

Manfred Hocke

Armin Stolper. *Mit Bismarck nach Bad Kissingen & Mit Heine im Kastanienwäldchen*, GNN Verlag, Schkeuditz 2005, 292 S., 15 €, ISBN 3-89819-207-5



Für marktwirtschaftliche Verhältnisse!
Aus „Trudowaja Rossija“



HERRESBACH



Mit großem Interesse las ich in der November-Ausgabe des „RotFuchs“ den Artikel von Dr. Peter Fisch über den Pariser Schriftstellerkongreß 1935. Auf ihm trat auch Jan Petersen (damals noch Hans Schwalm) auf und überbrachte Grüße der in Deutschland verbliebenen und nun illegal arbeitenden Schriftsteller aus Berlin, zu denen damals auch ich gehörte. Petersen trat auf mit einer schwarzen Maske vor dem Gesicht, um nicht erkannt zu werden, denn sicher saßen unter den Kongreßteilnehmern auch Gestapospitzel. Er konnte dann nicht mehr nach Deutschland zurückkehren, sondern emigrierte nach England, wo bald darauf sein Buch „Unsere Straße“ erschien – das einzige Buch, das unter illegalen Bedingungen im Herzen des Dritten Reiches geschrieben wurde. Wir übrigen noch in Berlin gebliebenen und illegal arbeitenden Schriftsteller wurden im Oktober 1935 verhaftet, da uns ein Spitzel verraten hatte. Kurt Steffen, der letzte Leiter der Berliner Gruppe des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller – erhielt fünf Jahre Zuchthaus, die anderen kamen mit milderen Urteilen – meist ein oder zwei Jahre Gefängnis – davon. Ich saß im Frauengefängnis Barnimstraße zunächst in Untersuchungshaft, später in Schutzhaft.

Heute bin ich die einzige Überlebende der früheren Bundmitglieder. Vor wenigen Tagen bin ich 95 geworden, bin aber zum Glück noch relativ gesund und munter. **Elfriede Brüning, Berlin**

Herzliche Grüße dem Chefredakteur, allen Mit-schöpfern, Lesern und Sympathisanten des „Rot-Fuchs“ aus der Volksrepublik China, wo ich mich in der Universitätsstadt Wuhan für einige Zeit zu wissenschaftlicher Arbeit aufhalte und Material sammle. Eine feste Umarmung von **Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wroclaw**

15 Jahre nach der Vereinnahmung der DDR durch die BRD stellt sich immer wieder die berechnete Frage nach dem Ergebnis. Ist, wie einst Willi Brandt formulierte, zusammengewachsen, was zusammengehört? Darauf gibt es nur eine Antwort: Nein!

Die Verkünder der blühenden Landschaften haben Ostdeutschland gezielt in den Ruin getrieben. „Die Ergebnisse bei der gewollten Vernichtung der DDR-Wirtschaft sind in der neueren Geschichte der Menschheit einmalig. Sie übertreffen selbst die Folgen des 2. Weltkrieges“ (K. Blessing u. a.). Die bewußte Diffamierung und unglaubliche Mißachtung der Leistungen der DDR-Bevölkerung beim Wiederaufbau durch Angela Merkel anläßlich der Weihe der Dresdener Frauenkirche zeugt ebenso von der Wirkweise der verordneten Gedenkpolitik wie die Ablehnung des DDR-Kinderliedes „Kleine weiße Friedenstaube“ durch die Leiterin eines evangelischen Kindergartens in Plauen.

Selbst in einer Programmankündigung von PHOENIX hieß es am 1. November. „Die Eisläuferin (gemeint ist K. Witt) wurde Europameisterin, Weltmeisterin und Olympiasiegerin. Ihren Erfolg schrieb sich die marode DDR auf die Fahne.“ **Dr. Rudolf Drux, Dessau**

Aus meiner Heimatstadt Liegnitz vertrieben, weil die Front näher kam, flüchteten wir bei 20 Grad minus in einem letzten überfüllten Eisenbahnzug in vielstündiger Fahrt zu Verwandten nach Dresden und erlebten dort das schlimmste Inferno der Vernichtung einer Kunst- und Kulturstadt. Selbst verschüttet, entkamen wir – Mutter und Bruder, Großmutter, Tanten und Kinder zwischen 5 und 13 Jahren – knapp dem Flammentod. Ortsunkundig irrten wir zwischen den Trümmern umher, umgingen Leichen, ausgebrannte Autos und Straßenbahnwracks ... Wir konnten nicht glauben,

daß wir mit Brandwunden und einigen leichten Verletzungen dem Tode entronnen waren ... Am 15. Februar 1945 sah ich, wie die Frauenkirche mit einem dumpfen Knall zusammenfiel. Ich kann nur bestätigen, daß sich hier in Nordrhein-Westfalen kaum jemand um die pompöse Weihe der Dresdener Frauenkirche am 30. Oktober gesichert hat. Im Blickfeld waren das Abschneiden des Fußballvereins Schalke 04 und die blamable Niederlage der Mannschaft im Intercup ...

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Tief beeindruckt bin ich von dem „RotFuchs“-Gespräch mit Egon Krenz. Es ist widerlich und tragisch, daß jener Mann strafrechtlich verfolgt und diskriminierend behandelt wurde, dem dafür zu danken ist, daß er in der Zeit der konterrevolutionären Umbruchphase in der DDR 1989/90 einen Bürgerkrieg und darüber hinausgehende bewaffnete Auseinandersetzungen mit verhindert hat. Damit blieben uns Blutvergießen und menschliche Tragödien in großer Zahl erspart. Ich halte es für ungeheuerlich, daß der Verräter Gorbatschow, der sein Volk in hinterhältigster Weise in den sozialen Ruin getrieben hat, heute als Held der „Befreiung der Menschen vom kommunistischen Joch“ gefeiert wird. Aus all dem kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Bündelung der linken Kräfte. Wir dürfen in der Forderung nach wahrer Demokratie und Gerechtigkeit nicht nachlassen.

Walter Krüger, Dudinghausen

Im November-„RotFuchs“ ist Frank Mühlefeldt im Gespräch mit Egon Krenz. Ich empfinde die dort getroffenen Aussagen als sehr wohltuend, zumal wir ihn in einer Veranstaltung der Regionalgruppe Rostock am 23. Februar dieses Jahres persönlich erleben konnten. Es ist schon übel, wie die politische Führung Deutschlands mit dem ehemals höchsten Repräsentanten der DDR umgeht! Sehr treffend fand ich seine Wertung zur Person Putins, der als ehemaliger Oberst im KGB heute Rußlands Präsident sein kann.

Auch ich war Oberst – im Bruderorgan des KGB! Doch meine weitere Entwicklung unterscheidet sich grundlegend. 1990 als Lehrer/Erzieher mit Berufsverbot belegt und selbst als Hausmeister einer Schule politisch nicht tragbar, trifft mich nun wie andere ehemalige Angehörige des MfS die Strafreute in voller Härte, zumal ja noch die abgezogenen Punkte für die vorzeitige Rente nach nicht verschuldeter Arbeitslosigkeit dazukommen. Da der „RotFuchs“ sich u. a. auch mit solchen Themen solidarisch auseinandersetzt, ist er seit ca. zwei Jahren meine politische Heimat geworden. Ich wünsche sehr, daß die Mitgliederversammlung am 3. 12. dem „RotFuchs“ einheitlich und geschlossen den Rücken stärkt und von ihr weitere Impulse für den kontinuierlichen Anstieg der Zahl interessierter Leser ausgehen.

Uwe Kramp, Kambs

Egon Krenz spricht das aus, was man so in keiner Tageszeitung lesen wird. In den 15 Jahren seit der „Wiedervereinigung“ ist der Ton uns DDR-Bürgern gegenüber immer schärfer geworden. Die Haßtiraden aus der Zeit des kalten Krieges finden ihre unruhmlische Fortsetzung.

„Es ist eine grauenhafte deutsche Art, das eigene Wesen nur durch Verachtung des anderen zur Geltung zu bringen“, schrieb Kurt Tucholsky bereits 1920. Er hat, wie so oft, recht mit seiner Einschätzung. Und das gilt insbesondere für den Umgang mit Kommunisten, die inzwischen die Schuld an jeglichen Unbildern der Menschheit tragen. Mit der fortschreitenden Erfolglosigkeit des „Sozialstaates“ BRD wird der Haß auf das, was die DDR war, noch zunehmen. Selbst der frühere Innenminister Diestel beklagt sich in der „Super Illu“ (34/2005), daß er in der DDR unter einem kommunistischen Joch leben müssen. Was will man da erst von Leuten erwarten, die die DDR nicht kennen und vom Schwingen der Stasi-Keule inzwischen so entkräftet sind, daß sie Schwierigkeiten haben, eine handlungsfähige Regierung auf die Beine zu stellen. **Horst Hahn, Rowa**

PDS-Vorsitzender Lothar Bisky ließ seine ND-Gastkolumne zum „Tag der Einheit“ verblüffenderweise mit der Forderung überschreiben „Vereinigung nachholen“. Zu fragen wäre: Wer soll und will denn wie welche Vereinigung nachholen? Daß die „Krupps“ wieder über die „Krauses“ herrschen, war doch erklärtes Ziel der Imperialisten, die ihre Aktion als „Wiedervereinigung“ tarnten. Lothar Bisky nennt das einen „Geburtsfehler, der aus der Vereinigung einen Anschluß gemacht hat, (der) bis heute nicht ausgeheilt ist“. War der „Anschluß“ von den damals Agierenden – Schäuble hat das ungeniert ausgesprochen – nicht geplant und gewollt? Ist der „Geburtsfehler“ der Bismarckschen „Reichseinigung“ je geheilt? Nach Bisky „ist dieses kleine Land DDR mit dem großen Anspruch und dem ängstlich kleinlichen Geist seiner Führung an sich selbst gescheitert“.

Welchen Anspruch hätte denn das „kleine Land“ erheben dürfen? Frieden und Überwindung der Ausbeutung waren zu große Schuhe? Sagt Bisky nicht selbst, daß „in einem Land (er meint die DDR) soziale Sicherheit – ohne die notwendige materielle Untersetzung zwar und ohne demokratische Freiheiten – Alltag war“? Damals also soziale Sicherheit ohne demokratische Freiheiten – und heute? Wieviel und welche Freiheiten haben Arbeits- und Obdachlose? Am „Scheitern“ der DDR ist nur der „kleinliche Geist ihrer Führung“ schuld? **Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden**

Mindestens 90 % der Beiträge im RF sprechen mir aus dem Herzen, finden meine volle Zustimmung. Die ausgewählten Leserbriefe sehe ich mir oft zuerst an, weil sie kurz und auf Wesentliches konzentriert sind. (Auf viele würde ich gern mit einer Meinungsäußerung reagieren.)

Besonders angetan war ich von dem Brief des Genossen Wolfgang Herrmann aus Dreesch. Er bringt Probleme zur Sprache, um die wir bisher überwiegend einen großen Bogen gemacht haben: die ehrliche und wahrheitsgemäße Schilderung des Ablaufs der Konterrevolution in den Jahren 1989 und 1990. Warum wurde wer und in welcher Reihenfolge vom politischen Gegner angegriffen? Wie wurden die Sicherheit, die Partei, die Volkspolizei, die NVA, der Staatsapparat, die VEB, der FDGB und die anderen Organisationen oder Verbände schrittweise verleumdet, bekämpft und liquidiert sowie deren Eigentum vereinnahmt? Darüber können zahlreiche kompetente Insider Auskunft geben. Hoffentlich dokumentieren diese bald jenen bitteren Abschnitt unseres Lebens – die Phase der Niederlage. Wir leben nicht ewig, und unsere Enkel müssen die Wahrheit erfahren, damit sie beim nächsten sozialistischen Anlauf unsere Fehler nicht wiederholen.

Horst Jäkel, Potsdam

Ich möchte den Artikel von Wolfgang Clausner aufgreifen (Ihre Werte – unsere Werte, RF Oktober 2005), um den notwendigen nächsten Schritt zu gehen, nämlich herauszuarbeiten, wie die Art der Mitteilung denn aussehen soll, der heutigen jungen Generation die DDR-Wirklichkeit zu vermitteln. Ich hatte das Privileg, 24 Jahre dieser anderen Gesellschaftsordnung miterleben zu dürfen (ich sage dies aus heutiger Sicht, denn vieles war damals so selbstverständlich für mich). Es waren genau die in dem Artikel genannten Werte, welche diese (unsere) Gesellschaftsordnung so überlegen machten gegenüber der heutigen, die unsere Lebensgrundlagen (Natur) zerstört und die das menschliche Dasein der Nettokapitalrendite der Gates, Albrechts und sonstiger superreicher Clans sowie Tradern und Spekulanten an den Börsen dieser Welt unterordnet. Ich sehe es als eine ausgesprochen lohnenswerte und wichtige Aufgabe, den Jungen die wirklich bedeutsamen Werte auch in Form von eigenen Erfahrungen und Erlebnissen zu vermitteln, und es ist mir ein Bedürfnis, dazu einen eigenen Beitrag zu leisten. Es ergibt sich daraus die Frage, wie diese Wertevermittlung praktisch aussehen soll. Anlaufpunkte in Wohnortnähe für Kinder und Jugendliche selbst ins Leben rufen oder wenn vorhanden mit bestehenden Einrichtungen in Ver-

bindung treten und dort z. B. eine AG gründen? Es gibt aus meiner Sicht zwei entscheidende Hürden zu überwinden. Bei der ersten Variante, selbst etwas auf die Beine zu stellen, bedarf es finanzieller Mittel, die auch selbst aufzubringen wären. Bei Variante zwei muß man damit rechnen, daß so etwas zumindest von Behörden (Senat, Gemeinderat etc.) nicht erwünscht ist. Aber vielleicht gibt es ja noch andere Möglichkeiten. Ich bin gespannt, wie andere Leser darüber denken und welche Anregungen es diesbezüglich gibt. Wenn sich da was Praktisches anschieben läßt, bin ich dabei, und ich meine: Wenn Neonazis an Schulen ihr Hetzmaterial (z. B. CDs) verteilen und Schulabgängern beim Schreiben von Bewerbungen in ihren Einrichtungen behilflich sind, dann ist es höchste Zeit, tätig zu werden.

André Koletzki, Berlin

Anfang Juni ist der offizielle Startschuß unserer Jugendbibliothek Gera e. V. gefallen. Bereits in den Aufbaumonaten sowie in der Zeit nach der Eröffnung wuchs das Interesse ihrer Nutzer stetig an. Das ist eine Tendenz, die uns positiv und optimistisch stimmt. Allen, die uns, wie der „RotFuchs“, unterstützt haben – z. B. dadurch, daß sie uns regelmäßig ihre Zeitschrift zusenden –, gilt unser herzlichstes Dankeschön. Ihre Spenden ermöglichen unseren Nutzern den Zugriff zu wertvoller Literatur und die Teilhabe an Ideen und Engagements. Wir als Betreiber der Jugendbibliothek sehen eine unserer Hauptaufgaben darin, den Lesern ein breites Spektrum an Literatur und Lesestoff kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Wir schätzen uns glücklich, ihnen bereits mehr als 5000 linke Bücher und fast jede aktuelle kapitalismuskritische, antifaschistische Zeitung oder Zeitschrift anbieten zu können.

Bitte beachtet, daß wir uns einzig und allein auf ehrenamtlicher Basis organisieren. Wir können nur aufgrund der Spendenbereitschaft und der freiwilligen Mithilfe unserer Freunde und Förderer vorankommen. Viele unserer jungen Helfer und Nutzer sind Schüler, Auszubildende, Studenten, Arbeitslose und andere sozial benachteiligte Menschen.

Unsere Adresse: Jugendbibliothek Gera e. V., GP Keplerstraße 34–36, 07549 Gera, Telefon 0365/8352065
Marco Schaub, Gera

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, sagt das Grundgesetz. Das muß Ulla Schmidt wohl gelesen haben. Als Sozialministerin der großen christlich-sozialdemokratischen Koalition verkündete sie uns nämlich eine frohe Botschaft: Menschenwürdiges Sterben soll ermöglicht werden.

Früher dachte ich, Ziel von Gesellschaftsordnung sollte die Gestaltung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Doch da unser Staat handlungsunfähig ist, weil er bei seinem eigenen finanzpolitischen Instrument (I), der Bundesbank, hochverschuldet und seinem eigenen Werkzeug also hörig ist, keinen eigenen Gestaltungsspielraum mehr hat, wie er uns immer wieder beteuert, sorgt er sich nun nur noch ums Sterben. Nicht ums eigene, Gott bewahre! Die ungeteilte Sterbefürsorge gilt dem geliebten Volke. Man selbst hat ja noch ganz andere Sorgen: Regierungssämter erhaschen, Aufsichtsratsposten ergattern, Diäten aufstocken ... Alles im Namen des Volkes. Denn gemäß Art. 20 Abs. 2 GG „geht alle Staatsgewalt vom Volke aus“. Absatz 4 gesteht sogar „allen Deutschen das Recht zum Widerstand zu gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen“. Das haben sie längst unternommen, die Großunternehmer. Beseitigt haben sie die Volksherrschaft (Demokratie) und sie durch ihre Geldherrschaft ersetzt. Entmachtet, zu sinnlos parlamentarisierenden, planlos reformierenden, scheinbar eifrig regierenden, in Wahrheit aber zu nur noch hilflos an güldenen Fäden zappelnden Marionetten entwürdigt haben sie unsere geldscheinhelligen sogenannten Volksvertreter. Wir aber müssen uns endlich wehren, sind zum

Widerstand nicht nur gemäß GG berechtigt, sondern zur Bewahrung unserer Menschenwürde sogar verpflichtet.
Jürgen Kuhlmann, Dabel

Der Artikel von Dr. Siegfried Stein in der November-Ausgabe bedarf einer Richtigstellung und einer Ergänzung.

Otto Möller war Vizepräsident der Landeskommission für Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Er gehörte der CDU an. Später trat er aus ihr aus, blieb zunächst parteilos und wurde dann nicht Mitglied der DBD, sondern der NDPD, in deren Reihen er bis an sein Lebensende blieb. Über die Bodenreform in Mecklenburg kann man nicht schreiben, ohne den früheren KPD-Landtagsabgeordneten Ernst Goldenbaum zu nennen. Als Kreissekretär der KPD und Bürgermeister seiner Heimatstadt Parchim erläuterte er am 7. September 1945 auf einer Kundgebung vor dem Gutshaus in Severin, in dem der Großindustrielle und Kriegsgewinnler Günther Quandt gemeinsam mit Hitler, Goebbels und Darré seine Feste feierte, vor Bauern und Landarbeitern der umliegenden Dörfer die Verordnung über die Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Bald darauf wurde Goldenbaum zum Geschäftsführer der Landeskommission für die Bodenreform berufen. Diese Funktion versah er bis zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der DBD im Jahre 1948.

Ernst-Otto Christalle, Berlin

Kurz meine Meinung zum Beitrag von Prof. Ingo Wagner in Nr. 93 des RF. In jedem Satz stimme ich mit ihm überein. Während meiner kürzlichen Herzkur in Falkenstein diskutierte ich viel mit meinen Mitpatienten und auch mit Therapeuten. Das Fazit ihrer Meinungen: So wie es ist, darf es nicht bleiben. Aber die DDR wollte kaum jemand zurück, trotz ihrer allgemein anerkannten hervorragenden sozialen Bedingungen. Ältere wollen ihre Kleingartenidylle und ab und zu eine Reise machen. Motto: „Wir können sowieso nichts ausrichten.“ Jüngere schwärmen vom Auswandern nach Australien oder Kanada. Motto: „Die Menschheit ist doch nicht zu retten.“

Meine Meinung: Ein neuer Gesellschaftsentwurf ist dringend vonnöten. Dabei darf die marxische Lehre, daß die Produktionsweise des materiellen Daseins den sozialen, politischen und kulturellen Lebensprozeß überhaupt bedingt, niemals vergessen werden. (Das Sein bestimmt das Bewußtsein.) Und: Bei der Analyse unserer Vergangenheit müssen wir im Sinne von Brecht „den Finger auf jeden Posten legen“. Der Mensch lernt nur (wenn überhaupt) aus seinen eigenen Fehlern.

Was den sogenannten subjektiven Faktor betrifft: Geduld, Geduld und nochmals Geduld! Das sollten wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Hoffentlich läßt uns der Klassengegner dazu auch noch die nötige Zeit.

Werner Döring, Hohnstein

Jeden Abend wird man vor den ZDF-Nachrichten gezwungen, sich im Reklameblock von einem Medien-Millionär, einem eingebürgerten farbigen Fußballmillionär und anderen Bestbetuchten pathetisch sagen zu lassen: „Du bist Deutschland!“ Platte Ratschläge folgen, wie dieses Land angeblich auf die Beine gebracht werden kann.

In Wahrheit aber zeigt sich der Welt ein ganz anderes Bild von Deutschland: Verantwortung scheuende oder um Posten schachernde Politiker prägen es ebenso wie solche, die die Arbeitenden noch mehr abzocken wollen. Und die Arbeitslosen sowieso. Die in Deutschland Lebenden sind dabei nur Zuschauer. Wie lange noch?

Gerhard Rosenberg, Berlin

Im Leitartikel der November-Ausgabe wird eine politisch exakte Einschätzung der Lage nach den letzten Wahlen gegeben. Doch was soll die Bemerkung: „Die 54 Abgeordneten der Linkspartei sind allerdings keineswegs Kommunisten.“ Was wäre, wenn sie alle Kommunisten wären?

Die Herausbildung einer linken Bewegung in der BRD, in welcher Blut des Volkes fließt, hat bei den Parteien des Kapitalismus immerhin Ängste

ausgelöst. Die Kommunisten der DKP sollten einen gemeinsamen Weg mit der neuen Linkspartei suchen.
Kurt Neukirchner, Burkhardtsdorf

In der November-Mitgliederversammlung der Basisorganisation „Humanplatz“ der jetzigen Linkspartei sprach der Pankower Bezirksvorsitzende Gernot Klemm. Unter anderem beschwerte er sich darüber, daß eine größere Zahl Genossen während der Einweihung des antikomunistischen „Denkzeichens“ auf dem Gelände des Bezirksamtes Fröbelstraße/Prenzlauer Allee am 22. Oktober öffentlich dagegen protestiert hatte. An diesem Tage übergaben der Berliner Kultursenator Fierl (PDS) und die Stadträtin Nehring-Venus (PDS) eine Art Mahnmal „für Opfer des NKWD und des MfS“ der Öffentlichkeit (s. Beitrag von Dr. Klaus Huhn).

In einem Brief an die Stadträtin verweist die Basisorganisation „Blumenviertel“ der Linkspartei darauf, daß hier „eine nachträgliche Reinwaschung von Nazis erfolgt. Daß nach dem Ende der Nazi-Herrschaft in Deutschland auch Unschuldige von den Besatzungsmächten eingesperrt wurden, ist bekannt. Wenn aber jetzt der Eindruck erweckt werden soll, es habe sich nur um unschuldige Opfer gehandelt, dann hat das mit den Tatsachen nichts zu tun.“ Weiter heißt es in dem Brief: Das ist „nicht nur eine Geschichtsfälschung, sondern erleichtert es auch den Neonazis zu behaupten, es habe keine Nazi-Verbrechen gegeben, sondern nur brutale Russen“. Und da gegen das Vorhaben in der Fröbelstraße massive Einsprüche erhoben wurden, folgt dann der Vorwurf: „Wir bedauern, daß PDS-Vertreter in Leitungsfunktionen auf den Basis so wenig Wert legen.“

Funktionäre der Linkspartei sollten nicht antikomunistische Geschichtsfälschung betreiben, sondern das Zusammenwirken der endlich wieder in Fraktionsstärke im Bundestag vertretenen Linken mit machtvollen außerparlamentarischen Aktionen gegen Militarismus und Sozialabbau organisieren.
Dr. Ernst Heinz, Berlin

Die Grafik von Klaus Parche im Oktober-RF zeigt treffend die derzeitige Situation. Glückwunsch! Sie kennzeichnet, was heute im Vordergrund stehen sollte: eine starke Linkskraft im Bundestag. Dazu bedarf es aber einer gewaltigen Kraft aller Linken im Parlament und bei außerparlamentarischen Aktionen. In Sektierertum verharrten oder den zweiten Schritt (Eigentumsfrage und Sozialismusforderung) vor dem ersten tun, wäre m. E. ein tödlicher Fehler. Die marxistisch-leninistische Theorie muß auf die heutige Wirklichkeit flexibel angewandt werden und darf nicht auf Wunschdenken ausgerichtet sein. So habe ich Marx und Lenin verstanden. Wir sollten uns nicht in theoretischen Floskeln verlieren, sondern praxisbezogen ans Werk gehen. Dabei kommt es auf eine verständliche Sprache und überzeugende Wirkung an.

Nach der nationalen und gesamteuropäischen Niederlage des Sozialismus, bedingt durch eigene Fehler, Renegatentum und Verrat sowie unterschätztes jahrzehntelanges Wirken imperialistischer Geheimdienste zum Abwürgen des Sozialismus ist die Kräftefrage absolut dahingeschmolzen. Daher geht es jetzt vordringlich um das Sammeln und die Stärkung aller Linkskräfte. Darum, ihrer Zersplitterung entgegenzuwirken und auf eine linke Einheits-Volksfront zu setzen, die der Dorn im Auge des Klassenfeindes und die „Stimme, die sie fürchten“ (K. Parche) ist. In diesem Sinne begrüße ich die Ausführungen von Prof. Dr. Ingo Wagner und vor allem das Beispiel der Brandenburger Kommunisten, die die heutigen Aufgaben richtig erkannt haben.

Beachtet werden sollte, daß auch eine seit 1999 bestehende rechte Sammlungsbewegung für einen „deutschen nationalen Sozialismus“ wirbt. Die Macher kommen von rechts und tarnen sich mit linken Phrasen, um gezielt auch im linken Spektrum zu fischen.
Gert Thiede, Suhl

Bekanntlich wurden der Sportpark in Berlin-Neukölln in „Werner-Seelenbinder-Sportpark“ und die

Schwimmbad in Berlin-Marzahn in „Helmut-Beherndt-Schwimmbad“ rückbenannt. Damit wurde politisches Unrecht beseitigt und wurden das Leben und Wirken beider Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime gewürdigt.

Für die Sportredaktion des ND waren die Rückbenennungen keine Zeile wert. Am 26. Oktober 2005 wandte sich der Freundeskreis der Sport-Senioren an Chefredakteur Jürgen Reents mit der Bitte um eine Stellungnahme. Bis zum heutigen Tag blieb dieser Brief jedoch unbeantwortet.

Erhard Richter, Berlin

In „Deutschland – ein Super-Standort“ schreibt Richard Georg Richter: „Immer mehr Produktionsprozesse werden automatisiert ... So vernichtet man Arbeitsplätze en gros.“ (Oktober-RF) In ähnlicher Richtung argumentiert Fritz Dittmar in „Wie es in der BRD-Bildungspolitik bergab geht“: „Während die Arbeitsproduktivität kräftig steigt, stagnieren die Märkte. Somit entstand von neuem die Massenarbeitslosigkeit.“

So vorzüglich ich beide Artikel ansonsten fand, diese Aussagen scheinen mir dann doch etwas verkürzt zu sein. Wenn Produktionsprozesse automatisiert werden, ist das grundsätzlich gut, weil es den Werktätigen das Leben erleichtern könnte. Dagegen zu argumentieren klingt irgendwie maschinenstürmerisch. Die nach sinnvollen Automatisierungen verbleibende gesellschaftlich notwendige Arbeit müßte nur gerecht verteilt, also die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. Dazu bedürfte es aber einer sozialistischen Planwirtschaft. In der heutigen Wirtschaftsordnung sackt das Kapital eben wie alle Gewinne auch die des Produktivitätsfortschritts ein: Die einen müssen immer mehr statt weniger schaffen, und die andern fliegen raus. Da liegt doch der Hase im Pfeffer.

Was auch nicht aus dem Blick verloren werden sollte: Massenarbeitslosigkeit ist offensichtlich erwünscht, weil sie erpreßbar macht und so die gewerkschaftliche Gegenwehr schwächt. Das Arbeitsplätze-Schaffen-Geschwätz dient nur der Verschleierung der wahren Kapitalstrategien und so der Verwirrung und ideologischen Entwaffnung der Gegenseite.

Ansonsten fand ich Prof. Ingo Wagners „Quo vadis RotFuchs?“ äußerst wichtig und richtig.

Peter Maaßen, Eschborn

Wir befinden uns heute in einer Situation, in der die kapitalistische Produktionsweise ihren produktiven Charakter restlos verloren hat, auch wenn man uns unentwegt das Gegenteil weiszumachen versucht und uns dazu mit Gigatonnen von High-Tech-Müll zuschüttet. Unter den Produktivkräften ist immer der Mensch die Hauptproduktivkraft und nicht der Computer, selbst dann, wenn er alles daransetzt, sich als Produktivkraft aufzuheben. Die Produktivität bemißt sich nicht in Volumina und Gigatonnen der Produktmenge, sondern im Charakter der Gesellschaft, zu deren Produktion sie dient. Eine detaillierte Bilanz verbietet mir der Platzmangel. Wie sie ausfallen würde, kann sich ohnehin jeder an den Knöpfen abzählen. Die kapitalistische Produktionsweise ist historisch überholt. Sie kann die menschliche Arbeit als ihre ureigene Quelle und Bedingung nicht mehr verwerten, ohne sich selbst aufzuheben. Sofern sie sich nicht ihrem Privategoismus unterordnen läßt, indem sie ihres gesellschaftlichen Charakters entledigt wird, fällt die Arbeit rücksichtsloser Vernichtung anheim. Die Verlagerung der Fabrikation in andere Länder ist nur eine zeitweilige Scheinlösung und keine neue historische Qualität. Daher hebt sie auch nicht die Problemsituation in den Stammländern auf.

Rolf Bullerjahn, Berlin

„Die Lüge von den irakischen Massenvernichtungswaffen war so durchsichtig, daß sie bereits aufgefliegen war, als die neu geschaffenen geopolitischen Fakten noch gar nicht gesichert waren“, schreibt Genosse Dr. Kegel, und das kann doch nur bedeuten, daß hier so etwas gewollt worden ist! Ich denke, man ist an höherer, geheimer Stelle (Pentagon bzw. noch diskretere, im absoluten

Hintergrund befindliche wirkliche Machtstrukturen des Kapitals) bewußt auf eine nur scheinbar idiotische Kriegführung aus und lanciert zu diesem Zweck Leute wie Bush an die Macht, die den Eindruck erzeugen, sie handelten irrational. Diese lassen sich wie Marionetten immer so bewegen, wie man sie gerade braucht. Zuletzt kann man sie dann persönlich für alles verantwortlich machen, was der Krieg, was das Kapital an Schrecklichem hinterlassen hat. (...)

Ich stehe vollinhaltlich auf der Linie, die die Genossen Steiniger und Berthold mit dem „RotFuchs“ verfolgen. Sie führt zu einem immer besseren Verständnis der realen Welt durch viele Menschen – nicht nur die wenigen, die in einer der kleinen marxistischen Parteien fest gebunden sind.

Friedrich Seibert, Rostock

Da braut sich was zusammen: Von den Wahlberechtigten haben 27,1 % CDU/CSU, 26,4 % SPD und 23 % gar nicht gewählt. Und die uns jetzt regieren wollen, ließen nicht nur große Mengen ihrer Wahlplakate in Italien und anderen Ländern drucken; die 140 000 Wahlurnen kamen aus Kanada; China stellte die Wahlstationsausrüstung; die 40 Millionen Stimmzettel wurden in Österreich und Großbritannien gedruckt. „Vorfahrt für Arbeit!“ nennen sie das. Täuscher, Lügner, Absahner!

Über 14 Millionen Nichtwähler und Lieferanten ungültiger Stimmen gab es. Jene, die sich so entschieden haben, müssen wir aufrütteln und gewinnen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

15 Jahre nach dem „Beitritt“ der DDR zur BRD versuchte man in Potsdam die Bilanz der „deutschen Einheit“ zu ziehen. Die öffentlichen Veranstaltungen waren trefflich von hochmotivierten Polizisten abgesichert, damit sich die Liebe zu den Profiteuren der „Einheit“ in Grenzen hielt. Noch nie habe ich die Demonstration der Polizei mit Scharfschützen, Hubschraubern, berittenen Beamten und Wasserschutzpolizeiaktionen so bedrückend empfunden wie in diesen Tagen. Der Überwachungsstaat in Aktion.

Inzwischen abgehalfterte Politiker konnten nicht genug über die „Wiedervereinigung“ salbadern, vermieden es aber, über „Erfolge“ bei der seit 1990 angeordneten Delegationierung des Staates DDR zu sprechen. Trotz allen Unrats, der über die DDR ausgeschüttet wurde, und ungeachtet aller Bemühungen, sie mit siegerrechtlichen Mitteln zum Unrechtsstaat zu stempeln und ihre Fundamente zu schleifen, konnten die Herrschenden keine für sie positive Bilanz ziehen.

„Unrechtsstaat ist übrigens kein Rechtsbegriff, er tut nur so. In keinem Rechtslexikon taucht er auf, in keinem Lehrbuch oder Kommentar wird er definiert. Unrechtsstaaten gibt es im Recht ebenso wenig wie delegitimierte Staaten“, schrieb Rechtsanwalt Friedrich Wolff in seinem Buch „Einigkeit und Recht“. Das bringt die Sache auf den Punkt.

Werner Jahr, Potsdam

Die scheinheilige „Feindschaft“ von CDU/CSU und SPD vor der Bundestagswahl ist in volle Einigkeit über den künftigen Kurs der BRD umgeschlagen: Vorrang hat der Sozialabbau. Niedriglohn, Steuererleichterungen für die Unternehmen, Drücken der Lohnnebenkosten, Verringerung der Leistungen für Arbeitslose, Reduzierung der Bezüge der Rentner, Kürzung der Zahlungen der Krankenversicherungen, Erhöhung der „Vorsorgepflicht“ der jüngeren Generationen.

Wann wird die Schmerzgrenze erreicht sein? Wann wird sich die aus der Wahl gestärkt hervorgegangene Linke.PDS endlich dazu entschließen, im Verein mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Verbänden eine starke außerparlamentarische Opposition zu organisieren? Will sie das überhaupt, oder reduzieren sich ihre Handlungen nur auf parlamentarische Sprechblasen? Eine Opposition dieser Art hat noch nie etwas bewegt. Nur Massen auf der Straße können Politiker und Unternehmerverbände erschrecken. Klein-Klein-Aktivitäten führen zu keinen Ergebnissen.

Wilhelm Deistel, Bernburg

Der Friedensnobelpreis 2005 ist an die internationale Atomenergiebehörde in Wien und ihren Chef vergeben worden. Das stärkt deren Position gegenüber Staaten, die nicht nur von Erstschlägen faseln, sondern bereits wieder mit dem Einsatz von neuentwickelten Atomwaffen drohen.

199 Vorschläge wurden diesmal für den Friedensnobelpreis eingereicht. Als wir hörten, daß sich darunter auch Personen befanden, die eher als Kriegsbrandstifter einzuordnen sind, haben wir Friedensfreunde den kubanischen Präsidenten Fidel Castro vorgeschlagen. Ihn sehen wir in einer Reihe mit Nelson Mandela, Yasser Arafat und anderen, die ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens, für Bildung und Gesundheit, für eine gerechtere Welt ohne Hunger einsetzen.

Werner Juhlemann, Geithain

Das Nazi-Regime hatte im mecklenburgischen Dorf Alt-Rehse die sogenannte Reichs-Ärztzeführerschule gebaut und dort Vorarbeiten für den Massenmord an Menschen durchgeführt. Unter der SS-Oberaufsicht waren Mediziner bereit, den Nachwuchs für die ungeheuerlichen Verbrechen des Faschismus „fachlich“ und organisatorisch zu schulen.

Nach der militärischen Zerschlagung des Nazi-Reiches wurde das am Tollensesee nahe Neubrandenburg gelegene weitläufige Areal mit seinen baulichen Anlagen der Ende 1945 gegründeten Volkssolidarität durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) zur Einrichtung eines Kinderdorfes für Kriegswaisen übergeben. Viele Kinder und Jugendliche fanden dort ein Ersatzelternhaus und wurden z. T. durch gerade erst ausgebildete Neulehrer unterrichtet. Die Volkssolidarität befreite Alt-Rehse von seinem üblen Ruf.

Nach 1990 übernahm die Bundeswehr das Objekt, welches zeitweilig auch der NVA gedient hatte. Sie räumte Alt-Rehse 1997. Seitdem ist die Einrichtung ungenutzt und anhaltendem Verfall preisgegeben. Auch die Einwohner dürfen das von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (vormals Treuhand) verwaltete Gelände nicht nutzen.

Das aus Anlaß der 60. Gründungstages der Volkssolidarität in Alt-Rehse durchgeführte Generationentreffen nehme ich zum Anlaß für meinen Vorschlag, das Kinderdorf wieder einzurichten.

Armin Lufer, Berlin

Nachdem ich sein Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (wurde er entlassen oder ist er übergelaufen?) gelesen hatte, habe ich auch eine Veranstaltung mit Wolfgang Leonhard besucht, der wegen Nichtübereinstimmung mit der Politik der KPdSU und der SED seinerzeit nach Jugoslawien „geflohen“ sein will – wovor eigentlich?

Ist er damals bei seiner abenteuerlichen „Flucht“ tatsächlich über zwei Grenzen zwischen sozialistischen Ländern gegangen und dann plötzlich in Jugoslawien gelandet? Oder hat er sich vielleicht doch gleich nach Westberlin abgesetzt, von wo man ja leicht nach Belgrad gelangen konnte, und seine „Flucht“-Story nur erfunden, um Spuren zu verwischen? Jedenfalls hat er Jugoslawien bald in Richtung Westdeutschland mit der Begründung wieder verlassen, sein Platz als Deutscher wäre dort. Damit hatte er sich endgültig unglaubwürdig gemacht. Bleibt die Frage, warum er den Umweg über Jugoslawien wählte.

Die Zuhörer der Leonhard-Veranstaltung durften Fragen stellen, und so habe ich ihm vorgeworfen, seine Aufnahme in die Staatsdelegation des Bundespräsidenten für die Reise nach Moskau habe bestätigt, daß er in der vom Großkapital beherrschten BRD angekommen sei. Daraufhin schlug er sich unzählige Male wütend mit der Hand vor den Kopf und schrie, niemand verstehe, wie schwer das gewesen wäre, bestritt es aber eigentlich nicht. Natürlich kam ich nicht mehr zu Wort, hätte ihm aber gern gesagt, daß Renegaten gewöhnlich mit Vorsicht aufgenommen werden, weil man nie weiß, wen sie am Ende verraten, und daß er damit nur deutlich gemacht hätte, wie tief er sich habe bücken müssen ...

Gerhard Wenzel, Berlin



Der Aufschrei! (Frei nach Eugène Delacroix)

Grafik: Klaus Parche

Am 10. Dezember um 10.00 Uhr spricht der Experte **Berndt Großer** aus Hainichen in **Zwickau**, Haus der Vereine, Schlobigplatz 23, zu dem Thema

Terrorismus in der DDR?

Mitglieder, Leser und Freunde aus dem Bereich der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** sind herzlich eingeladen.

Vom **28. 11.** bis **17. 12.** veranstaltet die **Medizinische Hilfe für Viet-Nam e.V.** täglich von **9.00 bis 18.00 Uhr** vor dem **Rathaus Zehlendorf** ihren

20. Weihnachts-Basar

Im Angebot sind u. a. Kunsthandwerk aus Vietnam, Antiquitäten, Porzellan, Bekleidung, Gold- und Silberschmuck und jede Menge Trödel. Der Erlös dient u. a. der Finanzierung medizinischer Geräte und der Behandlung von Kranken.

Am 6. Januar 2006, um 16.30 Uhr, findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Film-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** über das Thema statt:

Entwicklungen in Portugal – von der Nelkenrevolution bis in unsere Tage

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56 49 39 65
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Konto: Berliner Sparkasse (BLZ 100 50 000)